

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Multinationale Streitkräfteeinsätze als  
Herausforderung der militärischen Integration  
Europas am Beispiel der Kosovo Force

Verfasserin

Princz Christine

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften  
(Mag.rer.soc.oec.)

Wien, November 2010

Studienkennzahl lt. Studienbuchblatt: A 121

Studienrichtung lt. Studienbuchblatt: Soziologie (sozial-/wirtschaftsw. Stud.)

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Reinhold Knoll

---

## **DANKSAGUNGEN**

---

Diese Diplomarbeit widme ich meiner Mutter, ohne deren Hilfe es mir nicht möglich gewesen wäre, dieses Studium abzuschließen.

Zu besonderem Dank fühle ich mich insbesondere Herrn Oberst Mag. Georg Ebner verpflichtet, dessen Unterstützung sich nicht nur rein auf die fachliche Ebene beschränkte.

Meinem Diplomarbeitsbetreuer, Univ.-Prof. Dr. Reinhold Knoll, möchte ich für die inspirierenden Gespräche danken.

Weiters möchte ich mich bei meinen Interviewpartnern dafür bedanken, dass sie sich die Zeit genommen haben, mich an ihren Erfahrungen Teil haben zu lassen.

Auch jene, welche sich die Mühe gemacht haben mich in der ein oder anderen Weise bei der Fertigstellung dieser Diplomarbeit zu unterstützen, möchte ich hier nicht vergessen und ihnen meinen tiefsten Dank aussprechen.

---

**EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG**

---

Hiermit versichere ich, die vorliegende Arbeit selbstständig und unter ausschließlicher Verwendung der angegebenen Hilfsmittel erstellt zu haben.

Diese Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Wien, November 2010

Princz Christine

---

## INHALTSVERZEICHNIS

---

<b>Danksagungen</b> .....	<b>2</b>
<b>Eidesstattliche Erklärung</b> .....	<b>3</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>4</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>7</b>
<b>1. Der Begriff der Multinationalität und Organisationsformen multinationaler militärischer Zusammenarbeit</b> .....	<b>11</b>
1.1. Der Begriff der Multinationalität .....	12
1.1.1. Die Horizontale Multinationalität .....	13
1.1.1.1. Das „Lead-Nation Prinzip“ .....	13
1.1.1.2. Das „Framework-Nation Prinzip“ .....	14
1.1.2. Die Vertikale Multinationalität .....	16
1.1.3. Das „Integrationsprinzip“ .....	16
<b>2. Die GASP, die ESVP und ihre Entwicklung</b> .....	<b>19</b>
2.1. Die GASP und ihre Akteure .....	20
2.2. Die Entwicklung der GASP .....	23
<b>3. Österreich und die GASP</b> .....	<b>27</b>
3.1. Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin.....	30
3.2. Die österreichische Bevölkerung .....	32
<b>4. Die Bundesheerreform 2010</b> .....	<b>35</b>

<b>5. Probleme multinationaler Einsätze - Zwischen Souveränität und Integration .....</b>	<b>41</b>
<b>6. Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheeres .....</b>	<b>46</b>
6.1. Rechtliche Rahmenbedingungen .....	47
6.2. Das Österreichische Bundesheer im Kosovo.....	50
6.2.1. Die Geschichte des AUCON in der KFOR .....	50
<b>7. Der methodische Aufbau.....</b>	<b>55</b>
7.1. Das qualitative Interview .....	56
7.1.1. Die Interviewformen.....	56
7.1.1.1. Das fokussierte Interview .....	56
7.1.1.2. Das narrative Interview .....	58
7.1.1.3. Das problemzentrierte Interview .....	60
<b>8. Ergebnisse.....</b>	<b>61</b>
8.1. Die Interviews.....	62
8.1.1. Die Soldateninterviews .....	62
8.1.1.1. Sprache .....	63
8.1.1.2. Klischeebildungen .....	69
8.1.1.3. Zwischenmenschliche Konflikte und Ansätze zur Problemlösung.....	73
8.1.2. Die Experteninterviews.....	80
8.1.2.1. Das erste Experteninterview .....	80
8.1.2.2. Das zweite Experteninterview .....	83
8.1.2.2.1. Aufbau und Aufteilung des Aufgabenbereichs der österreichischen Sanitätsstruktur im multinationalen Einsatzgebiet .....	84
8.1.2.2.2. Sprache .....	91
8.1.2.2.3. Klischee- und Gruppenbildungen.....	94
8.1.2.2.4. Multinationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Praxis .....	96

8.1.2.2.5. Die Europäische Union und die Integration des Österreichischen Bundesheeres.....	98
<b>9. Perspektiven der europäischen militärischen Integration .....</b>	<b>104</b>
9.1. Die fünf Entwicklungsszenarien der ESVP nach Frank (2007).....	105
9.1.1. „Euro-Macht“ .....	105
9.1.2. „Gleichberechtigter Partner innerhalb der NATO“.....	108
9.1.3. „Juniorpartner“ .....	110
9.1.4. „Papiertiger“ .....	112
9.1.5. „Renationalisierung“ .....	113
9.1.6. „Zivil-militärischer Soft-Power Akteur“.....	115
<b>10. Resümee.....</b>	<b>118</b>
<b>11. Literaturverzeichnis.....</b>	<b>126</b>
11.1. Gesetze und Verordnungen .....	131
<b>Zusammenfassung / Abstract .....</b>	<b>134</b>
Zusammenfassung .....	134
Abstract.....	135
<b>Curriculum vitae .....</b>	<b>136</b>

---

**EINLEITUNG**

---

Das, in den Medien viel diskutierte, Konzept europäischer *Battlegroups*<sup>1</sup> bzw. einer gemeinsamen Außenpolitik der EU verdeutlicht, dass auch die (österreichischen) Streitkräfte in naher Zukunft einen Wandel bzw. eine Erweiterung ihres Aufgabenfeldes vollziehen werden (müssen).

Aufgrund einer relativ stabilen außenpolitischen Situation, hat das Österreichische Bundesheer in den letzten Jahrzehnten bereits einmal einen Paradigmenwechsel durchlebt. Dieser bewirkte (u.a.), dass die österreichische Bevölkerung heute den Hauptaufgabenbereich des Bundesheeres eher in der (nationalen) Katastrophenhilfe sieht (Pfarr 2007:53f.), als in aktiven Kampfeinsätzen. Nichtsdestotrotz wird im Rahmen der „GASP“ (kurz für: *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*) über kollektive Streitkräfte nachgedacht, welche die – zurzeit eher provisorische – „ERRF“ (kurz für: „*European Rapid Force*“) ablösen bzw. ergänzen sollen.

Ogleich das Österreichische Bundesheer in seiner Tradition eine Streitmacht ist, welche immer wieder an multilateralen Einsätzen Teil genommen hat, zieht eine solche Partizipation mitunter einige Probleme nach sich.

Bereits in der k.u.k. Armee Österreich-Ungarns lassen sich, durch dokumentierte Aufzeichnungen (Tagebücher, autobiographisches Material usw.), die Herausforderungen einer multinationalen Streitkraft erahnen:

*„(...) er ist Ungar, kann nicht deutsch, ich kann nicht ungarisch. Hundertfach sind diese Fälle, wir haben Unteroffiziere, die ganz brauchbar sind, die aber nicht schreiben können, wir können mit der Mannschaft nicht reden. Und lerne ich ungarisch, wer sagt mir, dass ich nicht morgen auf einen Polen, einen Rumänen, einen Ruthenen stoße. Tschechen, Italiener, Ladiner, Kroaten - zehn Sprachen haben wir in der Armee“* (Flemmich 1998:102, zit. nach Andexlinger/Ebner 2008:103f.).

---

<sup>1</sup> Das Grundprinzip der europäischen *Battlegroups* wird in dem Kapitel „3. Österreich und die GASP“ näher erklärt.

Die Sprachproblematik wurde zwar durch die Einführung des Englischen als Kommandosprache (im Bezug auf den Kosovo) weitgehend minimiert, nichtsdestotrotz lassen sich in den später dargestellten Soldaten- und Experteninterviews weiterhin Komplikationen in der internationalen Verständigung ablesen.

Weiters kommt es in Berichten aus der Zeit des Ersten Weltkrieges immer wieder zur Darstellung von Stereotypen, welche sich, je nach Nationalität, in bestimmten generalisierten Eigenschaften widerspiegeln. So gelten z.B. Tiroler als treu und heldenmütig, aber dumm; Bosniaken als bieder, aber zuverlässig; die Ungarn zuerst ebenfalls als zuverlässig, doch dann - genauso wie die Tschechen – als verräterisch; Italiener werden als widerwillige Krieger und Verräter dargestellt; Ruthenen als feig und wehleidig; Polen als wertlos und Juden als gerissen und hinterhältig (vgl. Andexlinger/Ebner 2008:104).

Solche Klischees lassen sich, wenngleich in sehr abgeschwächter Form, gleichermaßen bei heutigen Soldaten – und sicherlich ebenso Soldatinnen – wiederfinden (vgl. Kapitel 8.1.1.: *„Die Soldateninterviews“*).

Auch die Ergebnisse einer Studie des Multinationale Korps Nordost, welche im polnischen Stettin stationiert ist und dessen Angehörige aus Polen, Dänemark und Deutschland kommen, lässt die Bildung solcher Vorurteile vermuten:

*„Die Polen haben eine andere Arbeitsauffassung als Dänen oder Deutsche. Das führt dazu, dass die Leute wissen, welche Aufträge nicht an Polen übertragen werden sollten, einfach weil sie dann nämlich nicht erfüllt werden. (...) Dieser Unterschied in der Arbeitsauffassung ist durch den kulturellen Hintergrund bestimmt.“ (dänischer Soldat)“ (Gareis/Hagen 2004:75).*

„'Polen sind an einen intensiven und wenig standardisierten Arbeitsstil gewöhnt. Die Deutschen und vor allem die Dänen legen Wert auf Planung. Manchmal ist es hart. Da wird ein großer Berg Papier aufgetürmt. Und dann ist immer nicht genug Zeit es zu lesen.' (polnischer Soldat)“ (ebd.)

Die primäre Fragestellung dieser Diplomarbeit beschäftigt sich somit, ob sich, speziell aufgrund des multinationalen Charakters eines Auslandseinsatzes (am Beispiel des Kosovos) für die Soldaten/Soldatinnen des Österreichischen Bundesheeres Probleme ergeben und wie diese von den einzelnen interviewten Soldaten und Experten bewertet werden.

Die Ergebnisse sollen dann im Kapitel 9: „*Perspektiven der europäischen militärischen Integration*“ und dem Resümee als Basis für eine vorsichtige Prognose möglicher Problemfelder und Lösungsansätze ebendieser, im Rahmen einer gemeinsamen *Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (kurz: „ESVP“<sup>2</sup>) dienen.

---

<sup>2</sup> Ab dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mit dem 01. Dezember 2009 wird, statt dem Begriff der ESVP, jener der „GSVP“ (*Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*) verwendet. In dieser Arbeit wird jedoch der Terminus ESVP weitergeführt, da sich die zitierten Quellen bzw. auch die Fragestellungen an die Interviewpartner an diesen halten. Es soll hier nur, um etwaige Verwirrungen zu vermeiden, darauf hingewiesen werden, dass der Ausdruck GSVP nunmehr der formal korrekte ist.

---

**1. DER BEGRIFF DER MULTINATIONALITÄT UND  
ORGANISATIONSFORMEN MULTINATIONALER  
MILITÄRISCHER ZUSAMMENARBEIT**

---

## 1.1. Der Begriff der Multinationalität

Der Begriff der *Multinationalität* hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Streitkräften verschiedener Staaten ist, mitunter, schwer zu definieren. Multinationale Kooperation, welche den oben genannten Terminus bedingt, kann auf verschiedenste Weisen stattfinden: bezüglich der Finanzierung, der stationierten Hauptquartiere, der eingesetzten Truppen, der Koalitionen zur Kriegsführung usw. Weiters ist zu unterscheiden, ob es sich bei solchen multilateralen Konstellationen um ad-hoc Arrangements oder feste Strukturierungen handelt (vgl. Siedschlag 1999:815f., zit. nach Gareis/Hagen 2004:25).

Diese unterschiedlichen Möglichkeiten der Zusammensetzung einer multinationalen Einheit ergeben auch in der Praxis, für den einzelnen Soldaten/die einzelne Soldatin unterschiedliche Problematiken und Aufgabenstellungen.

Kurzum lässt sich sagen, dass die multinationale Integration im Militär durch vier Stufen der Standardisierung angestrebt wird (vgl. Hahn 1997:341, zit. nach Haltiner/Klein 2004:98):

- *Kompatibilität* als Fähigkeit störungsfreien Zusammenwirkens
- *Interoperabilität*<sup>3</sup> als Fähigkeit zur Ergänzung in der Zusammenarbeit
- *Funktionelle Austauschbarkeit* von Wehrmaterial und Personal
- *Gleichartigkeit* von Wehrmaterial und Ausbildung [Hervorhebungen im Original]

---

<sup>3</sup> Unter dem Terminus *Interoperabilität* „wird die Strukturierung und Fähigkeit von Streitkräften bezeichnet, als großer Verband (Brigade) geschlossen oder in Teilen (Bataillone, Einheiten oder in besonderen Fällen Teileinheiten) im Rahmen einer multinationalen Operation eingesetzt zu werden“ (Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:82).

### 1.1.1. Die Horizontale Multinationalität

Der Begriff der *Horizontalen Multinationalität*: „stellt die traditionelle Form des gemeinsamen Handels zwischen verbündeten Streitkräften dar“ (Haltiner/Klein 2004:10). Sie bedeutet das gemeinschaftliche Wirken von nationalen Truppenteilen in einem Großverband oder die Zusammenarbeit zwischen Korps oder Armeen aus verschiedenen Ländern (vgl. ebd.).

Somit ergeben sich aus dem Prinzip der *Horizontalen Multinationalität* folgende Subformen:

#### 1.1.1.1. Das „Lead-Nation Prinzip“

Das *Lead-Nation-Prinzip*, welches auch „*Modell der Führungsnation*“ (vgl. Haltiner/Klein 2004:11) genannt wird, ist jener Typus der multinationalen militärischen Zusammenarbeit, welcher, über kurz oder lang, den geringsten Integrationseffekt vorweisen kann.

Aufgrund seines strukturellen Aufbaues sieht dieses Prinzip vor, dass jeweils eine Nation: „im Korps<sup>4</sup> die Führung übernimmt und die Führungs- und Unterstützungstruppen auf Korpsebene stellt“ (Haltiner/Klein 2004:11). Die unterstellten Divisionen<sup>5</sup> sind jeweils rein national aufgebaut. Eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten findet also nur insofern statt, als Verbindungselemente der jeweiligen anderen Nation im Korpsstab der Führungsnation eingerichtet sind.

---

<sup>4</sup> Ein *Korps* ist ein militärischer Großverband, der aus mehreren Divisionen besteht.

<sup>5</sup> Eine *Division* ist ein militärischer Großverband, der aus mehreren Brigaden besteht, wobei eine Brigade aus ungefähr 1.400 – 4.200 Soldaten/Soldatinnen unterschiedlicher Truppengattungen besteht.

## Der Begriff der Multinationalität und Organisationsformen multinationaler militärischer Zusammenarbeit

---

Dieser Aufbau ermöglicht es zwar die „nationalen Besonderheiten“ (Lang, 2001) der involvierten Streitkräfte zu respektieren, doch sieht er keine „Durchmischung des Personals noch des Denkens“ (ebd.) vor. Somit erfolgt zwar rein faktisch eine multinationale Zusammenarbeit, diese ist jedoch nur auf den Korpsstab beschränkt.

Der Kosovo-Einsatz des Österreichischen Bundesheeres beruht auf diesem Prinzip: Jede „MNTF“ (kurz für: *Multinationale Task Force*) wird also von einer *Lead Nation* befehligt, welche nach dem Rotationsprinzip die Führung nach sechs Monaten der nächsten *Lead Nation* übergibt.

Dieses Prinzip bedeutet für den einzelnen Soldaten/Soldatin, dass er/sie zwar einer (Fremd-)Nation untersteht, welche nach bestimmten Zeitabständen von einer neuen abgelöst wird, jedoch die tatsächliche internationale Kooperation eher im Stab stattfindet und bei dem einfachen Soldaten/der einfachen Soldatin eher marginal ausgeprägt ist. Diese Art der *Horizontalen Multinationalität* forciert insbesondere den Austausch zwischen den Soldaten/Soldatinnen der höheren Ebenen und lässt somit, aufgrund der geringen Integrationsleistung (vor allem bei jenen Personen mit niedrigeren militärischen Rängen), wenig Raum für Missverständnisse und Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Ländern.

Am Beispiel der *Kosovo-Force* zeigt sich dies deutlich, da die Soldaten/Soldatinnen des Österreichischen Bundesheeres zumeist in den deutschsprachig geführten Camps untergebracht sind und primär mit deutschen und/oder Schweizer Streitkräften zusammenarbeiten. Solche Konstellationen stellen in der Praxis eine erhebliche Erleichterung des Dienstalltags dar, da sich sowohl die hierarchischen Strukturen, als auch die Sprache stark ähneln.

### 1.1.1.2. Das „Framework-Nation Prinzip“

Das *Framework-Nation-Prinzip*, welches wohl auch im Rahmen der ESVP hauptsächlich zum Tragen kommen wird, bedeutet, dass nur eine einzige Nation

## Der Begriff der Multinationalität und Organisationsformen multinationalaler militärischer Zusammenarbeit

---

für die Führung, Verwaltung und die logistische Unterstützung des Hauptquartiers zuständig ist.

Somit obliegt einem Staat nicht nur die zentrale Organisation, sie stellt auch die meisten Soldaten/Soldatinnen zur Verfügung. Armeeangehörige anderer Länder sind zwar in die Abteilungen einbezogen, weisen jedoch einen weitaus geringeren Prozentsatz auf, als die Soldaten/Soldatinnen der *Framework-Nation*.

Diese Form der multinationalen Zusammenarbeit hat ebenfalls einen relativ geringen Integrationseffekt, da die *Framework Nation* den dominierenden Status voll beansprucht. Dies kann dazu führen, dass die Interessen der jeweiligen Partner – also der anderen beteiligten Länder – wenig von der *Framework Nation* berücksichtigt werden bzw. die Verteilung der Posten innerhalb des Hauptquartiers sehr einseitig gehalten werden kann.

Ein solches Prinzip stellt den Soldaten/die Soldaten der Fremdnationen vor die Problematik, dass sowohl die eigentlichen Zielsetzungen des Landes, welches durch ihn/sie repräsentiert wird, als auch die persönlichen Ambitionen des/der Einzelnen zu Gunsten der *Framework Nation* hinten angestellt oder gar vollständig übergangen werden. Somit bedeutet eine so angelegte multinationale Struktur, eine große Herausforderung für die führende Nation, da sie die Balance zwischen den eigenen Interessen und den Befindlichkeiten der anderen Länder und seinen Soldaten/Soldatinnen finden und erhalten muss.

### 1.1.2. Die Vertikale Multinationalität

Die *Vertikale Multinationalität* sieht, im Gegensatz zur horizontalen, eine Art „Durchmischung“ der Soldaten/Soldatinnen unterschiedlicher Nationen vor. Selbige soll sich jedoch nicht nur auf den Stab beschränken, sondern bereits auf Verbands- oder sogar Einheitsebene erfolgen.

Diese Form der Multinationalität ist jene, welche den größten Integrationseffekt aufweisen kann. Die Prämisse für ein derartiges Konglomerat gestaltet sich in der Praxis jedoch recht schwierig, da die Basis für eine solche Zusammenstellung zumindest eine internationale Vergleichbarkeit der Ausbildung voraussetzen würde, welche (im Moment noch) nicht gewährleistet ist.

### 1.1.3. Das „Integrationsprinzip“

Der Kerngedanke des *Integrationsprinzips* ist die gleiche Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den teilnehmenden Staaten. Dies soll dadurch gewährleistet werden, dass die Besetzung wichtiger Positionen (wie etwa die des kommandierenden Generals, seines Stellvertreters usw.) durch ein Rotationsprinzip zwischen den einzelnen Ländern sichergestellt wird. Somit erfolgt die Bereitstellung der Ressourcen (personeller oder finanzieller Natur) durch alle beteiligten Staaten in gleichem Maße.

Diese Maxime, welche in Bezug auf ihre praktischen Umsetzbarkeit wohl am schwierigsten zu gestalten ist, weist – zumindest im Gegensatz zu den anderen Modellen – einen relativ hohen Integrationseffekt auf. Problematisch dürften hierbei jedoch zwei Punkte sein: Einerseits muss die wechselseitige Aufrechnung der bereitgestellten Ressourcen zum Zweck einer gleichmäßig verteilten Partizipation der Nationen mit (größtmöglichem) Bedacht erfolgen; andererseits ist es ein relativ großer (bürokratischer) Aufwand, dem Rotationsprinzip alle

## Der Begriff der Multinationalität und Organisationsformen multinationaler militärischer Zusammenarbeit

sechs Monate Folge zu leisten und die wichtigen Positionen immer wieder neu zu besetzen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass solche multinationalen Formationen auch in Friedenszeiten unter einem gemeinsamen Kommando stehen, was die Kooperation zwischen den divergenten Staaten noch zusätzlich verstärkt/verstärken soll.

Diese Form der Multinationalität hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erst in der Deutsch-Französischen Brigade und später im Deutsch-Niederländischen Korps entwickelt (vgl. Haltiner/Klein 2004:98).

In letzterem ist vorgesehen, dass *„im turnusmäßigen Wechsel ein gemeinsamer Kommandeur für jeweils drei Jahre den deutschen und niederländischen Divisionen vorsteht und man bis auf die Ebene eines Bataillons Einheiten mischt“* (vgl. ebd.).

Die folgende Grafik stellt die aktuelle Struktur der Deutsch-Französischen Brigade dar und soll den bereits oben beschriebenen Aufbau eines solchen multinationalen Großverbandes nach dem *Integrationsprinzip* verdeutlichen:



(Quelle: [http://www.df-brigade.de/site\\_de/struktur.htm](http://www.df-brigade.de/site_de/struktur.htm), 28.08.2010)

## Der Begriff der Multinationalität und Organisationsformen multinationaler militärischer Zusammenarbeit

---

Während also die Stabsfunktionen und das Versorgungsbataillon multinational besetzt sind, werden die zugehörigen Regimenter, Bataillone und Kompanien rein national gestellt.

Als Auftrag dieser Brigade werden in der „Vereinbarung über die Deutsch-Französische Brigade“ vom 26.10.2004 die folgenden Teilbereiche festgehalten:

- *„Beitrag zur Freundschaft und zur Erhaltung des erreichten Vertrauens durch die Entwicklung gemeinsamer Grundsätze, Verfahren und Regelungen*
- *Verbesserung der militärischen Effizienz durch Harmonisierung von Verfahren, Standardisierung und Interoperabilität.*
- *Schaffung eines einsatz- und leistungsfähigen Großverbandes mit einer Initial-Entry Fähigkeit<sup>6</sup>“ (<http://www.df-brigade.de>).*

Die Entwicklung und Harmonisierung gemeinsamer Grundsätze, Verfahren und Regelungen, sowie der Ausbau der Standardisierung, als auch der Interoperabilität bedeutet für den Verband nicht nur eine bürokratische Erleichterung, sondern ermöglicht es den Soldaten/Soldatinnen auch in Zukunft noch näher zusammenzuarbeiten.

Eine solche Strukturierung stellt zwar in der Integrationsleistung hohe Ansprüche an die beteiligten Personen, allerdings kommt sie der Idee einer künftigen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik am Nächsten.

---

<sup>6</sup> Als „Initial-Entry“ bezeichnet man im Militär jene Fähigkeit, als erste Einsatzgruppe vor Ort, den Einsatzraum für nachfolgende Streitkräfte aufzubereiten (vgl. Prantl:2008).

---

## **2. DIE GASP, DIE ESVP UND IHRE ENTWICKLUNG**

---

## 2.1. Die GASP und ihre Akteure

Die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (kurz: „GASP“) der Europäischen Union ist völkerrechtlich geregelt und tritt demnach, entgegen dem sekundären Gemeinschaftsrecht, nicht in Form von Richtlinien oder Verordnungen in Kraft.

Innerhalb der GASP erfolgt die Beschlussfassung einstimmig (vgl. Hauser 2008:33). Dies bedeutet, dass der Europäische Rat die Grundsätze bzw. Leitlinien, als auch die gemeinsamen Strategien bezüglich einer *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* einstimmig oder, bei konstruktiver Enthaltung einzelner Mitgliedsstaaten (diese sind somit an die Entscheidungen des Rates nicht gebunden, verpflichten sich aber ebenfalls gleichzeitig Aktionen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Dekretierungen schaden könnten), zumindest mittels Zweidrittel-Mehrheit beschließen kann (vgl. Hauser 2008:47).

*„Ziel der GASP ist es, die **Interessen der Union außen- und sicherheitspolitisch zu vertreten** [Hervorhebung im Original] und ihre Interessen, Unabhängigkeit und Sicherheit zu gewährleisten. Die EU soll imstande sein, unterschiedliche Bedrohungen abzuwehren<sup>7</sup> (...). Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verstärkt die Glaubwürdigkeit, gemeinsam Konflikte lösen bzw. Konflikten wirksam entgegenzutreten zu können“* (Hauser 2008:40).

Einige Akteure der GASP sollen, zum besseren Verständnis, im Folgenden kurz dargestellt werden (vgl. Hauser 2008:43ff.):

---

<sup>7</sup> In der Sicherheitsstrategie werden für Europa fünf Hauptbedrohungen ermittelt: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Regionale Konflikte, Zusammenbruch von Staaten und Organisierte Kriminalität (vgl. <http://europa.eu/>).

- Der Europäische Rat

stellt die höchste Instanz der GASP dar und kommt mindestens zweimal jährlich zusammen, um sowohl die Grundsätze, allgemeine Leitlinien, als auch die Weiterentwicklung und Kohärenz mit den Gemeinschaftspolitiken sicherzustellen.

- Der Rat der Europäischen Union (EU-Ministerrat)

Der EU-Ministerrat hat für ein einheitliches und wirksames Vorgehen der Union Sorge zu tragen und ist befugt, gemeinsame Aktionen und Standpunkte anzunehmen.

Durch den Vertrag von Nizza wurden folgende ständige politische und militärische Gremien geschaffen:

- Ein ständiges *Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee* (kurz: „PSK“)
- Der *Militärausschuss der Europäischen Union* (kurz: „EUMC“)
- Der *Militärstab der Europäischen Union* (kurz: „EUMS“)

- Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, das Generalsekretariat des Rates und die Strategieplanungs- und Frühwarninheit

Laut Artikel 26 des Amsterdamer Vertrags stellt der Generalsekretär des Rates auch gleichzeitig den „Hohen Vertreter für die GASP“ dar. Ihm untersteht der Militärstab der Europäischen Union und die im Mai 2005 im EUMS geschaffene Zelle für *zivil-militärische Zusammenarbeit* (kurz: „CIMIC“). Sein Aufgabenbereich liegt darin, dem Rat insofern unterstützend zur Seite zu stehen, indem er zur Formulierung,

Vorbereitung und Durchführung politischer Entscheidungen beiträgt und – sofern notwendig – den Dialog mit Dritten führt.

Mit dem Vertrag von Lissabon wird dem Hohen Beauftragten für die GASP einerseits ein Europäischer Auswärtiger Dienst und andererseits eine Strategieplanungs- und Frühwarnereinheit zur Verfügung gestellt.

- Die Europäische Kommission

Die Europäische Kommission wird an den Arbeiten der GASP im vollen Umfang beteiligt werden, um die Kohärenz der GASP mit den betreffenden Außenwirtschaftsbeziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten.

- Die Mitgliedstaaten

Die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (somit auch Österreich) haben sich dazu verpflichtet, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik „*aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität*“ [Hervorhebung im Original] *zu unterstützen*“ (Hauser 2008:45). Jedes Mitglied der EU ist dazu berechtigt, dem Rat Vorschläge bezüglich der GASP zu unterbreiten und dazu verpflichtet, seine nationalstaatliche Politik mit den gemeinsamen Standpunkten abzustimmen.

## 2.2. Die Entwicklung der GASP

Im Vertrag von Maastricht über die Europäische Union, welcher am 07. Februar 1992 von den Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde und am 01. November 1993 in Kraft trat, wurde erstmals eine *Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik* im Rahmen der EU etabliert. Der Artikel J.4 Ziff.1 dieses Bündnisses besagt, dass:

*„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (...) sämtliche Fragen [umfasst; d. Verf.], welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte [Hervorhebungen durch die Verfasserin]“*  
(<http://eur-lex.europa.eu/>).

Bereits in diesem frühen Stadium der europäischen Entwicklung war somit abzusehen, dass die EU auch danach strebte, ihre militärische Stärke in ausreichendem Maße zu demonstrieren.

Im Vertrag von Amsterdam, welcher am 02. Oktober 1997 unterzeichnet wurde und am 01. Mai 1999 in Kraft trat, verdeutlichte sich dieses Bestreben insofern, als zu diesem Zeitpunkt die sogenannten Petersberg-Aufgaben in den Vertrag mit aufgenommen wurden.

Im Artikel 17 (1) des Vertrages von Nizza, welcher am 26. Februar 2001 unterzeichnet wurde und am 01. Februar 2003 in Kraft trat, heißt es:

*„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen (...) die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen*

*Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen. Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten (...). Die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik wird in einer von den Mitgliedstaaten als angemessen erachteten Weise durch eine rüstungspolitische Zusammenarbeit zwischen ihnen unterstützt [Hervorhebungen durch die Verfasserin]“ (<http://eur-lex.europa.eu/>).*

Hierbei wurde also festgelegt, welche Inhalte die GASP zukünftig umfasst/umfassen wird und dass diese sich sehr wohl mit z.B. der Neutralitätspolitik bestimmter Länder vereinbar lassen. Indem dezidiert von einer „*rüstungspolitische[n; d. Verf.] Zusammenarbeit*“ die Rede ist, wird hier erstmals konkretisiert, was vorher in den einzelnen Aspekten der GASP doch noch eher abstrakt dargestellt wurde.

Als Ziele der kollektiven europäischen Aktionen wurden im Vertrag von Maastricht in Artikel J.1 (2) folgende Punkte angegeben: Die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union, sowie die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen Formen, als auch die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit, die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Im Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007, welcher am 01. Dezember 2009 in Kraft trat, wurde in Artikel 2, unter Titel VII, der neue Artikel 188r eingefügt, welcher allgemein als „*Solidaritätsklausel*“ bekannt ist. Diese besagt in ihren ersten zwei Absätzen:

*„(1) Die Union und ihre Mitgliedstaaten handeln gemeinsam im Geiste der Solidarität, wenn ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer*

*Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen ist. Die Union mobilisiert alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel, um*

- terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden;*
- die demokratischen Institutionen und die Zivilbevölkerung vor etwaigen Terroranschlägen zu schützen;*
- im Falle eines Terroranschlags einen Mitgliedstaat auf Ersuchen seiner politischen Organe innerhalb seines Hoheitsgebiets zu unterstützen;*

*b) im Falle einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe einen Mitgliedstaat auf Ersuchen seiner politischen Organe innerhalb seines Hoheitsgebiets zu unterstützen.*

*(2) Ist ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe betroffen, so leisten die anderen Mitgliedstaaten ihm auf Ersuchen seiner politischen Organe Unterstützung. Zu diesem Zweck sprechen die Mitgliedstaaten sich im Rat ab.“*

Ab diesem Punkt der (jüngeren) Geschichte der Europäischen Union war klar, dass die EU nicht nur bereit war, die GASP dezidiert in ihre Verfassung aufzunehmen, sondern diese ebenfalls in der Praxis umzusetzen.

Es wurde deutlich, dass es dem Europäischen Rat und den einzelnen Mitgliedstaaten ernst war (und natürlich immer noch ist), auch in „außenpolitischen“ Belangen (gegenüber Drittstaaten) gemeinsam als Europäische Einheit aufzutreten.

Die Ratifizierung des Lissabonner Vertrags bedeutete, abgesehen von den oben bereits genannten Veränderungen, auch eine Ausweitung der Aufgaben

der ESVP: Neben den Petersberg-Aufgaben, beinhaltet er nun auch die Rüstungskontrolle, Militärberatung und Terrorismusbekämpfung (vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2009:26).

---

### **3. ÖSTERREICH UND DIE GASP**

---

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU waren nicht nur wirtschaftliche und politische Änderungen abzusehen, sondern auch – über kurz oder lang – Änderungen hinsichtlich der militärischen Organisationsstruktur dieses Landes (s. Kapitel 5: „Die Bundesheerreform 2010“).

Auf einer Tagung des Europäischen Rates im Dezember 1999 in Helsinki erklärte dieser:

*„die Union müsse die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, deren Einsatz zu beschließen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren“* (Europäische Kommission 2006:184).

Aufgrund dieses sogenannten *Helsinki Headline Goals*, das ein militärisches Planziel (bis 2003) darstellte, beschloss der Rat (u.a.) folgende Maßnahme:

- Seit 2003 sollten demnach die Mitgliedstaaten in der Lage sein, innerhalb von 60 Tagen Streitkräfte bis auf Korpsebene (also bis zu 60.000 Soldaten/Soldatinnen) stellen und erhalten zu können, um den sogenannten „Petersberg-Aufgaben“<sup>8</sup> gerecht zu werden.

Dieses Planziel wurde jedoch bis 2003 nicht in die Realität umgesetzt, wodurch im Mai 2004 ein neues *Headline Goal* (diesmal für 2010) – basierend auf dem vorangegangenen – festgelegt wurde.

Der Beschluss von Noordwijk im Oktober 2004 sollte gewährleisten, dass bis 2007 mindestens neun sogenannte „*EU-Battlegroups*“ zu je 1.500 Soldaten/Soldatinnen, welche in der Lage sein sollten, innerhalb von 10 Tagen

---

<sup>8</sup> Im Rahmen der Petersbergaufgaben sind folgende Szenarien entwickelt worden: Friedensdurchsetzung (*Separation of Parties by Forces*, kurz: „SOPF“), Friedenssicherung (*Stabilisation and Reconstruction and Conflict Prevention*, kurz: „SR“ und „CP“), Evakuierung (*Evacuation Operation*, kurz: „EO“) und Humanitärer Einsatz (*Assistance to Humanitarian Operations including Disaster Relief*, kurz: „HA“) (vgl. Frank 2007:36)

(nach maximalem 5-tägigen Entscheidungsprozess der EU) in das betroffenen Gebiet verlegt zu werden (vgl. Hauser 2008:35):

*„Nach diesem Konzept wechseln sich die EU-Staaten in der Gestellung einer rasch verfügbaren und schlagkräftigen Kriseninterventionstruppe im halbjährlichen Rhythmus ab“* (Entacher, zit. nach Striedinger 2010:239).

Seit 2007 können jeweils zwei der ca. 2.000 Soldaten/Soldatinnen umfassenden Verbände innerhalb eines Zeitrahmens von fünf bis fünfzehn Tagen militärische Aufgaben im Bereich des Krisenmanagements der Europäischen Union übernehmen (vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2009:24). Beispielsweise wird sich Österreich im Jahr 2011 erstmals mit einer gepanzerten Infanteriekompanie (in einem niederländischen Bataillon) an einer solchen *Battlegroup* beteiligen. Im Jahre 2012 ist vorgesehen, dass das Österreichische Bundesheer für die Logistik einer derartigen Einsatzgruppe unter deutscher Führung verantwortlich sein wird (vgl. ebd.).

Im Jahre 2001 beschloss die österreichische Bundesregierung bis zu 2.000 Soldaten/Soldatinnen für UNO-Missionen, als auch für die Krisenbewältigung im Rahmen der Petersberg-Aufgaben („KIOP“ – *Kräfte für internationale Operationen*) zu entsenden. Im Jahr 2004 wurde das Vorhaben zur Partizipation an den europäischen *Battlegroups* insofern gefestigt, als die Regierung insgesamt ca. 200 Soldaten/Soldatinnen für eine solche „Kampfgruppe“ (in Kooperation mit Deutschland und der Tschechischen Republik) zur Verfügung stellte.

Die Gemeinsame Erklärung der EU und der NATO von Dezember 2002 ermöglichte es der EU die Kapazitäten der NATO zu nutzen, wodurch (z.B.) der Einsatz der „EUFOR“ (kurz für: *EU Force*) in Mazedonien (2003) erst durchführbar wurde. Aus Österreich nahmen bis zu fünfzehn Soldaten<sup>9</sup> an dieser ersten ESVP-Operation Teil.

Die erste vollständig autonome Mission der EU, in welcher sie gänzlich auf Unterstützung seitens der NATO verzichtete, war die Operation *Artemis* im

---

<sup>9</sup> Bei den oben genannten Missionen befanden sich keine Frauen unter den teilnehmenden österreichischen Streitkräften, somit wird an dieser Stelle auf eine gendergerechte Schreibweise bewusst verzichtet.

Nordosten Kongos. Auch an diesem Einsatz beteiligten sich Soldaten<sup>9</sup> des Österreichischen Bundesheeres.

### **3.1. Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin**

Im Artikel 9a des *Bundesverfassungsgesetzes* (kurz: „B-VG“) bekennt sich Österreich zur umfassenden Landesverteidigung:

*„(1) (...) Ihre Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität. Hiebei [sic] sind auch die verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihre Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen“* (B-VG Art.9a (1)).

Zu dieser umfassenden Landesverteidigung zählt, laut B-VG, auch *„die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung“* (B-VG Art.9a (2)). Auf Basis dieses Gesetzes wurde im Jahr 2001 eine Neuordnung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin ratifiziert, welche die folgenden drei Grundprinzipien beinhaltet (vgl. Hauser 2008:60):

- **Prinzip der umfassenden Sicherheit**

Das Prinzip der umfassenden Sicherheit impliziert dieselben Inhalte, wie das B-VG. Hierbei ist gemeint, dass sich die Landesverteidigung nicht nur

auf die militärische Komponente beschränkt, sondern auch zivile und wirtschaftliche Aspekte umfasst.

- **Prinzip der präventiven Sicherheit**

Das Prinzip der präventiven Sicherheit löst das Bedrohungsreaktionskonzept ab. Somit verpflichtet sich Österreich zur aktiven Teilnahme an internationalen Maßnahmen zur Konfliktverhütung und des Krisenmanagements, um Gefährdungen (im Idealfall) gar nicht erst aufkommen zu lassen.

- **Prinzip der europäischen Solidarität**

Das Prinzip der europäischen Solidarität steht der einst autonomen Sicherheitspolitik Österreichs entgegen. In der *Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin* heißt es hierzu, dass die Sicherheitslage eines europäischen Staates (wie Österreich) nicht mehr isoliert betrachtet werden kann. „Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken sind nur durch internationale solidarische Zusammenarbeit zu bewältigen“ (ebd.).

Die theoretischen und strategischen Erwägungen der *Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin* sollten an dieser Stelle noch einmal verdeutlichen, wie eng Österreichs (Sicherheits- und Verteidigungs-) Politik mit der Europäischen Union zusammenhängt.

Neue sicherheitspolitische Herausforderungen erfordern den Einsatz aller europäischen Mitgliedstaaten, um präventive oder eindämmende Maßnahmen zu entwickeln, mit welchen man den neuen Aufgaben begegnen kann.

### 3.2. Die österreichische Bevölkerung

Die österreichische Bevölkerung steht der Europäischen Union, ihren Institutionen und ihrer Politik bisweilen recht ambivalent gegenüber.

Laut einer Umfrage des Internationalen Instituts für liberale Politik in Wien, stimmten im Jahr 2007 37% der Österreicher und Österreicherinnen der Aussage zu, dass die Europäische Union so bald als möglich eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik betreiben sollte (Reiter 2007:12).

Dies zeigt, dass sich mehr als ein Drittel der Bevölkerung über die sicherheitspolitische Verantwortung der Europäischen Union bewusst ist und diese auch befürwortet.

Weiters sprachen sich 2004 insgesamt 42% der Interviewten dafür aus, dass es statt (zum damaligen Zeitpunkt) 25 verschiedenen Armeen (hierfür plädierten nur 18% der österreichischen Bevölkerung), nur eine einzige geben sollte (Reiter 2007:17). 33% gaben an, dass es einerseits nationale Streitkräfte, andererseits aber noch zusätzlich ein gemeinsames europäisches Heer geben sollte (vgl. ebd.).

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass auch der Gedanke einer gemeinsamen europäischen Streitmacht von einem Dreiviertel der österreichischen Population unterstützt wird.

Ziemlich große Einigkeit herrschte in diesem Jahr darüber, wie die Aufgaben dieser gemeinsamen europäischen Armee auszusehen habe: 68% der Befragten gaben an, eine solche kollektive Streitkraft sollte einen Waffenstillstand „nur“ sichern, diesen jedoch nicht erzwingen (20%) (Reiter 2007:18).

Weiters wurde im Jahre 2002 zugestimmt, dass diese Streitmacht den Frieden ebenfalls nur bewahren (77%), ihn jedoch nicht (mit Waffengebrauch) erzwingen sollte (17%) (vgl. ebd.).

Solche Resultate machen deutlich, dass die österreichische Zivilbevölkerung weiterhin den Auftrag einer möglichen europäischen (und somit auch der österreichischen) Armee darin sieht, „*peace-keeping*“-Missionen<sup>10</sup> voranzutreiben,

---

<sup>10</sup> *peace-keeping* (friedenserhaltende Maßnahmen) bilden zusammen mit *peace-enforcement* (friedenserzwingende Maßnahmen) und *peace-making*

sich jedoch aus „*peace-making*“- (insbesondere jedoch aus „*peace-enforcement*“-) Missionen eher herauszuhalten.

Diese Einstellung der Österreicher und Österreicherinnen ist nicht weiter verwunderlich, wenn man die Tradition der Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheeres betrachtet, in der es, in der Vergangenheit, meist um solche friedenserhaltenden und humanitären Einsätze ging.

Positiv für die zukünftige sicherheitspolitische europäische Entwicklung, derer sich Österreich de facto schon beteiligt hat, lässt anmuten, dass im Jahr 2002 insgesamt 63% der Interviewten die Teilnahme Österreichs an einer gemeinsamen europäischen Armee (Reiter 2007:19) begrüßten.

Auf die Frage hin, ob für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine immerwährende militärische Beistandspflicht gelten sollte, antworteten 2004 20% mit Ja, während sich 75% gegen eine solche Klausel aussprachen und meinten, jeder Mitgliedstaat sollte von Fall zu Fall selbst entscheiden/entscheiden können (Reiter 2007:19).

Diesem Ergebnis zum Trotz sprachen sich allerdings im Jahr 2004 insgesamt 60% der Befragten dafür aus, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, im Falle einer Bedrohung eines anderen Mitgliedstaates, sehr wohl mit Waffengewalt eingreifen sollten (Reiter 2007:20).

Diese, auf den ersten Blick, einander, zumindest zum Teil, widersprechenden Ergebnisse illustrieren, wie ambivalent die österreichische Bevölkerung einer zukünftigen europäischen Militärmacht gegenübersteht. Zum einen wird deutlich gemacht, dass sich die Mitgliedstaaten – und somit auch Österreich – nicht a priori dazu verpflichten sollten, einem anderen Mitgliedstaat im Falle einer Bedrohung beizustehen, zum anderen jedoch hält es genauso fast dieselbe Anzahl an Befragten für selbstverständlich, im Zuge einer derartigen Situation mit Waffengewalt einzuschreiten.

Die oben dargestellte Umfrage macht demnach deutlich, dass sich die Österreicher und Österreicherinnen sehr wohl der sicherheitspolitischen Verantwortung ihres Heimatlandes gegenüber der Europäischen Union bewusst sind, obgleich sie,

---

(friedensschaffenden Maßnahmen) die Unterkategorien heutiger (meist multinationaler) *Peace Support Operations* (kurz: „PSO“), welche alle (zivilen und militärischen) Maßnahmen beinhalten, die zur Vermeidung von Konflikten oder zur Sicherung/Wiederherstellung des Friedens beitragen.

wahrscheinlich aufgrund der langjährigen österreichischen Tradition als Friedensarmee, der Bildung einer gemeinsamen europäischen Streitmacht mit Skepsis gegenüberstehen.

Diese Bedenken erweisen sich insofern als gerechtfertigt, da die Strukturierung und Organisation einer solchen gemeinsamen europäischen Armee von den Verantwortlichen sehr sorgfältig geplant sein muss und auch die praktische Umsetzung einer relativ langen strategischen Vorlaufzeit bedarf.

---

## **4. DIE BUNDESHEERREFORM 2010**

---

Der Bericht der Bundesheerreformkommission aus dem Jahr 2004 macht deutlich, dass sich die österreichischen Streitkräfte ihrer Verantwortung sich an die *„Bedrohungen und Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts* [Hervorhebung im Original]“ (Bericht der Bundesheerreformkommission 2004:10) anzupassen, durchaus bewusst waren/sind.

In der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, welche neben der Bundesverfassung auch die Basis dieses Reformierungsprozesses darstellte, heißt es bezüglich der Stellung der einzelnen Mitgliedstaaten:

*„Die Sicherheitslage eines europäischen Staates kann heute nicht mehr isoliert betrachtet werden. Instabilitäten und Gefahren in Europa bzw. an der europäischen Peripherie berühren die Sicherheitslage aller europäischen Staaten. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken sind nicht im Alleingang sondern nur durch internationale solidarische Zusammenarbeit zu bewältigen“* (Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin 2001).

Die Grundlagen der angestrebten Ziele dieser Reform basieren auf den Vorgaben des in einem der vorangegangenen Kapitel („3. Österreich und die GASP“) erwähnten *Helsinki Headline Catalogues*, der Forderung des *EU Framework Nation Concepts* und den Kriterien der Streitkräfteplanung, wie sie im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden konzipiert ist.

Das *Framework Nation Concept* der EU sieht vor, dass die einzelnen Mitgliedstaaten für den internationalen Einsatz eine *Framework Brigade* aufzustellen haben, welche *„ein Brigadekommando mit den Kernfunktionen eines Stabes<sup>11</sup>, einschließlich der erforderlichen Führungsunterstützung für die gesamte*

---

<sup>11</sup> Etwa 25% des Brigadestabes werden von anderen Nationen gestellt.

*Einsatzdauer, einen entsprechenden militärischen Beitrag an Truppen<sup>12</sup> sowie die logistische Sicherstellung für die eigenen eingesetzten Kräfte zu enthalten [hat; d. Verf.]“ (Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:82f.).*

Diese Doktrin verlangt somit, dass „zwei bis vier Kampfverbände mit international vergleichbaren Fähigkeiten hinsichtlich Führung, Wirkung, Beweglichkeit und Schutz“ (Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:83) bereitgestellt werden können. Weiters ist es natürlich erforderlich, auf nationaler Ebene durch eigene Einheiten zu gewährleisten, dass rasch verfügbare *Spezialeinsatzkräfte* (kurz: „SEK“), sowie Luftüberwachung, als auch –transport, die logistische Organisation usw. ebendieser Brigade zur Verfügung gestellt werden können (vgl. ebd.).

Die Durchführbarkeit eines solchen *Framework Nation Concepts* hängt mitunter ebenso von der Organisation der Einsatzdauer ab. In diesem Fall wird das international übliche Sechs-Monate-Rotationssystem herangezogen, welches davon ausgeht, dass die entsandten Kräfte grundsätzlich ein halbes Jahr im jeweiligen Einsatzgebiet verbleiben können. Diese Frist ist an eine doppelt so lange Zeitspanne gebunden, da angenommen wird, dass sowohl die Einsatzvorbereitung, als auch die Nachbereitung jeweils drei Monate umfassen sollte.

Abschließend lassen sich die sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Aufgaben der Bundesheerreform in den folgenden Punkten zusammenfassen (vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:86):

Diese Neugestaltung der österreichischen Streitkräfte forciert

- die angemessene Teilnahme an und Beitragsleistung zur ESVP, im Sinne der Konfliktprävention und des Krisenmanagements zur Stabilisierung des strategischen Umfeldes Europas,

---

<sup>12</sup> Der „*significant amount of assets*“ entspricht etwa 50% des Anteils an Kampftruppen und Kampfunterstützungstruppen.

- die Aufrechterhaltung des (militärischen) Schutzes der Bevölkerung durch die Souveränität des Staates
- und der Hilfeleistung nach Elementarereignissen außergewöhnlichen Umfangs.

Dies bedeutet für die zukünftige Aufgabenstellung des Österreichischen Bundesheeres, dass (u.a.) folgende Leistungen zu erbringen sind (vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:87):

- Die Erfüllung einer Brigadeaufgabe im Rahmen einer multinationalen Framework-Struktur im gesamten Spektrum<sup>13</sup> der Petersberg-Aufgaben, mit einer Durchhaltefähigkeit von einem Jahr und einer Wiederholbarkeit in einem drei- bis vierjährigen Einsatzrhythmus.
- Alternierend zur oben angeführten Brigadeaufgabe, hat die Leistung von zwei Bataillonsaufgaben – auch in getrennten Einsatzräumen – entweder im unteren Spektrum der Petersberg-Aufgaben mit unbegrenzter Durchhaltefähigkeit oder im gesamten Spektrum mit einjähriger Durchhaltefähigkeit in einem drei- bis vierjährigen Rhythmus zu erfolgen.

---

<sup>13</sup> Die Petersberg-Aufgaben werden in einschlägiger Literatur, je nach Risikoeinstufung, in ein oberes und ein unteres Spektrum aufgeteilt. Diese Gliederung ist jedoch recht unspezifisch. Prinzipiell lässt sich aber folgendes darüber aussagen: Das untere Spektrum der Petersberg-Aufgaben umfasst die risikoärmeren Einsätze mit humanitärem Schwerpunkt, friedenserhaltende (*peace-keeping*) Operationen der ersten Generation und Maßnahmen der Friedenskonsolidierung. Das obere und somit risikoreichere Spektrum der Petersberg-Aufgaben bezeichnet die Kampfeinsätze friedens erzwingender (*peace-enforcement*) Maßnahmen, als auch *peace-keeping*-Operationen der zweiten Generation.

- Zeitgleich dazu – in einer Einsatzdauer von bis zu drei Monaten – sind Einsätze zur humanitären Hilfe, Katastrophenhilfe und für Evakuierungsoperationen in vorerst Kompaniestärke zu leisten.
- Abschließend ist die Unterstützung der Landstreitkräfte im Ausland und Inland, die Luftunterstützung im strategisch-/operativen Lufttransport (zusätzlich abgestützt auf strategische Partner und Vertragslösungen), im taktischen Lufttransport, als auch zur operativ-taktischen Luftaufklärung für einen Brigadeinsatz in angemessener Durchhaltefähigkeit sicherzustellen.

Um die oben dargestellten Punkte auch praktisch umsetzen zu können, wird das Österreichische Bundesheer vermehrt Soldaten/Soldatinnen für Auslandseinsätze bereit stellen (in Zahlen bedeutet dies, dass statt der derzeitigen Anzahl von rund 1.100 Militärbediensteten, welche sich im Ausland befinden, bis zu 1.500 entsendet werden (können)). Mittelfristig soll dafür gesorgt sein, dass eine Rahmenbrigade mit bis zu 3.500 Soldaten/Soldatinnen zur Verfügung steht, während für die Aufgabenerfüllung im Inland (zeitgleich) mindestens 10.000 Soldaten/Soldatinnen verantwortlich sein werden.

Weiters wird durch die Bundesheerreformkommission eine Empfehlung ausgesprochen, in der nahe gelegt wird, zukünftige Berufssoldaten/Berufssoldatinnen zur Teilnahme an Auslandseinsätzen zu verpflichten.

Während es hierbei um die konkrete Realisierung der (teilweise neuen oder zumindest erweiterten) Aufgabenstellungen bzw. Schwerpunktsetzung geht, hat das Österreichische Bundesheer erkannt, dass auch in der (theoretischen) Ausbildungen bzw. Vorbereitung der Soldaten/Soldatinnen auf Auslandmissionen eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen stattzufinden hat. Der Anspruch an den heutigen Soldaten/die heutige Soldatin kennzeichnet Eigenschaften, wie *„Komplexität, Internationalisierung, Interoperabilität und*

*Flexibilität*“ (Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:100), welche somit ebenso in der Aus- und Weiterbildung des/der Einzelnen forciert werden müssen.

Weiters wird auch innerhalb des Österreichischen Bundesheeres, insbesondere in der Vorbereitung der Soldaten/Soldatinnen auf den Auslandseinsatz, die interkulturelle Kompetenz<sup>14</sup> gefördert. Hierbei gilt es jedoch nicht nur das Verständnis für die Sitten und Gebräuche des Einsatzlandes zu vertiefen, sondern ebenfalls die Toleranz gegenüber Soldaten/Soldatinnen anderer Nationen.

Die Untersuchungen von Klein innerhalb des Deutsch-Niederländischen Korps verdeutlichen, dass trotz der engen Kooperation, die Zusammenarbeit in gemischten Stäben dazu führte, *„dass – je nach Wissen und Grundeinstellung – trotz guter Vorbereitung, gemeinsamer Sprache und ähnlicher struktureller Rahmenbedingungen auf beiden Seiten, bereits bestehende nationale Urteilstendenzen und Vorurteile bestätigt oder widerlegt wurden“* (Klein 2001:117, zit. nach Lampalzer 2007:102).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ausbildung der Angehörigen der österreichischen Streitkräfte laufend erweitert und an die neuen Aufgabenstellungen des Bundesheeres angepasst wird.

---

<sup>14</sup> Obgleich einer Vielzahl anderer Definitionen, ist hier *„ (...) interkulturelle Kompetenz als Voraussetzung dafür anzusehen, dass die Interaktionspartner im interkulturellen Kontext ihre wie auch immer ausgeprägten weiteren Handlungskompetenzen fachlicher, strategischer oder anderer Art überhaupt zur Anwendung kommen lassen“* (Rathje 2006:7, zit. nach Lampalzer 2007:111).

---

**5. PROBLEME MULTINATIONALER EINSÄTZE -  
ZWISCHEN SOUVERÄNITÄT UND INTEGRATION**

---

Jene Probleme, welche bereits in früheren bzw. in jetzigen Auslandseinsätzen bestanden haben und weiterhin bestehen, werden – darin waren sich ein Großteil der Interviewten einig – mit einer ziemlich hohen Wahrscheinlichkeit ebenso in zukünftigen Auslandseinsätzen (und somit auch in Missionen, im Rahmen der Europäischen Union) auftreten.

Der Soldat/die Soldatin verkörpert(e) in seiner/ihrer ursprünglichen Form den/die Angehörige/n einer Armee oder Streitkraft eines Landes. Diese Armee/Streitkraft dient/e dazu, die Souveränität eines Staates nach außen, aber in vielen Fällen auch nach innen hin, zu verteidigen und aufrechtzuerhalten.

Diese (einstige) Funktion ist nicht nur in der Tradition des (österreichischen) Heeres verankert, sondern ist außerdem noch in der *Allgemeinen Dienstvorschrift* (kurz: „ADV“), welche die prinzipiellen Pflichten der Soldaten/Soldatinnen enthält, schriftlich festgehalten:

*„(2) Der Soldat steht auf Grund der ihm übertragenen Aufgabe, sein Vaterland und sein Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen, in einem besonderen Treueverhältnis zur Republik Österreich. [Hervorhebung durch die Verfasserin ]. Er ist im Rahmen dieses Treueverhältnisses insbesondere zur Verteidigung der Demokratie und der demokratischen Einrichtungen sowie zu Disziplin, Kameradschaft, Gehorsam, Wachsamkeit, Tapferkeit und Verschwiegenheit verpflichtet“*  
(ADV, 2001, §1 Abs. 2).

Nun stellt sich jedoch für den/die international agierende/n österreichische/n Soldaten/Soldatin die Problematik, dass dieser im Rahmen seines Auftrages im Auslandseinsatz, sein Aufgabenfeld nicht in der (direkten) Verteidigung (der demokratischen Werte) der Republik Österreich sieht, sondern mit anders gearteten Missionen betraut wird (humanitäre Hilfseinsätze, friedensunterstützende Missionen, Aufrechterhaltung der Demokratie in anderen Ländern, als seinem/ihrer Heimatland etc.).

Die Aufgabe „*sein Vaterland und sein Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen*“ abstrahiert sich insofern, als dass der Soldat/die Soldatin nicht mehr direkt (z.B.) die Grenzen des eigenen Landes verteidigt, sondern die Sicherheit und Stabilität anderer Länder – welche jedoch, wie bereits mehrfach erwähnt, global gesehen auch immer mit der Sicherheit und Stabilität des eigenen Landes einhergeht.

Somit muss sich also nicht nur das Österreichische Bundesheer als Ganzes umstrukturieren, sondern auch der einzelne Soldat/die einzelne Soldatin muss sich zukünftig in seiner/ihrer Identität neu orientieren.

Dieser Wandel hat sich jedoch, wie bereits in der Einleitung erwähnt, nicht erst in den letzten Jahren vollzogen, sondern ist Resultat der historischen Entwicklung der Republik Österreich und wurde über Jahrzehnte hindurch von verschiedensten (politischen, wirtschaftliche o.ä.) Faktoren geprägt und beeinflusst.

Aufgrund weltpolitischer Veränderungen steht die Europäische Union keinen unmittelbaren militärischen Bedrohungen ihres „Staats-“gebietes in konventioneller Form gegenüber, jedoch muss auch sie subkonventionelle Gefährdungspotentiale (z.B. den Terrorismus) ernst nehmen. Solche neuen Bedrohungen lösen „herkömmliche“ Risiken weitestgehend ab und fordern somit eine neue oder zumindest erweiterte Definition des/der eigentlichen Aufgabengebietes der Soldaten/Soldatinnen. Die Zugehörigkeit eines Soldaten/einer Soldatin zu einem Staat wird durch die Zugehörigkeit eines theoretischen Konstrukts (der Europäischen Union) abgelöst.

Demnach kämpft der/die Soldat/Soldatin nicht mehr länger für sein „Vaterland“, im Sinne der Verteidigung territorialer Grenzen, sondern für eine politische Idee (die Gesamtheit der Europäischen Union), welche in dieser Form und Größe noch nicht da gewesen ist (die Zusammenarbeit der NATO beschränkt sich z.B. nur auf das Militär).

Hierbei wäre es dienlich den zweiten Absatz des obigen Zitates schärfer ins Auge zu fassen, da dieser folgendes besagt:

*„Er ist im Rahmen dieses Treueverhältnisses insbesondere zur Verteidigung der Demokratie und der demokratischen Einrichtungen (...) verpflichtet.“*

In diesem Teil der Dienstvorschrift steht nicht explizit, dass der Soldat/die Soldatin „nur“ die Demokratie und ihre Einrichtungen des eigenen Vaterlandes zu schützen hat. Vielmehr wird es hier so formuliert, dass es die Demokratie als Ganzes und ganz gleich in welchem Land zu verteidigen gilt.

Die nationale Zugehörigkeit eines Soldaten/einer Soldatin erkennt man gemeinhin an dem unterschiedlichen Erscheinungsbild – an der Art seiner/ihrer Uniform, der Kopfbedeckung, unterschiedlicher Aufnäher bzw. der Darstellung und Benennung der Dienstgrade etc.

Folglich repräsentiert jeder/jede Soldat/Soldatin sein/ihr jeweiliges Land, bereits rein optisch, alleine „nur“ durch das Tragen eines bestimmten Typs der Uniform.

Diese „Verbildlichung“ der eigenen Zugehörigkeit endet jedoch nicht bereits an der Außenseite der Bekleidung. Auch durch unterschiedliche Sprachen, Gepflogenheiten und/oder der nach außen hin gerichteten Präsentation der eigenen Herkunft (z.B. durch Fahnen, Aufkleber oder bestimmter Dekoration in den Wohn-Containern der Soldaten/Soldatinnen im Ausland) wird die eigene nationale Identität repräsentiert.

Dabei wird klar, dass eine multilaterale Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern zwar sehr wohl erfolgt, sich diese jedoch rein nur auf die vorgegebenen Aufgabenstellungen konzentrieren. Kurz gesagt: Der/Die Soldat/Soldatin arbeitet (z.B.) im Kosovo zwar mit Soldaten/Soldatinnen aus anderen Ländern zusammen, jedoch betrifft das eigentliche „Wir-Gefühl“ meist nur jene (männliche und weibliche) Kameraden, welche sich innerhalb des eigenen nationalen Kontingents befinden.

In diesem Fall ist es also, ähnlich wie in der Zivilgesellschaft, zwar so, dass gemeinsame gesellschaftliche Prozesse stattfinden, diese allerdings keinen (großen) Einfluss auf das Gemeinschaftsgefühl zwischen den einzelnen Nationalitäten haben. So ergeht es dem Soldaten/der Soldatin wie dem Zivilisten/Zivilisten, der/die sich zwar eigentlich zur Gemeinschaft der Europäischen Union zugehörig fühlen kann, dies jedoch (noch) nicht (restlos) tut. So sehen sich die meisten Einwohner dieses Landes immer noch primär als Österreicher, anstatt als Europäer. Ähnlich geht es den Mitgliedern des Österreichischen Bundesheeres, welche sich zwar einerseits als Teil einer übergeordneten multinationalen Streitmacht sehen, sich jedoch mit dieser (noch) nicht wirklich identifizieren können.

Des Weiteren wird eine solche Kooperation noch zusätzlich durch (länderspezifische) unterschiedliche Ausbildungs- und Führungsstandards, als auch divergente rechtliche Rahmenbedingungen erschwert.

---

**6. AUSLANDSEINSÄTZE DES ÖSTERREICHISCHEN  
BUNDESHEERES**

---

Die Teilnahme an internationalen friedensunterstützenden und humanitären Missionen hat in Österreich eine lange Tradition: Seit 1960 haben über 90.000 österreichisch Soldaten/Soldatinnen und zivile Helfer/Helferinnen an über 50 derartigen Einsätzen teilgenommen. Während im Jahr 1960 im Kongo erstmals die Aufstellung eines Sanitätskontingents durch das Österreichische Bundesheer erfolgte, haben sich die Aufgabengebiete und Auftragsbereiche in den letzten Jahrzehnten, sowohl qualitativ, als auch quantitativ, verändert.

Die Auslandsmissionen des Österreichischen Bundesheeres gliedern sich in folgende Teilbereiche:

- Internationale humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe (z.B. Hochwassereinsatz in Mozambique 2000)
- Militärbeobachtermissionen (z.B. Golanhöhen)
- Beteiligung an friedensunterstützenden Missionen (*Peace Support Operations*, kurz: „PSO“) (z.B. Kosovo)

Die internationale humanitäre Hilfe und die Katastrophenhilfe umfasst ein relativ breites Spektrum an Maßnahmen: seien es Such- und Bergeaktionen nach Erdbeben (Iran, Algerien) oder die Trinkwasseraufbereitung nach dem Tsunami in Sri Lanka etc.

### **6.1. Rechtliche Rahmenbedingungen**

In §1 des Bundesverfassungsgesetzes über *Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland* (KSE-BVG) BGBl. I Nr.38/1997 in der Fassung des BGBl. I Nr.30/1998, sowie der Kundmachung

BGBI. I Nr.35/1998, welche am 22.04.1997 in Kraft getreten ist, heißt es wie folgt:

*„Einheiten und einzelne Personen können in das Ausland entsendet werden*

*1. zur solidarischen Teilnahme an*

- a) Maßnahmen der Friedenssicherung einschließlich der Förderung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte im Rahmen einer internationalen Organisation oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder in Durchführung von Beschlüssen der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder*
- b) Maßnahmen der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe oder*
- c) Maßnahmen der Such- und Rettungsdienste oder*
- d) Übungen und Ausbildungsmaßnahmen zu den in lit. a bis c genannten Zwecken sowie*

*2. zur Durchführung von Übungen und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich der militärischen Landesverteidigung (Art. 79 Abs. 1 B-VG).*

*Dabei ist auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen Österreichs, die Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen sowie der Schlußakte [sic] von Helsinki und auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auf Grund des Titels V des Vertrages über die Europäische Union Bedacht zu nehmen.“*

Um die in Punkt 1 dargestellte solidarische Teilnahme auch völkerrechtlich zu begründen, müssen folgende Rechtsgrundlagen vorliegen (vgl. Hirschmugl 2006:98f.):

- Ein Mandat einer internationalen Organisation (z.B. Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der EU oder OSZE)
- Ein Abkommen über die Beistellung von Truppen zwischen den betreffenden internationalen Organisationen und der Republik Österreich
- Ein Abkommen über den Status der Truppen auf dem Gebiet des Aufenthalts- bzw. Gaststaates
- Weitere verbindliche Dokumente, wie *Rules of Engagement* (kurz: „ROE“), die u.a. den Einsatz von Gewalt detailliert regeln

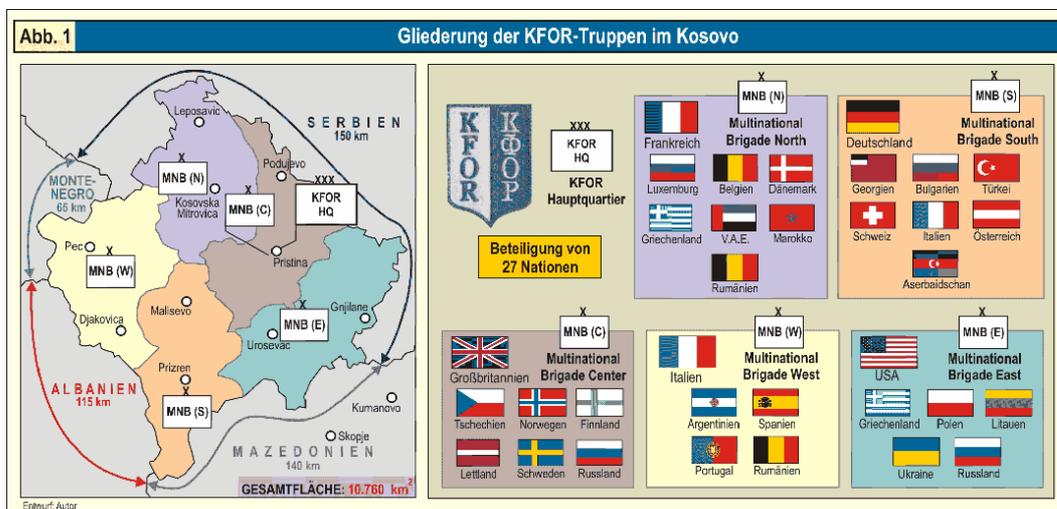
Bei der Entsendung von Streitkräften ins Ausland und innerhalb der internationalen Kooperation ergibt sich, mitunter, auch die Frage nach der Gerichtsbarkeit des einzelnen Soldaten/der einzelnen Soldatin. Die Handhabung ebendieser Problematik ist prinzipiell in zwei unterschiedliche Strömungen gegliedert. Während „*das Recht der Flagge*“, also die eher amerikanische Haltung besagt, „*dass die Truppen im Ausland als exterritorial anzusehen sind und daher weiterhin der Gerichtsbarkeit des eigenen Staates unterliegen*“ (Hirschmugl 2006:160), teilt das britische Äquivalent, das so genannte „*Prinzip der territorialen Souveränität*“ die „*Gerichtsbarkeit in die des Entsendestaates und die des Gaststaates*“ (ebd.).

Allerdings werden die (speziellen) gesetzlichen Regelungen über die Zuständigkeit bei der strafrechtlichen Verfolgung von Soldaten/Soldatinnen im Ausland vor der Entsendung der Streitkräfte durch bi- oder multilaterale Verträge, allgemeine Bestimmungen der übergeordneten Organisation (NATO, PfP etc.) vorgegeben.

## 6.2. Das Österreichische Bundesheer im Kosovo

### 6.2.1. Die Geschichte des AUCON in der KFOR

Auf Basis der UNO Resolution 1244, aus dem Jahre 1999, welche die völkerrechtliche Grundlage bildete im Kosovo eine *Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo* (kurz: „UNMIK“) zu errichten, entsendete auch das Österreichische Bundesheer Soldaten/Soldatinnen in die Provinz (des ehemaligen) Jugoslawiens. Zurzeit umfasst das dortige *Österreichische Kontingent* (kurz: „AUCON“) der *Kosovo Force* (kurz: „KFOR“) ca. 415<sup>15</sup> Soldaten und Soldatinnen, welche in den verschiedensten Bereichen tätig sind. Der Kosovo selbst ist, wie in der folgenden Grafik ersichtlich, in fünf Zonen unterteilt:



(Quelle: [http://www.bmlv.gv.at/misc/image\\_popup/popup.php?strAdresse=/omz/grafiken/vollbild/millotat1403.png&intSeite=1440&intHoehe=900&intMaxSeite=1440&intMaxHoehe=872&blnFremd=1](http://www.bmlv.gv.at/misc/image_popup/popup.php?strAdresse=/omz/grafiken/vollbild/millotat1403.png&intSeite=1440&intHoehe=900&intMaxSeite=1440&intMaxHoehe=872&blnFremd=1), 03.06.2009)

<sup>15</sup> [Stand Juli 2010]

Die einzelnen Bereiche sind nach ihrer geographischen Verortung benannt: *Multinational Brigade North* („MNB (N)“), *South* („MNB (S)“), *West* („MNB (W)“), *East* („MNB (E)“) und *Center* („MNB (C)“).

Wie in der Grafik ersichtlich, ist die Masse des AUCON, Teil der MNB (S) unter deutscher Führung. Neben österreichischen und deutschen Soldaten/Soldatinnen, sind der MNB (S) noch Streitkräfte aus Georgien, Bulgarien, Türkei, Schweiz, Italien und Aserbaidschan zugeteilt.

Der Auftrag, der im Kosovo stationierten österreichischen Soldaten und Soldatinnen richtet sich nach den Petersberg-Aufgaben, welche laut dem Vertrag von Amsterdam (1997) *„humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“* beinhaltet (VEU Art.117 (3)).

Diese umfassen konkret folgende Teilbereiche:

- *„Sicherstellung der Bewegungsfreiheit,*
- *Patrouillentätigkeit,*
- *Aufklärung und Überwachung von Räumen,*
- *Errichten und Betreiben von temporären Checkpoints,*
- *Überwachung/Schutz von Minderheiten,*
- *Kontrolle von Menschenansammlungen und Unruhen (Crowd and Riot Control – „CRC“),*
- *Hausdurchsuchungen,*
- *Räumen und Beseitigen von Minen und Kampfmitteln,*
- *Zusammenarbeit und Unterstützung nationaler und internationaler Organisationen,*
- *Unterstützung der humanitären Hilfe im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit („CIMIC“),*

- *Wahrnehmen von unbedingt erforderlichen Exekutivaufgaben, solange zivile Stellen dazu nicht in der Lage sind (Verhindern von Gewaltverbrechen, Aufrechterhaltung der Sicherheit usw.)*
- *sowie Ausübung nationaler und internationaler Führungs- und Einsatzunterstützungstätigkeiten für die verschiedenen Stabteile im HQ KFOR, HQ MNB SW und in Elementen der brigadeunmittelbar geführten Einheiten sowie in den nationalen Unterstützungselementen“ (Truppendienst 2005:185).*

Seit April 2005 verrichten im Kosovo auch sogenannte „LMT“s (*Liasion Monitoring Teams*), welche ebenfalls (mitunter) aus österreichischen Soldaten und Soldatinnen bestehen, ihre Arbeit.

Ursprünglich wurde dieses Konzept erstmals unter österreichischer Führung im Dezember 2004 in der EUFOR-Mission in Bosnien und Herzegowina angewandt. Dort wurden diese Gruppen jedoch „LOT“ (kurz für: *„Liasion Observation Team“*) genannt. Der Grundgedanke dieser Teams ist hingegen gleich: Es geht darum *„die Hand am Puls der Bevölkerung zu haben“* (Gstrein 2007).

Bezüglich ihres Auftrages stellt sich das Aufgabenfeld der LMTs im Kosovo wie folgt dar:

*„Die LMT-Soldaten wirken als Verbindungsglieder der im Kosovo stationierten KFOR-Kräfte zu allen zivilen Verwaltungsstrukturen, sowohl internationalen wie auch nationalen:*

- *Zum UNMIK-Personal (,United Nations Interim Administration Mission in Kosovo’, auf deutsch: Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo)*

- zur OSCE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- zu den sogenannten Municipalities (vergleichbar mit den Bezirkshauptmannschaften in Österreich)
- sowie zu Vertretern der Kosovo Police und der Justiz“ (Liasion Monitoring Teams im Kosovo 2007).

Diese Teams sind demnach für die „offene Informationsgewinnung“ (vgl. ebd.) innerhalb der AOR des österreichischen Kontingents zuständig.

Seit den Unruhen im Kosovo 2004, bekam das Bedürfnis seitens der Militärs, stärker mit der ansässigen Zivilbevölkerung in Dialog zu treten, eine neue Gewichtung. Um derartige Eskalation zukünftig voraussehen oder gar vermeiden zu können, ist es wichtig sich diesbezüglich durch die Bevölkerung Informationen zu beschaffen, um bereits im Ansatz deeskalierend wirken zu können. Der Begriff der „offenen Informationsgewinnung“ bedeutet hierbei, dass die LMTs im Kosovo, mittels Dolmetschern (Ansässige, welche über gute Deutsch- und/oder Englischkenntnisse verfügen und entsprechend ihres Hintergrunds seitens des Militärs überprüft werden), mit den Einheimischen Gespräche führen, um somit in Erfahrung zu bringen: „(...) wenn sich da etwas zusammenbraut. Wie ist die Lage – politisch, sozial? Was bedrückt die Leute? Was sind ihre Nöte? Was sind ihre Sorgen?“ (IP1, Zeile 61 bis 62).

Hierbei kommt den LMTs zugute, dass sie „Selbstversorger“ darstellen, die außerhalb der Camps leben und sich eigenverantwortlich um die alltäglichen Dinge des Lebens kümmern müssen (Nahrung einkaufen, kochen etc.). Diese Maßnahmen dienen dazu, den Einheimischen den Kontakt zu den Soldaten/Soldatinnen der LMTs zu erleichtern und Vertrauen zu schaffen, um noch direkter mit der ansässigen Zivilbevölkerung zusammenzuarbeiten und unterstützend eingreifen zu können.

Im Zuge dieser Arbeit war es möglich, Interviews mit ehemaligen Soldaten eines solchen Liaison Monitoring Teams im Kosovo zu führen und diese hinsichtlich ihrer gesammelten Erfahrungen aus dieser Zeit zu befragen.

---

## **7. DER METHODISCHE AUFBAU**

---

Der methodische Aufbau dieser Arbeit basiert einerseits, wie bereits im vorigen Kapitel erwähnt, auf dem Führen von qualitativen Interviews mit Soldaten (es waren ausschließlich Männer) eines Liaison Monitoring Teams aus dem Kosovo, andererseits konnte ebenfalls die Möglichkeit wahrgenommen werden zwei sachkundig Fachmänner (auch hier waren beide männlichen Geschlechts) der GASP bzw. der Sanität, hinsichtlich ihrer Standpunkte, zu befragen.

## **7.1. Das qualitative Interview**

### **7.1.1. Die Interviewformen**

#### **7.1.1.1. Das fokussierte Interview**

Das fokussierte Interview, welches sich in seinen Ursprüngen auf Merton und Kendall (1946) zurückführen lässt, wurde früher hauptsächlich dazu verwendet, die Wirksamkeit von Massenmedien und Propaganda zu untersuchen (vgl. Diekmann 2004:446).

Ein fokussiertes Interview lässt sich prinzipiell in zwei Phasen gliedern: die des Stimulus und die der eigentlichen (Leitfaden-) Befragung.

Der Stimulus (ein Film, ein Werbespot, eine Geschichte o.Ä.) wird den Probanden und Probandinnen präsentiert, um nachher die Reaktionen des/der Einzelnen mit einem sogenannten halbstrukturierten Interview<sup>16</sup> abfragen zu können. Zeitweise

---

<sup>16</sup> Die Interviewformen lassen sich, je nach Größe des Handlungsspielraums und Spezifizierung der Vorgaben des Interviewers/der Interviewerin in strukturierte (hierbei sind sowohl die Fragen, als auch ihre Abfolge fix vorgegeben), halbstrukturierte (dabei wird ein Leitfaden festgelegt, der abzufragenden Themen bündelt) und unstrukturierte Befragungen (hier liegen sowohl die Frageformulierungen, wie auch ihre Reihenfolge fast gänzlich im Ermessen des/der Interviewers/Interviewerin) einteilen.

kann es vorkommen, dass der eigentliche Reiz des Stimulus bereits – manchmal sogar ohne dem Zutun des Interviewers oder der Interviewerin – vor der eigentlichen Befragung stattgefunden hat, wenn z.B. die Leser einer bestimmten Zeitung über einen Artikel in ebendieser befragt werden.

Das Grundlegende an einem solchen fokussierten Interview ist, wie bereits der Name sagt, dass man sich bereits vor dem Gespräch Gedanken über den ausgewählten Stimulus macht. So ist es Teil eines solchen Forschungsprozesses, dass der Interviewer/die Interviewerin sich vor der Befragung der Probanden und Probandinnen, mit dem Stimulus auseinandersetzt, um anhand dieser Analyse bereits Hypothesen über die etwaige Wirkung dieses Reizes zu formulieren. Aufgrund dieser Schritte ist es dann möglich, einen Leitfaden für die anstehende Befragung zu konstruieren, welcher alle forschungsrelevanten Themen inhaltlich abdeckt. Während des anschließenden halbstrukturierten Interviews kann dadurch nicht nur die Forschungshypothesen auf ihre Verifizierung oder Falsifizierung aufgrund des vorformulierten Leitfadens getestet werden, sondern auch – wegen der relativ offenen Form – neue Sachverhalte, welche sich erst durch den Gesprächsverlauf ergeben, mit einzubeziehen.

Merton und Kendall haben für die Interviewphasen insgesamt vier Prinzipien formuliert (vgl. Diekmann 2004:446f.):

1. Nicht-Beeinflussung
2. Spezifität
3. Erfassung eines breiten Spektrums
4. Tiefgründigkeit und personaler Bezugsrahmen

Ad 1 lässt sich sagen, dass hierbei gemeint ist, dass der/die Befragte aufgrund der relativ offenen Frageformen dazu hingeleitet wird, seine subjektiven Erfahrungen zu schildern, welche auch ganz neue Gesichtspunkte der eigentlichen Forschungshypothese eröffnen können.

Ad 2: Das Prinzip der Spezifität meint, dass der/die Interviewer/Interviewerin dazu angehalten ist auch: „*Details der erlebten Situation*“ (Diekmann 2000:447) abzufragen.

Ad 3: Das Erfassen eines breiten Spektrums bedeutet einerseits Reaktionen zur Bestätigung, aber auch zur Widerlegung der Forschungshypothese, herauszufiltern, andererseits jedoch dem/der Probanden/Probandin zusätzlich einen möglichst weiten Antwortrahmen zur Verfügung zu stellen, um auch unerwarteten Rückmeldungen Raum geben zu können.

Ad 4: Die Tiefgründigkeit bzw. der personale Bezugsrahmen soll bedeuten, dass über affektive Reaktionen, wie z.B. den Worten „schön“, „böse“ usw. nicht einfach hinweggegangen werden soll, sondern diese Äußerungen des/der Probanden/Probandin von dem/der Interviewer/Interviewerin weitergehend hinterfragt werden müssen.

### 7.1.1.2. Das narrative Interview

Diese Interviewtechnik dient dazu: „*um erfahrungsnahe, subjektive Aussagen über Ereignisse und biographische Abläufe zu gewinnen*“ (Diekmann 2004:449). Damit sind einerseits „*besondere Ereignisse im Lebenslauf (wie Arbeitslosigkeit, Ehescheidung)*“, aber auch „*biographische Ereignisketten (Ausbildungs- und Berufsverläufe etc.)*“ (ebd.) gemeint, welche von dem/der Interviewer/Interviewerin erfasst werden sollen.

Diese Art der Befragung geht auf Schütze (1977) zurück und ist in ihrer Form noch weniger strukturiert, als das oben dargestellte *fokussierte Interview*. Dies rührt daher, dass der/die Interviewer/Interviewerin nur dazu angehalten ist, quasi in einleitender Form eine Themenstellung vorzugeben und den/die Probanden/Probandin in „*nichtdirektiver*“ (ebd.) Weise zum Erzählen zu ermuntern. Somit ist die Vorgabe, sowohl für den/die Interviewer/Interviewerin, als auch für den/die Probanden/Probandin, verhältnismäßig unlimitiert, wodurch ein sehr breites Spektrum an Antwort- und Reaktionsmöglichkeiten eröffnet wird:

*„Die Idee ist, daß [sic] mit der Auslösung des Erzählflusses eine Dynamik wirksam wird, die quasi automatisch gewissen Strukturprinzipien Rechnung trägt. Diese «Zugzwänge» der Erzählung sind der Zwang zur Gestalterschleißung (die Erzählung muß [sic] «vollständig, verständlich und ausgewogen» sein), der Kondensierungszwang (der Befragte muß [sic] Schwerpunkte setzen) und der Detaillierungszwang (Motive und Zusammenhänge müssen verständlich gemacht werden ) [Hervorhebungen im Original]“ (ebd.).*

Diese „Erzählzwänge“, wie es Schütze nennt, erfolgen meist unbewusst und sollen die Hemmschwelle des/der Probanden/Probandin senken, um Sachverhalte offen legen zu können, welche in stärker strukturierten Interviews in jener Art und Weise höchst unwahrscheinlich wären.

Auch diese Form des Interviews ist in Phasen gegliedert:

In der ersten Phase erfolgt seitens des/der Interviewer/Interviewerin ein Stimulus, welcher, in weiterer Folge, den/die Probanden/Probandin zum Erzählen animieren soll.

Die zweite Phase ist die des Zuhörens – in der der/die Fragende möglichst passiv bleibt, um den Erzählfluss der/des Interviewten nicht zu unterbrechen –

und zuletzt erfolgt die dritte und letzte Phase des aktiven Nachfragens, in der der/die Interviewer/Interviewerin, nach abgeschlossenem Erzählvorgang seitens des/der Befragten, versucht noch offene Fragen oder Widersprüchlichkeiten abzuklären bzw. – sofern notwendig – das Erzählte noch mehr zu vertiefen.

### 7.1.1.3. Das problemzentrierte Interview

Das problemzentrierte Interview nach Witzel (1982) hat die Aufgabe, insbesondere bei Menschen, welche über eine gering ausgeprägte „*narrative Kompetenz*“ (Diekmann 2004:450) verfügen, für die Untersuchung relevante Informationen zu Tage zu bringen. Diese „*narrative Kompetenz*“ bezeichnet hierbei die Eigenschaft des/der Befragten auf die Themenvorgabe des/der Interviewer/Interviewerin frei zu erzählen und kann nicht bei allen Menschen in gleichem Maße vorausgesetzt werden.

In dieser Art der Fragetechnik nimmt der/die Interviewer/Interviewerin auch während der Phase der Schilderung des/der Probanden/Probandin eine aktive Rolle ein und stellt Erkundigungen anhand eines ausgearbeiteten Leitfadens an. Diese Zwischenfragen sollen jedoch, im besten Falle, nicht die Erzähllogik des/der Befragten beeinflussen und ihn/sie auch möglichst nicht in seinen/ihren Gedankengängen beeinträchtigen.

Diese Art der stärkeren Strukturierung eines Interviews mit Hilfe eines Leitfadens dient ebenfalls dazu den/die Interviewten/Interviewte auf bestimmte Themenkreise hinzuweisen.

Witzel schlägt dabei auch vor, diese Form des Interviews in Kombination mit quantitativen Analysen (z.B. einem sozialstatistischen Kurzfragebogen) und anderen qualitativen Erhebungsmethoden (Fallanalyse, Gruppendiskussion etc.) zu verwenden (vgl. ebd.).

Diese Methodik soll eine größtmögliche, aber dennoch minimalinvasive Abschöpfung von Informationen garantieren.

---

## **8. ERGEBNISSE**

---

## 8.1. Die Interviews<sup>17</sup>

### 8.1.1. Die Soldateninterviews

Es wurden fokussierte Einzelinterviews anhand eines Leitfadens mit insgesamt fünf Berufssoldaten des Österreichischen Bundesheeres durchgeführt. In weiterer Folge konnten jedoch nur drei der geführten Befragungen zur Auswertung herangezogen werden (im Folgenden kurz „IP1“, „IP2“ und „IP3“ genannt).

Die Gespräche fanden in einer ungestörten Atmosphäre eines Gemeinschaftsraumes einer österreichischen Kaserne statt und dauerten, pro Soldat, ungefähr 30 Minuten.

Die tatsächlich analysierte Gruppe der Soldaten setzt sich aus zwei Offizieren und einem Unteroffizier zusammen, welche, als Grundanforderung für diese Interviews, mindestens einen, vor nicht all zu langer Zeit abgeschlossenen, Auslandseinsatz im Kosovo getätigt hatten<sup>18</sup>. Die ungefähre Einsatzdauer im Kosovo betrug bei den einzelnen Soldaten zwischen drei und neun Monaten (am Stück).

Ziel der Befragung war es herauszufinden, ob und – wenn ja – inwieweit Probleme aufgrund des multinationalen Charakters dieses Einsatzes von den einzelnen Personen wahrgenommen wurden.

Anhand des analysierten Materials werden in den nächsten Unterkapiteln folgende Thematiken, welche sich während den Gesprächen als Hauptaspekte herauskristallisierten, behandelt:

- Sprache

---

<sup>17</sup> Die vollständige Transkription der einzelnen Interviews befindet sich im Privatbesitz der Verfasserin.

<sup>18</sup> Der letzte Kosovo-Einsatz der interviewten Soldaten lag vom Zeitpunkt der Befragung zwischen einem Monat und eineinhalb Jahren zurück.

- Klischeebildungen
- Zwischenmenschliche Konflikte und Ansätze zur Problemlösung

#### 8.1.1.1. Sprache

Da die Dienstsprache der Soldaten/Soldatinnen im Kosovo Englisch ist, war eine der ersten möglichen Schwierigkeiten, welche seitens der Interviewerin angesprochen wurde, jene der mündlichen Verständigung.

Die Fragestellung zielte dahingehend ab, ob es für einen oder mehrere der Befragten problematisch war, sich auf Englisch zu unterhalten bzw. Befehle zu empfangen und zu verstehen.

Hierbei machten zwei der drei Befragten deutlich, dass ihnen diese Aufgabenstellung nicht wirklich schwer fiel. Diese zwei Probanden waren auch jene, welche in ihren Englischkenntnissen (militärisch<sup>19</sup>) relativ hoch eingestuft wurden, was wohl die Erklärung dafür ist, dass sie die englische Kommandosprache vor keine gravierenden Komplikationen stellte.

Weiters erklärte einer der Interviewten:

*„Aber man merkt des auch bei den Nationen oder auch bei unserer eigenen: Der, der Sprache nicht mächtig ist, findet immer einen Weg, wie man sich verständigen kann – kann/muss/soll...[räuspert sich] .. Es wird auch teilweise, manchmal, bei manchen so gezielt eingesetzt, dass man*

---

<sup>19</sup> Das Österreichische Bundesheer unterscheidet in seiner Ausbildung bezüglich der vorhandenen (Fremd-)Sprachenkenntnisse vier Qualifikationsstufen: 1A und 1B (Grundkenntnisse), 2A und 2B (funktionale Kenntnisse), 3A und 3B (professionelle Kenntnisse), 4 (sehr professionelle Kenntnisse) und 5 (hoch professionelle Kenntnisse).

*nur: ‚Ich versteh’ nix.‘ – halt, so in der Art, nicht? Aber in der Regel – es findet immer eine Möglichkeit, eine Kommunikation statt. Es ist ja nicht nur auf die Sprache begrenzt“ (IP3, Zeile 72 bis 77).*

Hierdurch wird deutlich, dass es wohl Soldaten/Soldatinnen gibt, welche bewusst ihre (zum Teil vielleicht auch manchmal vorgetäuschten) marginalen Englischkenntnisse als Schutz vor möglicherweise unliebsamer Konversation einsetzen. Hierbei wird also eine Art „Abwehrverhalten“ eingenommen, welches den/die Soldaten/Soldatin vor Situationen schützen soll, die primär als unangenehm empfunden werden.

Auch eine weitere Methode wurde von dem Befragten angesprochen: Der Akt der Kommunikation beschränkt sich natürlich nicht nur auf die verbale Ausdrucksweise – auch nonverbale Arten der Interaktion finden zwischen Soldaten/Soldatinnen statt. Diese Sprache, welche sowohl Gestik, als auch Mimik umfasst, ist international recht ähnlich: So wird z.B. ein Kopfschütteln in vielen Ländern der Welt als eindeutiges Zeichen der Ablehnung verstanden.

Ein weiteres Beispiel für (massives) Abwehrverhalten seitens eines – in diesem Fall – etwas älteren Soldaten wurde von einem anderen Interviewten angesprochen:

*„Nur einer war dabei, der hat sich wirklich vehement geweigert: ‚Ich bin fast vierzig Jahre alt ... Ich lerne das nicht mehr’ – gut, Ausnahme ... Problem war, wie er dann in Ayia Napa<sup>20</sup> war und fort war, am Abend – da muss man halt Englisch sprechen, wenn man halt Damen kennen lernen möchte – und dann auf einmal ging es ja doch .. Na, ... das Problem war da nur, dass der Kommandant ihn dabei beobachtet hat, .. gesehen hat wie er mit ‚Yes/No/Marlboro’-Englisch – aber trotzdem – kommuniziert hat*

---

<sup>20</sup> Ayja Napa ist ein Ort, der an der Süd-Ost-Küste Zyperns liegt

*mit den Damen .. Und dann hat er keine Ausrede mehr gehabt“ (IP1, Zeile 177 bis 183).*

Dieses Verhalten verdeutlicht, dass es manchen – meist etwas „dienst erfahrenen“ – Soldaten schwer fällt bzw. sie nicht den Willen aufweisen, sich den (relativ) „neuen“ internationalen Herausforderungen zu stellen und eine Fremdsprache, wie Englisch, zu erlernen.

In diesem Zusammenhang wurde auch geäußert, dass es bei Briefings<sup>21</sup> im Kosovo üblich ist Soldaten/Soldatinnen, welche über nur geringe Englischkenntnisse verfügen, den Inhalt dieser Konferenz in Lautschrift aufzuschreiben, damit diese ihr Aufgabengebiet – ihren marginalen linguale Kompetenzen zum Trotz – selbst vortragen und darstellen können (vgl. IP1, Zeile 171 bis 177).

Eine weitere Technik, um Missverständnissen auf sprachlicher Ebene vorzubeugen, schilderte der fünfte Befragte, welcher die niedrigste Einstufung bezüglich seiner Englischkenntnisse in der interviewten Gruppe hatte. Er erzählte von folgender Strategie:

*„(...) also ich bin gerade in der Lernphase ... sagen wir mal so .. Also da ist es dann natürlich schon ein bisschen .. schwierig, wobei man sagen muss, .. der große Vorteil an solchen Missionen oder im Ausland ist, .. ähm, ... dass alle Nationen ein bisschen Schwierigkeiten mit dem Englisch haben ... sagen wir, unter Anführungsstrichen: Wir reden unsere eigene englische Sprache, .. ja, ... da kommen einfach Wörter, die gibt's da normal in dem ganzen Vokabular nicht ... Aber wir verstehen uns dadurch ... ja ... also, das ist dann noch so ein bisschen mit Händen und Füßen und dann funktioniert das super, .. eigentlich“ (IP2, Zeile 97 bis 103).*

---

<sup>21</sup> Kurzbesprechung oder Kurzeinweisung, in der ein Soldat/eine Soldatin anderen erklärt, was sein/ihr Auftrag ist.

Diese Methodik sprachliche Barrieren aus dem Weg zu räumen, beinhaltet also die Entwicklung einer eigenen „Subsprache“ (welche auch von den Soldaten/Soldatinnen „kosovarisches Englisch“ genannt wird).

Eben jener Proband, welcher (ausgegangen von der befragten Gruppe und laut eigenen Angaben) die geringsten Englischkenntnisse vorweisen konnte, war auch jener, welche angab, vor seinem ersten Auslandseinsatz die größten Befürchtungen gehabt zu haben:

*„(...) g’rad’ bei mir – muss ich sagen: Ich hatte natürlich am Anfang schon Bedenken ... Also, ... ok, .. wenn dort Englisch gesprochen wird und ich bin einfach noch nicht so weit oder teilweise Schreibarbeiten in Englisch .. da ist es bei mir komplett aus ... – Da waren Ängste da. Aber im Großen und Ganzen muss man sagen, weiß man das vorher, das geht man ein .. und ... alles andere wird einem da super vorbereitet. Also da gibt es überhaupt nichts“ (IP2, Zeile 122 bis 127).*

Auch die anderen Befragten wiesen darauf hin, dass man (bezüglich der Sprache und sonstiger Herausforderungen der militärischen Operation) im *Zentrum für Einsatzvorbereitung* (kurz: „ZEV“) gut vorbereitet wurde. Weiters wurde positiv angemerkt, dass man dort bzw. natürlich auch im Rahmen seines jeweiligen Kameradenkreises, die Möglichkeit hat, mit Soldaten/Soldatinnen zu sprechen, welche bereits an einem Auslandseinsatz Teil genommen haben, um sich so über die Missionen auszutauschen. Dies empfanden alle Probanden als sehr angenehm, da man – gerade innerhalb des eigenen Kameradenkreises – somit über die Chance verfügt, ungezwungen Fragen zu stellen und die Informationen quasi „aus erster Hand“ bekommt.

Bei einer Aussage des Gesprächspartners fiel auf, dass dieser – obgleich sich alle

Befragten einig waren, dass es zwar in den jeweiligen Camps zu Gruppenbildungen kommt, diese jedoch nicht auf nationaler Ebene basieren, sondern anhand des Funktionsbereich – folgenden Satz formulierte:

*„Ja, ... ich sag’ einmal so: Man kommt in relativ wenige Bereiche, dass man Gelegenheit hat, sich nicht zu verstehen – sagen wir mal so. Also man redet im Englischen, sag’ ich jetzt, nicht viel über private Sachen, sondern wirklich nur in dem militärischen Bereich ... und da haben wir unsere Fachausdrücke“ (IP2, Zeile 106 bis 109).*

Der Inhalt dieser Formulierung lässt darauf schließen, dass die Gruppenkonstellationen innerhalb der Camps zwar mitunter nach Aufgabenbereich gegliedert sind, sich allerdings auch nach sprachlichen Gemeinsamkeiten ordnen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass jene Soldaten, welche vertiefende Englischkenntnisse besaßen, angaben, keine Probleme mit der englischen Kommandosprache gehabt zu haben. Andererseits wurde auch erwähnt, dass es sehr wohl Soldaten/Soldatinnen gab und gibt, die der englischen Sprache nicht mächtig waren und sind, welche allerdings – aufgrund verschiedener Strategien – versuchten diese Komplikation zu eliminieren.

Die wichtigsten Methoden waren hierbei:

- **Rückzug**

Einer der Befragten gab an, dass er sich eher isolierte, wenn es zu Situationen kam, in denen man mit Soldaten/Soldatinnen anderer Nationen, mit welchen man sich nur in Englisch verständigen konnte, in Kontakt kam (vgl. IP2, Zeile 152 bis 153).

- **Abwehrverhalten**

Das Abwehrverhalten kann sich, wie bereits oben anhand zweier Beispiele gezeigt, in unterschiedlichen Formen äußern: Zum einen kann der/die Betreffende einen gravierenden Habitus der Distanzierung einnehmen, in welchem er/sie sich komplett vor der Notwendigkeit des Erlernens der Sprache verschließt und zum anderen kann er seine mangelnden Kenntnisse dazu nutzen, sich entweder Arbeit zu ersparen oder sich vor peinlichen Situationen zu schützen (Angst vor Bloßstellung der schlechten Sprachkenntnisse).

- **Andere (nonverbale) Art der Kommunikation**

Die Anwendung dieser Art der Interaktion, welche bestrebt ist, mittels Gestik/Mimik oder anderen nonverbalen Hilfsmitteln dem jeweiligen Gegenüber einen bestimmten Sachverhalt zu verdeutlichen, ist eine Strategie, welche meist eingesetzt wird, wenn die sprachliche Kompetenz nur in bestimmten Bereichen eingeschränkt ist. Das bedeutet, dass eine solche Art der Kommunikation nur dann zielführend ist, wenn zumindest bestimmte Grundkenntnisse der jeweiligen Sprache beherrscht

werden, da sie meist nur eine Ergänzung ist, jedoch nicht die komplette Abwesenheit von Sprachkenntnissen kompensieren kann.

- **Die Entwicklung einer „Subsprache“**

Das „kosovarische Englisch“, wie es von den Soldaten/Soldatinnen genannt wird, ist eine Mischung aus dem Deutschen und dem Englischen. Zumeist ist es so, dass die jeweiligen Sätze aus dem Deutschen eins zu eins ins Englisch übernommen werden, ohne dabei auf Grammatikregelungen und/oder Satzstellungen zu achten.

Weiters wurde von den Interviewten erwähnt, dass es ebenfalls vorkommt, dass völlig neue Wörter kreiert werden, welche Mischformen aus deutschen und englischen Vokabeln darstellen.

#### 8.1.1.2. Klischeebildungen

Wenn Menschen aufeinander treffen, erfolgt meist automatisch und oftmals sogar ohne bewusstes Zutun der Einzelnen eine Typologisierung des/der Anderen. Diese Klischeebildung ist einerseits notwendig, indem sie dem/der Einzelnen hilft, andere Personen einzuschätzen (ohne Anspruch auf Verifikation) und sich dementsprechend zu verhalten bzw. dementsprechend seine eigene Rolle anzupassen. Eine solche Klassifizierung seines Gegenübers ist insofern wichtig für den Menschen, als dass er – insbesondere bei größeren Personenverbänden – nicht in der Lage ist, jedes Subjekt einzeln als Individuum wahrzunehmen, da er aufgrund der mannigfaltigen Eigenschaften, die ein Mensch haben kann, damit schnell überfordert wäre. Problematisch wird diese Klischeebildung dann, wenn sie nicht mehr einen reinen Stützmechanismus der eigenen Wahrnehmung

darstellt, welche durch Verifikation oder Falsifikation erst der Realität angepasst, sondern für bare Münze genommen wird. Wenn also der/die Einzelne nicht die a priori vorgenommene Kategorisierung a posteriori prüft und seinen Eindruck aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse adaptiert, wird die Einordnung von Menschen oder ganzen Menschengruppen in Stereotypen bedenklich.

Um es an dieser Stelle deutlich zu machen: Zum einen ist die Klischeebildung ein ganz natürlicher Mechanismus, hinter welchem nicht unbedingt eine negative Absicht stecken muss. Zum anderen ist selbige jedoch, gerade in Situationen in denen viele verschiedene Nationen/Ethnien/Religionen usw. aufeinander treffen (wie es auch bei Auslandseinsätzen des Österreichischen Bundesheeres der Fall ist), eine Hilfsfunktion für den/die Einzelnen/Einzeln, um seine/ihre Subjektidentität und seine Identifikation mit seinem Heimatland aufrecht erhalten zu können.

Somit kann ein Klischee nicht nur etwas sein, das von sich aus auf andere Personen gerichtet wird, sondern auch etwas, was die (realen oder fiktiven) positiven Eigenschaften der eigenen Kultur darstellt.

Diese Art des „Nationalstolzes“ konnte man auch aus den Interviews heraushören. So äußerte sich einer der Befragten wie folgt:

*„Und vor allem, wir Österreicher brauchen uns da gar nicht verstecken, weil wir aufgrund unserer – weiß nicht – unserer Art, unserer Mentalität einfach sehr, sehr willkommen sind. Das hab’ ich nicht nur im Balkan gemerkt, sondern auch in Syrien. Wir haben keine koloniale Vergangenheit, das zählt – glaub ich – da auch dazu. Und diese Mischung zwischen der deutschen Strukturiertheit und Genauigkeit und der italienischen Lässigkeit – da kommen die Österreicher halt genau hin und das konnte ich auch wirklich beobachten. Auch bei den Problemlösungsansätzen, die zum Beispiel die Deutschen hatten und die Amerikaner oder die Engländer oder die Italiener, da sind wir sehr gut,*

---

*sehr gut weggekommen. Vielleicht ist das noch aus der k.u.k.-Zeit, keine Ahnung, aber war 'ne schöne Zeit – auf jeden Fall“ (IP1, Zeile 76 bis 84).*

Wie sich anhand solcher Aussagen zeigt, scheint es, (in diesem Fall) dem einzelnen Soldaten doch von hoher Wichtigkeit zu sein, die Vorzüge der eigenen Nationalität herauszustreichen. Er bedient sich hierbei bestimmter Stereotypen: „(...) und diese Mischung zwischen der deutschen Strukturiertheit und Genauigkeit und der italienischen Lässigkeit (...)“ um die eigenen Herkunft den anderen gegenüber abgrenzen zu können. Dieser Mechanismus, welcher (auch) in der Retrospektive (noch) deutlich macht, dass es Soldaten/Soldatinnen nicht immer leicht fällt, sich mit der im Ausland stationierten multinationalen Einheit zu identifizieren, wurde bereits durch Mag. Gerald Moser im Einsatz erforscht. Er stellte fest, dass – entgegen der vielleicht üblichen Meinung – bei den Soldaten<sup>22</sup>, welche sich in einem multinational besetzten Auslandseinsatz befanden, die Bereitschaft zur (internationalen) Kooperation entschieden abnimmt. Diese Deprivation kann auch bei einer allfälligen Identifikation mit der multinationalen Einheit beobachtet werden (vgl. Moser 2009:221). Dies lässt sich, so Mosers verifizierter Hypothese, darauf zurückführen, dass sich (insbesondere während eines Auslandseinsatzes) der Bezug zur relativen *Ingroup* (das Österreichische Bundesheer) verstärkt, während das Zugehörigkeitsgefühl zur sogenannten *Outgroup* (der multinationalen Truppe) abnimmt und sich die Abneigung zu ebendieser Gruppe intensiviert (vgl. Moser 2009:217).

Während der Interviews wurden auch Fragen nach dem Kontakt zu Soldaten/Soldatinnen anderer Nationalitäten gestellt und wie sich dieser verhielt.

Meist wurde angegeben, dass man zwar sehr wohl in Interaktion mit Soldaten/Soldatinnen aus anderen Ländern stand, diese sich jedoch zumeist rein auf das Arbeitsverhältnis beschränkte. Über ihre Kameraden aus anderen

---

<sup>22</sup> In der zitierten Literatur erfolgte keine Spezifizierung, ob es sich hierbei nur um männliche Befragte handelte oder ob auch weibliche Mitglieder des Österreichischen Bundesheeres an dieser Studie teilgenommen haben.

Nationen hatte ein Proband folgendes zu berichten:

*„Also Kosovo ist aufgeteilt in fünf Bereiche: unserer Bereich waren Türken, Deutsche, Bulgaren und Schweizer. Und allein schon aufgrund der sprachlichen Einfachheit, nicht? Die Deutschen, Schweizer ... Schweizer waren ok. Hat man sich ... Ich hab in meinem ersten Einsatz im Jahr 2000 sehr viel schlechte Erfahrungen gemacht und das wurde jetzt revidiert“ (IP1, Zeile 122 bis 126).*

Auf die Nachfrage der Interviewerin hin, inwiefern seine Erfahrungen mit dem Schweizer Kontingent revidiert wurden, antwortete der Befragte wie folgt:

*„Weißt, .. die Schweizer: ‚Nein, wir dürfen das nicht machen‘, ‚Wir dürfen das nicht machen‘, ‚Wir sind neutral‘ und: ... ‚Ihr müsst die Campwache machen und die ganzen unguuten Geschichten, die wir ..‘, weil sie nicht dürfen, aufgrund ihres neutralen Status' nicht dürfen und hin und her. Aber das wurde revidiert. Also die waren sehr kooperativ, sehr interessant auch. Weil sie auch dieses Milizsystem haben, d.h. du kannst deine zivilen Fähigkeiten in die Armee einbringen. – Ganz gescheite Leute dabei. Die Türken waren immer so – vor allem vor den Deutschen – so distanziert. Ich hatte aufgrund meiner einjährigen Zeit in Zypern, .. habe ich eigentlich sehr positive Erfahrungen mit Türken immer gehabt und hat auch gut gepasst .. Haben eine sehr, sehr strenge Formaldisziplin die Türken. Also da gibt es auch körperliche Züchtigung und solche Sachen ... Hat's auch gegeben – aber gut .. Das sind halt andere Länder, andere Sitten – gerade bei Armeen und .. ja, ... Bulgaren haben wir selten gesehen. Und sonst halt, alle ein/zwei Monate, hat man die Amerikaner, Engländer, Franzosen geseh'n. Das war immer interessant, weil man eben allein diese Art der Arbeit, dieses Liason Monitoring für einen Soldaten – ja, der jetzt auf seinen Panzer sitzt und kämpft – sehr schwierig ist. Und*

*vor allem bei den Spaniern und Italienern war das sehr interessant – die hatten auch weibliche Offiziere. Die haben sich sehr schwer getan, ... dieses Machotum bei den Italienern. Wirklich .. also, wie im Buche – wie im Buche. Vor allem, weil ich hab' das erst nicht verstanden, warum die sich so beschwert haben, über ihren Kommandanten. Und dann, bei irgendwelchen öffentlichen Anlässen – der hat das auch gar nicht so böse gemeint wahrscheinlich, der war halt ein Chauvinist und fertig. Ja, Amerikaner war auch sehr interessant, die haben auch interessante Ansätze gehabt bei der Arbeit. Wobei man sagen muss: Die haben's leicht gehabt, nicht? Die Amerikaner haben dem Kosovo praktisch seine Unabhängigkeit – jetzt im Nachhinein betrachtet – ermöglicht. Das heißt, sie haben einen ganz anderen Approach zu den Leuten, nicht?“ (IP1, Zeile 128 bis 150).*

Anhand der Aussagen der interviewten Person lässt sich also festhalten, dass sowohl in manchen Fällen, die „typischen Klischees“ betreffend der Nationalitäten bestätigt wurden (Darstellung der italienischen Soldaten als „Machos“), andererseits jedoch auch einige Stereotypen revidiert wurden (Beispiel der Schweizer Soldaten).

#### 8.1.1.3. Zwischenmenschliche Konflikte und Ansätze zur Problemlösung

Nicht nur Klischeebildungen und die Verständigung auf interpersoneller Basis können während eines Auslandseinsatzes problematisch sein, auch zwischenmenschliche Konflikte und deren Lösungen können eine Mission im Ausland schwierig gestalten.

So wurden die Soldaten im Zuge der Interviews dahingehend befragt, ob es innerhalb der Auslandseinsätze vermehrt zu intersubjektiven

Auseinandersetzungen gekommen ist und wie mit diesen (von den einzelnen Individuen – dem betroffenen Soldaten/dem Kameraden/dem Vorgesetzten etc. – und/oder von größeren Personenkreisen – Gruppe/Einheit etc.) umgegangen wurde.

Während einer der Probanden immer wieder darauf hinwies und betonte, dass es solche Streitigkeiten (zumindest seiner Erfahrung nach) während eines Einsatzes nicht gäbe (jedenfalls nicht häufiger, als im „normalen“ Dienstbetrieb), schilderte einer der Befragten die Situation wie folgt:

*„Es gibt das Phänomen im Auslandseinsatz, dass die ersten vier Monate extrem gut sind und die letzten zwei Monate und vor allem das letzte Monat, bevor es zum Auschecken ist, die aufgestauten .. Aggressionen – würd' ich jetzt nicht sagen – aber einfach weil man immer zu Kompromissen bereit sein muss. Ich sag' mal, der normale Soldat liegt zu viert im Zimmer oder zu zweit, wie auch immer und man muss immer auf den anderen Rücksicht nehmen und es kommt dann irgendwann der Punkt, wo er, .. wo der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt .. und ... das ist das vor allem am Ende des Einsatzes, wo einfach zwischenmenschliche Probleme aufpoppen, die vor zwei Monaten noch überhaupt kein Thema waren – nur jetzt nicht mehr toleriert werden .. Und das ist ein normales Phänomen .. Und das wird sich auch in Zukunft weiterhin so hinhalten, ... ähm, .. wobei man die Erfahrung, oder ich die Erfahrung gemacht habe, je härter die .. – wobei ‚hart‘ wieder in Führungszeichen ist – je mehr der Einsatz von einem abverlangt, umso weniger habe ich Zeit mich mit solchen Problemen zu beschäftigen .. weil natürlich, ich sag' einmal in Friedensdienstbetrieb im Auslandseinsatz einsetzt, sei's jetzt, das fängt bei Kommandanten an, die dann auf einmal auf die Adjustierung mehr Wert legen, als auf den Dienst. – Dann staut sich das immens auf und das äußert sich dann oft in dieser zwischenmenschlichen, kameradschaftlichen Diskussionen, die wirklich wegen ... Kleinigkeiten ... Aber wenn der Druck von außen da ist, dann*

*hält man auch mehr zusammen. Da sind die Prioritäten ganz woanders, .. ähm, .. Man sagt ja auch so nett: So lang der Druck von außen da ist, schiebt man sich in einer Gruppe zusammen und drückt dagegen. In dem Moment wo der Druck von außen weg ist, kehrt sich der Druck nach innen ... So ist es eigentlich“ (IP3, Zeile 187 bis 207).*

Die Erfahrungen dieses Soldaten machen deutlich, dass zwischenmenschliche Konflikte sehr wohl von den einzelnen Personen wahrgenommen werden und diese sogar bestimmten Schemata folgen: So wurde von ihm festgestellt, dass die (meisten) Soldaten/Soldatinnen in den ersten vier<sup>23</sup> Monaten eines Auslandseinsatzes dazu neigen, die Differenzen zwischen einander nicht in dem Ausmaß zu bemerken, in welchem sie ihn in den letzten zwei Monaten wahrnehmen.

Bei der Nachfrage, ob diese Komplikationen nur innerhalb der „eigenen“ (nationalen) Einheit vorkommen oder diese auch „nationalitätenübergreifend“ sind, wurde von den Interviewten nicht näher auf die länderspezifischen Problematiken eingegangen. Dies erweckte den Eindruck, dass es wohl Dispute auch zwischen den einzelnen Soldaten/Soldatinnen verschiedener Staaten gibt, diese jedoch eher weniger auf den Divergenzen zwischen den Nationen beruhen, als auf „normalen“ interpersonellen Diskrepanzen (unterschiedliche Ansichten der Aufgabenbereiche usw.). Bezüglich des Konfliktpotentials auf internationaler Ebene und des Umgangs mit selbigem wurde der Status quo von einem der Probanden wie folgt beschrieben:

*„Jetzt auf das Internationale bezogen, hängt das immer von den Nationen ab mit denen man zusammenhängt. So kommen natürlich ... verschiedene*

---

<sup>23</sup> Die Dauer eines Auslandseinsatzes im Kosovo (da dieser Einsatz als friedenserhaltende Operation gilt) beträgt, für die meisten Soldaten und Soldatinnen, mindestens sechs Monate (vgl. *Auslandseinsatzgesetz* (kurz: „AusIEG“), 1.Abschnitt, §25 (1) [[www.bmlv.gv.at](http://www.bmlv.gv.at)]) und kann, auf freiwilliger Basis, auch verlängert werden.

*Kulturen treffen aufeinander, Ausbildungsstandards treffen da aufeinander, .. ähm, ... deren militärische Abläufe, die anders sind, wie bei uns .. ja .. Man lernt damit umzugehen ... Sagen wir mal so, man muss nicht mit allem einverstanden sein, aber es ist halt ... sie respektieren uns, wir respektieren sie“ (IP3, Zeile 210 bis 214).*

So wurde bereits im vorherigen Kapitel am Beispiel der (vorerst) eher negativen Erfahrung mit Schweizer Soldaten deutlich, dass sich derartige Konflikte eher in der Generierung von Stereotypen äußern (welche natürlich auch wieder falsifiziert werden können), als in direkt ausgetragenen Streitigkeiten.

Die Hauptproblematik der Soldaten/Soldatinnen innerhalb eines Auslandseinsatzes – wie im Falle der Kosovo-Mission – besteht jedoch meist in dem Umgang mit der langen Trennung von dem persönlichen Umfeld.

So wurde von den meisten interviewten Soldaten betont, dass sie bzw. ihre Kameraden größere Schwierigkeiten mit der Umstellung ihres Privatlebens hatten, als mit dem internationalen Charakter des Auslandseinsatzes.

Einer der Befragten schilderte die genaue Problematik in folgender Weise:

*„Soziales Umfeld – ist meine Familie, meine Freunde und dann fahr' ich in die Arbeit – da hab ich ein anderes Umfeld .. und dann fahr' ich wieder nach Hause. – Das heißt, ich kann die Arbeit weglassen ... Im Auslandseinsatz ist das alles eins .. Das heißt, ich hab im Dienst, nach Dienst – immer die gleichen Leute .. Das heißt, diese ganzen Problemlösungsmechanismen, die ich für mich aufgebaut habe, muss ich ändern ... Ja ... und da ist einmal der Soldat selbst gefragt, dass er sich selber bei der Nase nimmt und sich sagt: "Ok, das wird jetzt anstrengend .. Das kann mich belasten." – Andererseits ist der Kommandant viel mehr gefragt im Ausland, als zu Hause. Weil ich habe zwei große Dinge als Kommandant: Ich hab einerseits meinen Auftrag zu erfüllen und ich hab die Fürsorge für meine Soldaten .. Die Fürsorge in Österreich, mach' ich*

*auch – natürlich, als Kommandant – nur .. ist es nicht so tragisch .. weil der sagt dann: "Ich geh' zu meinem Freund. Ich geh zu meiner Frau – ich brauch das net." Im Ausland musst du, als Kommandant, für deine Leute einfach da sein .. und das ist viel wichtiger, .. weil .. der Auftrag .. Das ist eh jedem klar, was wir arbeiten müssen – sonst fährt er ja heim .. Sondern du musst schau'n, dass es den Leuten halt gut geht und sich um sie kümmern – das ist dein Auftrag als Kommandant .. Und da sieht man dann auch sehr gut, wo diese ‚skills‘ [Fähigkeiten/Qualifikationen; d. Verf.] vorhanden sind – bei welchen Kommandanten und bei welchem nicht .. Weil, der Soldat muss wissen: Ok, er muss seinen Job machen, aber er kann jederzeit zu mir kommen und ich bin dann für ihn da. Und wenn die Frau sich scheiden lässt oder das Kind krank ist oder .. die Frau mit dem Geld abhaut – das passiert alles, ja? – Das ist jetzt nichts was ich erfinde, sondern ich hab' das selber auch erlebt bei meinen Leuten (...) Und das sind dann Situationen, wo ein Mensch halt instabil wird und da ist es halt wichtig, dass der Kommandant dann für ihn da ist. Das sind die Hauptsachen, dass ich – wenn .. wenn jetzt meine Frau schwer krank ist oder mein Kind ... Ich kann nicht mehr aus .. (...) dann kannst du auch nach Hause fahren. Das geht. Immer ... absolut, ... jederzeit (...) Die Sache ist natürlich, das hat Konsequenzen dann, .. nicht?! (...) Das hat dann die Konsequenz, dass du dann wahrscheinlich für längere Zeit für den Auslandseinsatz gesperrt wirst, ... was auch irgendwie logisch ist“ (IP1, Zeile 248 bis 283).*

Die meisten der befragten Soldaten gaben an, dass es im Ausland gute Möglichkeiten und Ansätze zur Problemlösung diverser Komplikationen (Probleme zwischen Kameraden; Uneinigkeit zwischen Soldat/Soldatin und Vorgesetztem/Vorgesetzten; Probleme des/der Soldaten/Soldatin mit der Familie etc.) gibt:

*„Wobei es natürlich auch auf die Person d'rauf ankommt, .. ob sie's in*

*Anspruch nimmt. Ähm, das obliegt dann wieder dem Kommandanten, ob er's erkennt und seine Schritte dann. Aber es wird unten dafür gesorgt. Also es ist nicht so, dass man alleine gelassen wird“ (IP3, Zeile 90 bis 93).*

Der Kameradenkreis fungiert bei Soldaten/Soldatinnen als erste Möglichkeit der Konfliktsedierung. Die nächste Instanz dieses Prozesses wird von dem/der stets anwesenden Heerespsychologen/Heerespsychologin, der Militärseelsorge und den sogenannten „peers“ dargestellt.

Als „peers“ werden all jene Angehörigen des Österreichischen Bundesheeres (ab dem Dienstgrad *Charge*<sup>24</sup>) bezeichnet, die eine spezielle Ausbildung in "*Critical Incident Stress Management*"<sup>25</sup> erhalten haben und in ein notfallpsychologisches Gesamtkonzept eingebunden sind (vgl. Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen 2006). Hierzu äußerte sich einer der befragten Soldaten folgendermaßen:

*„Also prinzipiell, ... gerade in dieser Sache, sind die Österreicher auch wirklich, international gesehen, gut unterwegs .. Es gibt immer einen Psychologen, zum Beispiel, im Kosovo – das hat keine andere Unit, kein anderes Land, was ich weiß, das ich kenne, dass einen Psychologen im Einsatzraum hat .. Am Anfang haben viele gesagt: Ja, ... Blödsinn, ... hin und her .. Da gab's sogar einen versteckten Eingang. Ja, damit da nicht blöd geredet wird: ‚Der war beim Psychologen‘ .. ähm ... Sicher, wenn sie jeden fragen, sicher .. 95% sagen: ‚Naja, .. ist gut, dass es ihn gibt, aber ich brauche ihn nicht.‘ – 100%ig. Aber der ist ordentlich beschäftigt, ...*

---

<sup>24</sup> Als Charge bezeichnet man jene Soldaten/Soldatinnen mit den Dienstgraden: Gefreiter, Korporal und Zugführer.

<sup>25</sup> Zu deutsch: „*Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen*“; ist eine von Jeffrey T. Mitchell entwickelte Methode, welche alle vorbeugenden und begleitenden Maßnahmen umfasst, die Menschen bei der Verarbeitung psychischer Traumata unterstützen (vgl. Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen 2006).

*der hat ordentlich viel zu tun .. Dann gibt es natürlich die Militärseelsorge .. Es gibt die röm.-kath. Pfarrer und die evangelischen Dekane, ... äähmm, ... die auch noch, .. vor allem ... also, die auch noch frequentiert werden .. Ja, ... die Tendenz ist abnehmend – wissen wir alle – Säkularisierung, .. allgemeine Gesellschaft, ... aber... äähhhmm ... die sind zur Verfügung .. und zusätzlich wird man in der Einsatzvorbereitung darauf trainiert, dass gewissen Belastungen auftreten im Ausland, die du anders bewältigen musst, als in Österreich“ (IP1, Zeile 234 bis 246).*

Auf die Nachfrage hin, welche Belastungen hierbei angesprochen seien, die auf andere Weise prozessiert werden müssten, als solche im „Normalbetrieb“ eines Soldaten/einer Soldatin im Inland, spezifizierte der Interviewte, dass hier im Besonderen die Probleme der langzeitigen Trennung von Freunden und Familie, sowie der partielle Verlust der Intimsphäre aufgrund der starken (territorialen) Nähe zueinander gemeint seien, welche in mehr als einem Falle zwischenkameradschaftliche Spannungen auslösten.

Bezüglich möglicher Problemlösungsansätze auf internationaler Ebene erklärte der Proband, dass dies immer davon abhängt:

*„(...) wie weit das Kreise zieht. Äh, ich sag’ einmal so: So lange es nicht ins Strafrechtliche geht, wird man das immer versuchen auf dieser Ebene zu klären. D.h. wenn sich zwei Soldaten, jetzt fremder Nationen – wie auch immer – in die Haare kriegen, aus welchen Gründen auch immer, versucht man das auch auf dieser Ebene zu regeln: klärendes Gespräch, Händeschütteln – was man halt bei die Kinder kennt. Wenn es Kreise zieht – sprich: Wenn es ins Strafrechtliche hineingeht, ist es unweigerlich, dass die Militärpolizei hinzugezogen werden muss. Dann wird es öffentlich und dann wird es nach dem Disziplinarmaßnahmen gehandhabt. Und dann wird entschieden: Reicht eine Disziplinarstrafe alleine oder aufgrund dessen, dass es ja ein nationaler oder internationaler Zwischenfall ist,*

*dass er dementsprechend repartiert wird – oder wie auch immer. Hängt ganz von der Situation ab. Also ich habe beides schon erlebt. Hängt davon ab“ (IP3, Zeile 99 bis 109).*

## **8.1.2. Die Experteninterviews**

### **8.1.2.1. Das erste Experteninterview**

Das erste Experteninterview, welches im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt wurde, fand mit einem Vertreter des Institutes für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie statt. Seinen beruflichen Schwerpunkten entsprechend, wurde er insbesondere zur Entwicklung der ESVP und der zukünftigen Aufgabenstellung des Österreichischen Bundesheeres befragt.

Laut der Meinung dieses ersten Experten steht bei der ESVP – auch in Zukunft – verstärkt die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Komponenten im Vordergrund. Diese europäische Sicherheitspolitik, welche eben auch zivile Faktoren mit einbezieht, wird – so die persönliche Erfahrung des Experten – bereits jetzt seitens der USA akzeptiert.

Dies lässt sich insbesondere daran erkennen, dass z.B. im Kosovo, im Rahmen der EULEX Kosovo – Mission, amerikanische „Cops“ unter europäischem Kommando stehen. Die EULEX Kosovo – Mission ist eine Rechtsstaatlichkeitsoperation der Europäischen Union, welche nicht nur Polizisten, sondern auch Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte in diese Region entsendet, um sich an dem (Neu-)Aufbau der dortigen Infrastruktur an Exekutive, Justiz und Verwaltung zu beteiligen<sup>26</sup>.

---

<sup>26</sup> Die rechtliche Grundlage dieser Mission bildet eine gemeinsame Aktion des Europäischen Rates im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und

Bezüglich des zukünftigen Progresses der ESVP wies der Experte darauf hin, dass die Entwicklung einer derartigen gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine sehr zeitaufwändige Angelegenheit darstelle, welche aufgrund der sich ständig transformierenden Bedrohungen auch nie als abgeschlossen betrachtet werden könne.

In Abschnitt 2 des Vertrages von Lissabon über die „*Bestimmungen über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*“ heißt es:

*„(1) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden“* (vormalig Artikel 17, nun Artikel 28a, Abs. 1).

Weiters wird in Abs. 7 desselben Artikels Folgendes betont:

*„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung [Hervorhebung durch die Verfasserin], im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.“*

Der konsultierte Experte hat hierbei die oben akzentuierte Sequenzen herausgehoben und verdeutlicht, dass auch eine Armee – in diesem speziellen Falle das Österreichische Bundesheer – zu jenen Mitteln gehöre, welche „*in der Macht*“ des Staates stehe und somit auch an diese „*Sicherheitspolitik*“ gebunden sei. Hierbei wurde von ihm auch der Terminus der „*Sicherheitspolitik*“ bewusst verwendet, da es in seinen Augen noch an einer (ausgereiften) Verteidigungspolitik bzw. Verteidigungsidentität fehle.

Weiters betonte er, dass die ESVP, wie ursprünglich auch vorgesehen, nur den „*europäischen Pfeiler der NATO*“ stärken solle und als „*Ergänzung*“ ebendieser diene. Demnach sei nicht vorgesehen, dass sich die ESVP im Rahmen der Europäischen Union als eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik etabliere.

Angesprochen auf die Idee einer „gemeinsamen europäischen Armee“ erklärte er, dass man sich diese nicht als gemeinsame europäische Streitmacht vorstellen dürfe, sondern als „*Aufgabenteilung*“ zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten.

So ist etwa für 2011/2012 geplant, dass das Österreichische Bundesheer sich an den europäischen *Battlegroups* beteiligen wird und aus den Kontingenten der Infanterie, der ABC-Abwehr und der Pioniere Soldaten und Soldatinnen zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des „*Burden Sharings*“, also der „*Lastenteilung*“ zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, sollen des weiteren ausgebildete Kräfte der Gebirgsjäger, der ABC-Abwehr und der Pioniere für gesamteuropäische Krisenbewältigungsoperationen zur Disposition stehen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die „*nationalen Kräfte*“ optimal genutzt werden können, da jeder Mitgliedstaat seine „Spezialisten“ schicken kann.

Auf die Frage hin, worin er die jetzigen und zukünftigen Probleme in den Auslandseinsätzen des Österreichischen Bundesheeres sehen würde, nannte er klar die Problematik der gemeinsamen Kommandosprache (im Moment und wahrscheinlich auch in Zukunft: Englisch). Hierbei beschrieb er die Schwierigkeit, dass alleine aufgrund der unterschiedlichen englischen Dialekte bzw. der unterschiedlichen nationalen Färbungen der englischen Sprache (z.B.

Franzosen haben im Englischen eine andere Aussprache als Spanier oder Deutsche; ein Waliser anders als ein Amerikaner etc.) Komplikationen auftreten können. Dies ist insbesondere deswegen gerade im militärischen Bereich ein großes Manko, da genau hier die Exaktheit von Begriffen und Befehlen von exorbitanter Wichtigkeit sei.

Weiters stellt sich – insbesondere bei Auslandseinsätzen – nicht nur die Problematik der (verbalen) Kommunikation zwischen den einzelnen Soldaten und Soldatinnen, sondern auch zwischen ebendiesen und der Bevölkerung. Hierbei besteht eine besondere Schwierigkeit, da die zivil-militärische Zusammenarbeit von einer missverständnisfreien Kommunikation lebt und einen wichtigen friedensschaffenden und -erhaltenden Zweck erfüllt. Nur durch (beinahe) uneingeschränkte Verständigungsmöglichkeiten zwischen Soldaten/Soldatinnen und der jeweiligen Bevölkerung kann das Vertrauen der Einwohner/Einwohnerinnen eines betroffenen Gebietes/Landes und hiermit ein langfristiger Frieden (wieder-) hergestellt werden. Somit liegt es im Interesse beider Parteien (die der Einsatzkräfte und die der Einheimischen) miteinander kommunizieren zu können, da diese Interaktion den Soldaten und Soldatinnen – sowie natürlich auch anderen nicht-militärischen Helfern/Helferinnen – zumindest eine gemeinsame Gesprächsbasis mit der Zivilbevölkerung bietet, auf der man manchen gewalttätigen Eskalationen möglicherweise bereits im Ansatz Einhalt gebieten kann.

Der befragte Experte schloss damit, dass ein Soldat demzufolge viele verschiedene „*skills*“ aufweisen muss, um auch im Auslandseinsatz möglichst wirksam agieren zu können.

### 8.1.2.2. Das zweite Experteninterview

Das zweite Experteninterview erfolgte mit einem Offizier des militärmedizinischen Dienstes des Österreichischen Bundesheeres (im Folgenden

kurz „ExIP1“ genannt). Seinen umfassenden Erfahrungen im Auslandseinsatz entsprechend, wurde er – ähnlich den Gesprächspartnern der Soldateninterviews – bezüglich spezieller Problematiken aufgrund des multinationalen Charakters der Auslandseinsätze befragt. Weiters informierte er über die besonderen Aufgabenstellungen und Herausforderungen der Sanitäter und Sanitäterinnen innerhalb des Österreichischen Bundesheeres im In- und Ausland.

### 8.1.2.2.1. Aufbau und Aufteilung des Aufgabenbereichs der österreichischen Sanitätsstruktur im multinationalen Einsatzgebiet

Im Hinblick auf die eigentliche Thematik dieser Arbeit, stellte sich, hinsichtlich der österreichischen Sanitätsstruktur im Auslandseinsatz, die Frage nach der vorhandenen Separierung der Aufgabenbereiche ebendieser, zwischen den einzelnen Nationalitäten.

Diesbezüglich ging es hierbei vorerst darum, zu hinterfragen, inwieweit die einzelnen medizinischen Verpflichtungen zwischen den Ländern aufgeteilt sind. Hierbei galt es zu konstatieren, ob sich ein/e Sanitäter/in im (multinationalen) Auslandseinsatz in erster Linie um die eigenen Soldaten/Soldatinnen zu kümmern hat oder ob eine dahin gerichtete Vereinbarung zwischen den diversen Staaten (z.B. in Form von bi- oder multilateralen Verträgen/Vereinbarungen) ausverhandelt wird.

Zum besseren Verständnis der folgenden Interviewsequenzen sei hier die sanitätsdienstliche Versorgung am Beispiel der deutschen Bundeswehr nach den Vorgaben des *Military Committee* („MC“) 326/2, als auch der *Allied Joint Publication* („AJP“) 4.10, definiert in vier Behandlungsebenen (NATO Role 1 bis 4), dargestellt:

*„Role 1 - Allgemein- und notfallmedizinische Erstversorgung - Rettungsstation - Luftlanderettungsstation - Schiffslazarettverbandplatz  
Schwerpunkte der ersten Behandlungsstufe sind Sichtung, Schockbekämpfung, Blutstillung, Freihalten der Atemwege sowie gegebenenfalls Schmerzbekämpfung und Beatmung.*

*Role 2 - Erste notfallchirurgische Versorgung - Rettungszentrum leicht - Luftlanderettungszentrum leicht - Dringliche chirurgische und internistische Versorgung - Rettungszentrum - Luftlanderettungszentrum - Marineeinsatzrettungszentrum (MERZ) Erste notfallchirurgische Versorgung werden gewährleistet. Darüber hinaus wird die Transportfähigkeit für eine Verlegung in ein Einsatzlazarett hergestellt.*

*Role 3 - Klinische Akutversorgung im Einsatz. Im Einsatzlazarett erfolgt die dritte Behandlungsstufe. Patienten werden - wie in einem Krankenhaus - ambulant und stationär fachärztlich versorgt. Allgemeinchirurgische, traumatologische und notfallmedizinische Maßnahmen in nahezu allen Fachbereichen können bis zur abschließenden Behandlung gewährleistet werden.*

*Role 4 - Abschließende klinische Versorgung und Rehabilitation In erster Linie stehen zur vierten Behandlungsstufe Bundeswehrkrankenhäuser zur Verfügung. Es werden auch zivile Krankenhäuser genutzt und Rehabilitationseinrichtungen beansprucht. Nach Rückführung des Patienten aus einem Einsatzgebiet erfolgen in diesen Einrichtungen alle notwendigen weiteren medizinischen Behandlungen und Therapien.*

*Strategic Air Medical Evacuation [sic] Der Verwundetentransport vom Lazarett im Einsatzgebiet zu Einrichtungen der Role 4 im Inland verbündeter Streitkräfte (Host Nation) oder nach Deutschland erfolgt in der Regel mit speziellen Luftfahrzeugen der Bundeswehr (Strategic Air Medical Evacuation - STRATAIRMEDEVAC)“ (Hartmann 2007).*

Diese sogenannte Rettungs- oder Behandlungskette gibt zwar vor, in welcher (logischen) Reihenfolge die Versorgung eines/einer Soldaten/Soldatin zu erfolgen hat, es lässt sich jedoch daraus nicht ableiten, ob die einzelnen Ebenen in den nationalen oder multinationalen Bereich fallen. Hierzu erklärte der befragte Experte folgendes:

*„Es ist klar, dass – je nach der Größe der Einheit, die sie haben – wird auch entsprechend die Sanitätsversorgung sein. Aber, .. nachdem wir eher im Kompanie- oder Bataillonsrahmen hinuntergehen, werden wir das, was ich kurz angedeutet habe, in der Regel meistens bei der Role 1 sein. Das heißt, wir haben die notärztliche Versorgung durchzuführen bei unseren eigenen Leuten und ... die weitere Versorgung wird dann meistens bei befreundeten übergeordneten Kräften – z.B. die Deutschen, die ein Feldspital haben, wo dann unsere Leute betreut werden (...) Das heißt, es ist natürlich immer ein bisschen an die Struktur angepasst. Es ist auch generell so, dass im Einsatz, .. die .. die unmittelbare Versorgung von den Soldaten, von der Kameradenhilfe an – das ist die erste Stufe überhaupt – über die erste notärztliche Versorgung, eigentlich im eigenen Bereich zu erfolgen hat, nicht?! Und es ist ja auch so, dass auch der Role 2 (...) passiert auch in unserem Bereich. Also der Role 2 sollte auch noch im nationalen Bereich sein. Aber Role 3 ist dann die Vereinbarung, die dann besteht zwischen den ... die getroffen werden vor einem Einsatz.“ (ExIP1, Zeile 10 bis 36).*

Anhand dieser Informationen lässt sich somit festhalten, dass die Interaktion zwischen den an Auslandseinsätzen teilnehmenden Streitkräften/Ländern nicht nur auf rein politischer Ebene erfolgt, sondern auch im Bereich der Sanität und der medizinischen Versorgung eine enge Zusammenarbeit vollzogen wird.

Im Beispiel des Kosovo-Einsatzes sieht eine solche Kooperation so aus, dass das österreichische Kontingent sehr wohl

*„(...) eine Art ‚Erste-Hilfe‘-Station, also ein Krankenrevier [hat; d. Verf.], wo wir einerseits also Liegemöglichkeiten hatten für – nur ein Beispiel – wenn Leute also irgendeinen Infekt, grippalen Infekt oder etwas haben, oder ... nach einer Verletzung halt abgelegt werden und .. bis sie .. bis sie wieder restauriert sind, einsatzfähig sind und natürlich mit der Möglichkeit einer notärztlichen Versorgung“ (ExIP1, Zeile 17 bis 21).*

Allerdings muss im Falle einer weitreichenderen oder spezifischen medizinischen Behandlung (z.B. eine Zahnversorgung) der/die jeweilige Soldat/Soldatin in das in Prizrien gelegene Feldspital der deutschen Einheit gebracht werden.

Solch eine länderübergreifende medizinische Zusammenarbeit erfordert nicht nur die Bereitschaft der einzelnen Nationen, sondern muss auch im Einsatz selbst klar und deutlich geregelt sein. Was geschehen kann, wenn eine derart konkrete Einigung fehlt, erläuterte der befragte Experte anhand eines Beispiels: Im Kosovo selbst sei es einst (genaue Zeitangaben wurden nicht gemacht) dazu gekommen, dass, aus nicht näher definierten Gründen, jene Vereinbarung nicht unterschrieben worden war, welche die (in diesem Fall: Zahn-)Behandlungen österreichischer Soldaten und Soldatinnen im deutschen Feldspital koordinieren sollte. Im Einsatz selbst wurde dieser Missstand insofern deutlich, als die deutschen Sanitäter/Sanitäterinnen und Ärzte/Ärztinnen die Routine(-zahn-)behandlungen der österreichischen Soldaten/Soldatinnen nicht unbedingt priorisierten.

Gemäß dem interviewten Offizier fühlten sich die Ärzte/Ärztinnen und das zugehörige medizinische Personal des deutschen Kontingents in diesem Falle gegenüber den österreichischen Soldaten/Soldatinnen nicht wirklich verpflichtet<sup>27</sup>.

---

<sup>27</sup> An dieser Stelle soll noch einmal betont werden, dass es sich hierbei lediglich um Routinebehandlungen in der zahnmedizinischen Versorgung handelte und

Eine solche „Behandlungshierarchie“, welche sich sowohl nach dem Grade der Verletzung und der Art der Versorgung als auch nach der spezifischen Nationalität richtet, ist ebenfalls in der österreichischen Waffengattung der Sanität Standard. Diese Art der „Normativität“ ist in einem (militärischen) Einsatzgebiet nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, da sie sicherstellt, dass jede Einheit um ihre Kompetenzen und Zuständigkeiten und deren Reihenfolge weiß.

*„(...) es gibt natürlich .. klingt zwar jetzt ein bisschen brutal ... Aber es gibt natürlich gewisse Prioritäten .. Die .. die Theorie, dass alle gleich behandelt werden ist natürlich gut, aber es ist natürlich ein .. ein ... und ist richtig, aber es gibt natürlich einen ... dass man zuerst mal seine Leute .. Und es ist auch so, dass dort die .. die Ablauf .. die Abläufe sind auch von der zeitlichen, zunächst einmal die eigenen, dann die NATO-Leute, dann die NATO-Partner ... und dann sozusagen noch die Zivilisten bzw. die eigenen Zivilisten. Das heißt es gibt ja in diesen Lagern, z.B. auch wir haben das: Albaner oder Lokale .. ‚local workers‘, die gearbeitet haben, wo auch sie und ihre Familien von uns mitbehandelt wurden. Dann haben sie auch den Anspruch auf die Behandlung, die sind ... und die Letzten sind natürlich, wenn dann noch Kapazitäten übrig sind, wo man dann auch außerhalb noch etwas helfen kann, nicht?! Aber es muss natürlich .. man darf nicht vergessen, trotz allem, dass die Sanitätsversorgung in erster Linie für die eigenen Leute da ist – damit sie eine Sicherheit haben, damit sie versorgt werden – das muss gewährleistet sein, nicht?! (...) Aber das kennen wir auch nicht nur im militärischen Bereich, das kennen wir auch im internationalen Roten Kreuz – wo das internationale Rote Kreuz, das ja in Krisen- und Kriegsgebieten ja behandelt, wo z.B. die Kriegschirurgen des Roten Kreuzes .. nach Möglichkeit, nur wirklich kriegschirurgische Probleme behandeln, ja?! Und wenn jemand, ich weiß nicht, ... ein .. ein internistisches oder meinetwegen auch ein anderes chirurgisches Problem*

---

nicht um akute Notfälle. Die betroffenen österreichischen Soldaten/Soldatinnen wurden natürlich ausreichend von dem deutschen Sanitätskontingent versorgt.

*hat, schauen, dass die Leute in erster Linie in lokalen zivilen Bereichen behandelt werden, nicht?! Nur wenn es wirklich nicht mehr anders geht .. Aber es ist nicht die Aufgabe. Also es gibt eine gewisse .. Priorisierung, aber nicht .. ich meine, es wird keiner .. man wird keinen, nach Möglichkeit, sterben lassen. – Das ist schon klar. Aber man muss eines sagen: Wenn wir in den Einsatz gehen, müssen unsere Leute eine Sanitätsversorgung haben und die ist primär für die. Klar, nicht?!“ (ExIP1, Zeile 46 bis 73).*

Ein solches (Ausnahme-)Beispiel zeigt deutlich, dass die (vor dem Einsatz) getroffenen bi- oder multilateralen Übereinkünfte (in diesem Fall) über die medizinische Versorgung der einzelnen Soldaten/Soldatinnen nicht nur aus rein politischer Sicht, sondern auch für den/die einzelnen Soldaten/Soldatin von großer Bedeutung sind und weitreichende Konsequenzen haben können.

An diesem Beispiel wird ebenfalls veranschaulicht, dass die Separierung der Streitkräfte – welche zwar für ein gemeinsames Ziel, aber mit unterschiedlichen Nationalitätsabzeichen auf ihrer Uniform arbeiten – auch seine Tücken haben kann.

Gerade in *peace-keeping*-Missionen fällt eine derartige hierarchische Ordnung in der Sanitätsversorgung, nicht wirklich ins Gewicht. In dieser Art der Friedensoperationen kommt es eher selten zu wirklich akuten Notfällen (Minen- oder Autounfälle, unsachgemäße Handhabung der Dienstwaffe etc.) oder zum Vollzug einer Triage<sup>28</sup>, womit sich die Frage der strukturellen Reihenfolge der Behandlungen an den Soldaten/Soldatinnen in den wenigsten Fällen stellt.

Problematisch hingegen könnte eine solche (notwendige) hierarchische Struktur dann werden, wenn auch das Österreichische Bundesheer (vermehrt) an *peace-*

---

<sup>28</sup> Als Triage bezeichnet man eine Einsatztaktik bei Großunfällen bzw. einem Massenansturm an kranken Patienten, in der ein, dafür ausgebildeter, Arzt die Verletzten/Kranken in unterschiedliche Kategorien einteilt, die sich nach der Dringlichkeit bzw. dem Aufwand der Behandlung richtet.

*making* oder *peace-enforcement*-Missionen beteiligt sein wird, da es hierbei sehr wohl zu medizinischen Notfällen kommen kann, in denen der/die Sanitäter und/oder der/die Arzt/Ärztin in Sekundenbruchteilen nicht nur darüber entscheiden muss, wer von den, möglicherweise, mehreren Soldaten/Soldatinnen (aufgrund der Schwere der Verletzung) zuerst behandelt werden muss. Diese Entscheidung, welche natürlich auch im zivilen Bereich besonders in der Unfall(erst-)versorgung getroffen werden muss, kann in einer solchen Krisensituation vielleicht noch zusätzlich durch den multinationalen Charakter eines solchen Einsatzes geprägt sein.

Andererseits wäre es natürlich auch möglich, dass sich die Frage nach der Priorisierung zwischen den anderen Nationen und den eigenen nur in eher „ruhigeren“ Einsätzen stellt, da dem medizinischen Personal in akuten Fällen schlicht und ergreifend die Zeit fehlt, sicher über solche Dinge Gedanken zu machen – hierzu folgende Anekdote des Befragten:

*„(...) ich erinnere mich sogar an einen Zwischenfall: Die Kurden haben die .. die .. die Iraner gehasst, ja. Und wir haben .. da war ein Soldat – ungeschickter weise – plötzlich allein irgendwo und daraufhin ist eine Masse an Kurden auf den los und haben dann angefangen auf den einzutreten .. und wir haben das gesehen, sind losgerannt – in dem Augenblick sind die Kurden weggerannt .. und den haben wir natürlich zu uns ins Lager hineingeholt und dann auch versorgt .. und haben ihm da seine .. seine Schnitt – und seine .. seine ‚Laz‘<sup>29</sup>. also wieder genäht und verbunden. Damit war die Sache erledigt. Da waren die Iraner uns sehr dankbar, dass wir, ... also, .. da geholfen haben .. aber wir haben uns da im Prinzip reflexartig verhalten, ohne dass wir hier darüber nachgedacht haben“ (ExIP1, Zeile 753 bis 762).*

---

<sup>29</sup> Medizinischer Begriff, kurz für: *Lazeration* – bezeichnet allgemein die Zerreißung bzw. den Einriss von Gewebe

Dieses Zitat lässt vermuten, dass – wie bereits weiter oben angesprochen – der/die Sanitätssoldat/in in einer Notsituation „reflexartig“ handelt und den/die Verwundete/n oder Erkrankte/n primär als Patient sieht und nicht als Angehöriger einer (vielleicht zwar verbündeten, aber trotzdem) fremden Streitmacht.

Es scheint somit, dass – wie auch von einem der interviewten Soldaten angesprochen – der Druck, welcher sich z.B. in Stresssituationen/unter gefährlichen Einsatzbedingungen o.Ä. (die insbesondere im *peace-enforcement* häufiger vorkommen) aufbaut, eine (multinationale) Gruppe stärker zusammenhalten lässt. Nimmt jedoch ebendieser Druck ab (meist in Standardsituationen der *peace-keeping*-Missionen), wird die Heterogenität der verschiedenen Nationen wieder verstärkt untereinander wahrgenommen und gewinnt zunehmend an Bedeutung (s. vorheriges Beispiel der Zahnversorgung).

#### 8.1.2.2.2. Sprache

Hingewiesen auf die mögliche Sprachproblematik im Einsatz zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten, erklärte der Experte, dass diese zwar sehr wohl eine Herausforderung darstellen kann, aber hierbei den Mitgliedern des Österreichischen Bundesheeres zugute kommen würde, dass sie innerhalb des Militärs viele Möglichkeiten hätten, Fremdsprachenkenntnisse zu erwerben und auszubauen:

*„Wir haben, also sehr gute Sprachausbildungen. Wir haben, also grundsätzlich einmal nicht nur Englisch – wir haben auch Französisch. Wir haben generell - und das ist Tradition eigentlich – die Staatssprachen der umliegenden Länder. Wir haben natürlich auch, bei Bedarf, Spezialkurs: Arabisch; Spezialkurs: Spanisch. (...) Da werden meistens, (...) auch Lehrer von außen angemietet, aber sonst haben wir meistens eigene Lehrer. In der Regel sind das sogar ‚native speakers‘ (...) Also die*

*Problematik der Sprache dürfte keine sein bei uns, was Englisch ist. Das ist ein Schwerpunkt. Das ist auch vom Dienstgeber gefördert. Es ist aber auch jede weitere Sprache gefördert, auch eine zweite Sprache: Französisch. Ich habe das auch immer geschaut, dass meine Leute die Möglichkeit haben. Die eine Kollegin macht Arabisch, die anderen machen Französisch als zweite Sprache. Also das ist sinnvoll“ (ExIP1, Zeile 708 bis 728).*

Aus Sicht des Offiziers stellt also die Sprache kein wesentliches Problem der Soldaten/Soldatinnen im Einsatz dar. Allerdings gab der Befragte auch unumwunden zu, dass die Arbeit mit den Schweizern und den Deutschen am Besten funktioniere, da sich hier die Frage nach einer lingualem Barriere gar nicht stellen würde.

Hiermit wurde einerseits betont, dass der/die österreichische Soldat/Soldatin aufgrund der, durch das Bundesheer gegebenen Voraussetzung, einer bestimmten Englischeinstufung unterzogen wird und er/sie somit im Falle einer Vorbereitung für den Auslandseinsatz keine großen Probleme in der (sprachlichen) Interoperabilität haben sollte. Andererseits wurde seitens des Interviewten, im Hinblick auf andere Nationen, folgendes angemerkt:

*„Weil manche Länder, ich nehme ein Beispiel: Ukrainer, Bulgaren – ohne dass das jetzt ein Vorurteil sein soll – haben oft nicht ... also .. wirklich diese Priorisierung in der Sprachausbildung, ja?! Das heißt, Englisch ist heute natürlich eine internationale Sprache, aber manchmal können diese Länder nicht einmal richtig Englisch“ (EP, Zeile 96 bis 100).*

Während der Befragung wurde also – wie auch bei den vorangegangenen Soldateninterviews – immer wieder darauf hingewiesen, dass die (allgemeine) Einsatzvorbereitung des Österreichischen Bundesheeres: *„(...) funktioniert. Wir haben einen guten Standard“ (ExIP1, Zeile 1224 bis 1225).*

Bezüglich einer etwas anders gearteten „Sprachproblematik“ erklärte der Befragte, dass – gerade im Sanitätsbereich – im Ausland ein bestimmter psychologischer Aspekt, besonders für verletzte bzw. kranke Soldaten/Soldatinnen, eine bedeutende Rolle spiele:

*„Es gibt ein psychologisches Problem - das habe ich immer gesagt – sie wollen im Prinzip von den eigenen Leuten behandelt werden, nicht?! Das .. das ist ein Reflex. So wie der Österreicher gerne vom Urlaub sich zurückfliegen lässt .. und in der Heimat dann geht es ihm schon psychisch besser. Weil er weiß also: er ist in seinem Bereich, er versteht die Sprache – und es geht ihm dadurch besser. Man muss allerdings auf der anderen Seite sagen, dass natürlich manche Armeen keinen besonderen Sanitätsdienst in ihren Reihen haben. Das heißt, dann sind die Leute froh, dass sie bei uns mal eine gute medizinische Versorgung haben. Das gibt es natürlich auch. Aber es ist sicherlich, die .. die .. die Sprachproblematik, ein wesentlicher Faktor und das muss natürlich intensiviert werden (...)“*  
(ExIP1, Zeile 167 bis 177).

Was hier seitens des Interviewten angedeutet wird, ist für viele wohl allzu verständlich. Gerade wenn es einer Person – in diesem Fall aus physischen Gründen – schlecht geht, erhöht sich das eigene Wohl- und Sicherheitsempfinden, wenn man sich in einer gewohnten Umgebung wieder findet; wobei der eigenen Muttersprache, der einem selbst vertrauten Kommunikationsform, eine tragende Rolle zukommt. Zum einen ist es der bekannte Klang ebendieser Sprache, der – auch ohne Bewertung des eigentlichen Inhaltes – alleine schon genügt, um eine vertrautere Atmosphäre zu schaffen. Zum anderen ist es natürlich der Aspekt, dass – gerade in der medizinischen Behandlung – kein Platz ist, für sprachliche Missverständnisse oder semantische Unklarheiten, dem durch das Verständigen in der eigenen Muttersprache entgegen gewirkt werden kann.

### 8.1.2.2.3. Klischee- und Gruppenbildungen

Von einer möglichen Problematik der Klischeebildung zwischen den Soldaten/Soldatinnen unterschiedlicher Nationen, wollte der interviewte Experte nichts wissen: *„Ich glaube nicht, dass da wirklich eine Problematik ist, weil sie eigentlich ihre Aufgabe zu erfüllen haben, nicht?!“* (ExIP1, Zeile 730 bis 731). So beschrieb der Offizier, dass er im Zuge seiner persönlichen Auslandseinsätze, keine speziell multilateral geprägten Spannungen zwischen den Soldaten/Soldatinnen der einzelnen Nationen wahrnehmen konnte, so lange diese nicht auf politischen oder ideologischen Ressentiments beruhten (vgl. ExIP1, Zeile 770 bis 772).

Bei den Überlegungen, warum es gar nicht erst zu solchen Vorurteilen bzw. Ausgrenzung von Soldaten/Soldatinnen mit anderen Nationalitäten komme, wog der Interviewte ab:

*„Irgendwie, vielleicht verbindet die Uniform, vielleicht verbindet eben der .. der (...) der Einsatz, vielleicht das Umfeld .. das unfreundliche Umfeld – oder was auch immer, ja. Man ist mit der gleichen Aufgabe und mit dem gleichen Auftrag da ... Im Gegenteil, .. ich finde also, dass eine sehr gute Kommunikation mit den ausländischen Soldaten gegeben hat (...)"* (ExIP1, Zeile 765 bis 771).

Sowohl die Uniform, als auch das Tragen eines KFOR-Abzeichens, sowie der kollektive Auftrag und die gemeinsame Aufgabe scheint die Soldaten/Soldatinnen, ungeachtet ihrer divergenten Herkunftsländer, zu verbinden und lässt somit wenig Raum für nationalistische Empfindlichkeiten.

*„Sie haben ihre Aufgabe innerhalb dieses Camps zu erfüllen. Sie machen ihre Ausfahrten. Der Österreicher hat die Fähigkeit sich sehr gut zu*

*adaptieren - ist sehr kommunikativ. Ich hab eigentlich nie wirklich ein Problem empfunden, wenn nicht das Problem eigentlich von den anderen kam“ (ExIP1, Zeile 731 bis 734).*

Auch hier lässt sich aus den Aussagen des befragten Experten – ähnlich wie bei den Soldateninterviews – eine gewisse Form des „Nationalstolzes“ heraushören. Dem/der Österreicher/Österreicherin bzw. dem österreichischen Soldaten/der österreichischen Soldatin werden bestimmte Attribute zugeschrieben, welche sich für den Befragten in persönlich erlebten Situationen bestätigt haben:

*„Ich nehme das Beispiel Iran: Hier war doch eine gewisse Animosität von Seiten der arabischen Behörden gegenüber und wir sind ja bewacht worden, vor dem Lager – durch iranische Soldaten und die Wächter der Revolution .. Und die sind natürlich skeptisch gewesen. Die durften ins Lager ja auch hinein, weil wir waren ja kein extraterritoriales Gebiet. Die haben das überprüft, haben geschaut, dass unsere Frauen .. also ... ein Kopftuch tragen .. Wobei, wir haben das eher großzügig getragen .. Aber sie durften .. auch die Männer durften nicht kurze Ärmel tragen – trotz der Hitze. Ja .. ich meine, der Österreicher nimmt das zur Kenntnis und .. und leidet nicht darunter. Wir haben das alle brav gemacht .. und .. haben uns nicht schikanieren lassen und damit sind wir mit denen ausgekommen. Wir sind auch dort gewesen ohne Waffen im Iran, was sehr ungewöhnlich war für eine Militäreinheit, aber .. der Österreicher ist irgendwie .. ja, der kann das. Die Belgier, die zum Beispiel in der gleichen Gegend wie wir waren, sind gelandet, sind mit ihren Waffen gekommen – waren nicht bereit ihre Waffen abzugeben und sind drei Tage später wieder ab“ (ExIP1, Zeile 734 bis 748).*

Die oben referierte Aussage: „Ja, ... ich meine, der Österreicher nimmt das zur Kenntnis und ... und leidet nicht darunter“ ähnelt stark der von einem der

Soldaten in seinem Interview getätigten Äußerung, in dem er von der „*Lässigkeit*“ der Österreicher/Österreicherinnen spricht. So scheint es, dass sich, laut dieser – wenn nicht identischen, doch wohl analogen – Feststellung die österreichischen Soldaten/Soldatinnen, zumindest nach der Einschätzung der interviewten Personen, im Auslandseinsatz gut anpassen können.

### 8.1.2.2.4. Multinationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Praxis

Angesprochen auf die Zusammenarbeit („vor Ort“) zwischen den Sanitätern/Sanitäterinnen und Ärzten/Ärztinnen unterschiedlicher Nationen im Einsatzgebiet, betonte der befragte Offizier, dass diese insbesondere – aufgrund der sprachlichen Gemeinsamkeiten – mit den Deutschen und Schweizern ohne Probleme funktioniere und die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Ländern sehr direkt erfolge. Dies lässt sich auch daran erkennen, dass im Kosovo ein Schweizer Kontingent in das österreichische Bataillon integriert wurde und hier somit Soldaten/Sanitäter/medizinisches Personal Hand in Hand arbeiten (müssen).

Weiters wurde nach dem Informationsaustausch zwischen Sanitätern/Sanitäterinnen verschiedener Länder, in Form von (regelmäßigen) internationalen Konferenzen, gefragt.

Solche (oft) auch interdisziplinären Tagungen, zu denen nicht nur Personen des Militärs eingeladen sind, werden seitens des Österreichischen Bundesheeres genauso immer wieder für Psychologen/Psychologinnen und Seelsorger/Seelsorgerinnen abgehalten und/oder organisiert<sup>30</sup>.

---

<sup>30</sup> z.B. die jährlich stattfindende „International Military Mental Health Conference“ oder die ebenfalls internationalen Treffen der Militärseelsorge

Hierauf erklärte der Interviewte, dass solche Kongresse meist ein hohes Maß an individueller Eigeninitiative verlangen.

So schildert er, dass sehr wohl Tagungen, z.B. in Langenhagen (Deutschland) abgehalten werden, deren international-kooperativen Charakter er mit folgenden Worten bildlich darzustellen versuchte:

*„Wir haben dort, .. da kann ich mich erinnern: Wir haben oft am Abend so eine Lagerfeuerstimmung gehabt, wo wir gesessen sind und ein bisschen geträumt haben, über die Zukunft und wie es wäre, wenn wir nicht vielleicht einmal zusammen .. und so weiter? Da sind auch die Sanitätschefs meistens dort gewesen. Und das ist dort eigentlich, dieser Gedanke zum ersten Mal so wirklich diskutiert worden, nicht?! In eine Kooperation auch im Einsatz, nicht?! Auf der .. ich würde sagen, auf der unteren Basis mal, aber mit der Anwesenheit natürlich der oberen Herren .. Und das war sehr interessant.“ (ExIP1, Zeile 925 bis 933).*

Auf die Frage hin, ob er glaube, dass die Teilnahme an multinationalen Übungen – neben der „normalen“ Auslandsvorbereitung im ZEV – die Soldaten zusätzlich in geeigneter Weise auf die Anforderungen eines Auslandseinsatzes vorbereiten kann, antwortete der Gesprächspartner wie folgt :

*„Naja .. grundsätzlich lernt man immer etwas aus einer Übung und man übt – man lernt immer im Kontakt – also auch mit anderen Nationen. (...) Man kommt mit Mentalitäten, man kommt mit Arbeitsweisen .. zusammen .. und das ist auch wichtig, weil diese Übungen einen dann auch vorbereiten – mental vorbereiten – auf was für Leute und was für Fragestellungen usw. man dann im Einsatz trifft.“ (ExIP1, Zeile 954 bis 972).*

Hier wurde somit die Bedeutung der Teilnahme an (internationalen) Übungen des Österreichischen Bundesheeres deutlich. Zum einen erfordert eine Übungssituation die Reflektion des eigene Handelns und forciert die eventuelle Optimierung dieser Handlungsabläufe durch den Austausch zwischen den Soldaten/Soldatinnen (unterschiedlicher Länder), zum anderen natürlich offenbart sich der Sinn und Zweck einer Übung bereits in ihrem Wortlaut, dem „Üben“ und – dementsprechend – dem stetigen Wiederholen von Aktions- und/oder Kommunikationsprozessen, wodurch eine gewisse Routine/ein gewisser Automatismus verinnerlicht werden soll.

### 8.1.2.2.5. Die Europäische Union und die Integration des Österreichischen Bundesheeres

Bezüglich der Erkundigung nach seiner persönlichen Meinung im Hinblick auf die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee antwortete der befragte Experte:

*„Man muss eines sagen: Die Geschichte hat sich geändert in Europa. Wir werden, vermutlich – so Gott will – nicht mehr Krieg gegeneinander führen. Zweitens muss man natürlich sagen, dass Europa sich zu einer Wirtschaftsmacht entwickeln muss – als Gesamteuropa, um gegen den Amerikanischen Raum, den Asiatischen Raum – der Afrikanische Raum spielt hier nicht so eine große Rolle – aber .. stark zu werden, wirtschaftlich. Das heißt, wir müssen auch zusammenwachsen als ein vereintes Europa - also Vereinte Staaten von Europa. Genauso wie die Amerikaner eine Armee haben, wird es im Prinzip auch für uns sein ... Es ist so: Wir werden uns es nicht mehr leisten können, jedes Land – eine eigene Vollarmee. Sondern es wird so sein: .. Österreich plant im Prinzip nur zwei oder drei Brigaden zu haben, da gibt es noch die Diskussion – welche Größenordnung – und das wird alles sein. Wir werden nicht mehr Divisionen haben, wie wir vorher gehabt haben und unzählige Brigaden –*

*sieben Brigaden und mehr Soldaten – sondern wir werden eine kleine Einheit haben, die für unsere Katastrophenhilfe - zumindest in Österreich – zuständig ist, andere militärische - teilweise Polizeiaufgaben – an den Grenzen von Schengen zu erfüllen haben wird, nicht?! Also, ... ich glaube, das ergibt sich einfach aus der historischen Entwicklung. Das ist nicht die Frage, was ich davon halte, sondern das ist die Realität, das ist die Entwicklung der Geschichte“ (ExIP1, Zeile 1058 bis 1975).*

Für den Experten stellt sich also nicht die Frage, ob man sich für oder gegen eine solche Entwicklung ausspricht, da sich diese, rein aus den historischen und politischen Veränderungen, von selbst ergebe.

Das Österreichische Bundesheer wird somit auch in Zukunft, wie bereits von dem Probanden angesprochen, verstärkt an Auslandseinsätzen Teil nehmen<sup>31</sup>. Eine solche *„angemessene Teilnahme an und Beitragsleistung zur ESVP im Sinne von der Konfliktprävention und Krisenmanagement zur Stabilisierung des strategischen Umfeldes Europa, (...)*“ wird, wie bereits in Kapitel 5 *„Die Bundesheerreform 2010“* angesprochen, auch im Bericht der Bundesheerreformkommission 2010 erwähnt und forciert (Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:86).

Eine derartige (mögliche) Schwerpunktsetzung könnte jedoch auch zu ganz bestimmten Problemen für den einzelnen Soldaten/die einzelne Soldatin führen, wie der Interviewpartner meinte:

*„Die Sinnfrage: .. Wofür kämpfe ich?! (...) Aber es war damals noch dieses Gefühl: Ich engagiere mich für die Gesellschaft, den Staat, für das Land und so weiter. Das ist irgendwie .. davon .. Ja, .. das ist irgendwie verloren gegangen und .. und heute entwickeln wir uns eigentlich mehr in*

---

<sup>31</sup> Dies wird u.a. durch die Auslandseinsatzverpflichtung des Kaderpersonals gewährleistet.

*Richtung einer Söldnerarmee, ja. Weil diese Auslandseinsätze sind gut bezahlt - das ist der Reiz. Die Leute verteidigen dort nicht irgendwelche Ideale .. Sie gehen in den Einsatz um gutes Geld zu verdienen“ (ExIP1, Zeile 1131 bis 1143).*

Zu einem späteren Zeitpunkt des Interviews, führte er weiter aus:

*„Wo stehen wir? Wofür .. Wo ist die Sinnfrage, nicht?! Warum sind wir? Sind wir heute nur mehr Angestellte von einem Verein, der zufälligerweise also mit Waffen .. spielt .. oder .. oder .. Ich meine der Polizist hat noch immer das Gefühl, dass er die Gesellschaft schützt, nicht?! Dass er etwas für die Gesellschaft tut. Aber was tut eigentlich der Soldat heute, nicht?! Wen schützt er?! Es wird abstrakter oder es wird so fern .. Weil, was ist Schengen, nicht?! Das ist eben das Problem“ (ExIP1, 1185 bis 1190).*

In dem obigen Zitat lässt sich deutlich ablesen, dass der Befragte sich bezüglich der zukünftigen Entwicklung der ESVP dahingehend Sorgen macht, dass eine weitere Abstraktion und „Entrückung“ des und vom eigentlichen Aufgabenbereiches des Militärs, die Problematik des ideologischen Hintergrundes des Handelns eines Soldaten/einer Soldatin in den Vordergrund rücken könnte. In den Soldateninterviews gab einer der Probanden an, dass er am Anfang seiner militärischen Laufbahn ein Gegner von Auslandseinsätzen war (vgl. IP2, Zeile 185 bis 186). Auf die Frage hin, warum dies so gewesen sei, meinte er, dass er ja zur Armee gegangen sei, um Österreich zu dienen und demnach – aufgrund des neutralen Status’ – im Ausland nichts verloren hätte (vgl. IP2, Zeile 188 bis 190). Allerdings, fuhr er fort, hätte sich seine Meinung dahingehend geändert, dass er die Problematik in einem derartigen Einsatz kennen lernen wollte und sich somit doch für die Teilnahme an einer solchen Mission entschieden hätte (vgl. IP2, Zeile 190 bis 198).

Ein anderer interviewte Soldat unterschied bei der Motivation an einem Auslandseinsatz mitzuwirken, zwischen dem Umsetzen des im Bundesheer Erlernen und dem Verbessern der sprachlichen Fähigkeiten, den finanziellen Anreiz – die für ihn insbesondere bei den niedrigeren Dienstgraden im Vordergrund stünde – als auch das „Abenteuer“, das eine solche Mission mit sich bringen kann (vgl. IP1, Zeile 34 bis 41). Er stellte hierbei den Vergleich mit einem Auslandssemester im Rahmen eines Studiums an, welches ebenfalls eine Herausforderung sein kann und sich im Lebenslauf gut mache (vgl. IP1, Zeile 41 bis 44).

Somit lässt sich festhalten, dass es den (befragten) Soldaten – wie von dem Experten auch für die Zukunft prognostiziert – eher weniger um die Verteidigung, Aufrechterhaltung und/oder (Wieder-)Einführung von (politischen) Ideologien und/oder (moralischen, wie auch humanitären) Werten geht, sondern meist eher um das Sammeln von Erfahrungen, das Verbessern von sprachlichen und zwischenmenschlichen Fähigkeiten, sowie einem finanziellen Zuverdienst.

Eine solche Einstellung lässt sich insofern nachvollziehen, da die betreffenden Einsätze – wie bereits des Öfteren erwähnt – *peace-keeping*-Missionen sind und daher eine innere Überzeugung für die Sache zwar ebendieser dienlich ist, sie jedoch nicht vorausgesetzt sein muss.

Bei den (zukünftigen) *peace-enforcement-/peace-building*-Operationen, in denen der Soldat/die Soldatin bereit sein muss, sein/ihr Leben – in höherem Maße, als bis jetzt – zu riskieren, sollte eine Identifikation mit den zu vertretenden Grundideen vorrangig sein.

Ein weiterer Punkt hinsichtlich der Entwicklung der ESVP stellte die Frage nach der (bisherigen) Integration von Soldaten/Soldatinnen in das Österreichische Bundesheer, zur Verbesserung der multilateralen Kooperation dar. Wie eine solche Zusammenarbeit (zumindest auf höherer militärischer Ebene) aussieht, beschreibt der interviewte Experte mit folgenden Worten:

*„Man muss eines sagen: Dass natürlich auf der oberen militärischen Führung sehr starke Kontakte bestehen. Es gehen z.B. Generalstabsoffiziere von jedem Land oft in anderen Ländern in deren Generalstabskurs. Das ist heute üblich. Das heißt man lernt die Strukturen der anderen kennen, ihre Kommandostrukturen, ihre Abläufe .. Das heißt .. das heißt das fließt langsam auch bei uns ein, nicht?!“ (ExIP1, Zeile 1197 bis 1202).*

Zum einen ist ein solcher Austausch, der ja im zivilen Bereich heutzutage ebenfalls Usus ist, für das Verständnis der (möglicherweise) andersartigen Strukturen in den unterschiedlichen Armeen sehr hilfreich. Zum anderen muss man jedoch auch sagen, dass hierbei der Vorteil in der militärischen Kooperation oder eigentlich jeder stark hierarchisch geordneten Organisation ist, dass die Streitkräfte und die Abläufe innerhalb selbiger, einander (zumeist sogar stark) ähneln und somit die Zusammenarbeit der einzelnen Nationen erleichtert (vgl. ExIP1, Zeile 1209 bis 1214).

Auf die Frage hin, ob es der multinationalen Zusammenarbeit in einer Gemeinsamen Europäischen Armee dienlich wäre, die Einheiten bis auf Bataillonsebene zu mischen (s. Kapitel 1.1.2.: *„Die Vertikale Multinationalität“*), wie es in der Deutsch-Französischen Brigade bzw. dem Deutsch-Niederländischem Korps bereits praktiziert wird, reagierte der Gesprächspartner eher skeptisch:

*„Ich frage mich, ob das einen Sinn hat? Warum sollen nicht die eigenen Leute auch auf der Ebene, .. wenn das machbar ist .. ? Ich weiß nicht, ob das wirklich notwendig ist auf so einer tiefen Ebene das zu mischen? (...) Ja, ist natürlich möglich – wenn die eine spezifische Aufgabe übernehmen – warum nicht?! Aber so lange man es auf der Bataillonsebene erledigen kann, bin ich eher der Meinung, soll man es mit den eigenen Leuten ..*

*wenn es geht. Aber ich muss sagen, das ist nicht wirklich etwas, was ein echtes Problem ist. Es wird dort interessant .. wo die Sprache so verschiedenen ist. Weil wenn die wirklich auf einer niederen Ebene .. dann sind die Leute wirklich gezwungen beide Sprachen zu können, nicht?! Für Übungen nicht – für den Einsatz ist es, an sich, auch eine gute Antwort“ (ExIP1, Zeile 1229 bis 1242).*

---

**9. PERSPEKTIVEN DER EUROPÄISCHEN  
MILITÄRISCHEN INTEGRATION**

---

## **9.1. Die fünf Entwicklungsszenarien der ESVP nach Frank (2007)**

Die folgenden fünf Szenarien wurden von Oberstleutnant Univ.-Lektor Mag. Dr. Johann Frank entwickelt und sollen mögliche Entwicklungen der politisch-strategischen Situation der Europäischen Union darstellen.

### **9.1.1. „Euro-Macht“**

In diesem Szenario wird die ESVP als primärer Handlungsrahmen für europäische Sicherheits- und Verteidigungsfragen verstanden, sowie auch im Kontext globalstrategischer Entwicklungen.

Die „Euro-Macht“ ist weder auf die Unterstützung der USA, noch der NATO angewiesen und kann das gesamte militärische Aufgabenspektrum selbstständig bewältigen.

Ein solches Szenario würde einiger Voraussetzungen bedürfen (Frank 2007:77f.):

- Entwicklung des globalstrategischen Umfelds in Richtung konfrontativer Multipolarität,
- Vernachlässigung der NATO durch die USA, wodurch die Allianz ihre Rolle als primäres Forum für das Management transatlantischer Sicherheitsfragen verliert,
- Vertiefung der Akzeptanz-, Legitimations- und Auslastungskrise der westlichen Führungsmacht USA,
- ausgeprägte interne politische Kohäsion und Konsensfähigkeit innerhalb der EU basierend auf einem nachhaltigen politischen

Integrationsfortschritt knapp unterhalb der Schwelle eines „europäischen Bundesstaates“,

- ausgeprägte politische Führungskraft der „Big-3“,
- Schwächung des atlantischen Lagers innerhalb der EU verbunden mit einer „europäischeren“ Haltung Großbritanniens,
- keine Obstruktions- bzw. Disaggregationspolitik seitens der USA gegenüber den europäischen Integrationsbemühungen,
- zumindest moderate Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den meisten EU-Mitgliedstaaten, insbesondere jedoch in den relevanten größeren und mittleren Staaten,
- Entwicklung einer stark integrierten, europäisierten Verteidigungsindustrie und
- erfolgreicher Streitkräftetransformationsprozess in den europäischen Armeen, der längerfristig in die Herausbildung einer volltransformierten, netzwerkzentrierten Europa-Armee mündet, die zumindest im Bereich der strategischen *Assets* (Aufklärung, Führung und Information, Transport und Logistik) über vergemeinschaftete Streitkräftestrukturen verfügt.

Eine solche europäische Entwicklung würde bedeuten, dass die gesamte Bandbreite der Sicherheits- und Verteidigungsfragen endgültig an Brüssel abgetreten werden würde. In diesem Szenario käme es zu einem immensen Bedeutungsverlust der Nationalstaatlichkeit und, infolge dessen, der Souveränität der einzelnen Länder. Sollte dieses Modell realisiert werden, käme es zu einer weitestgehenden Auflösung der Streitmächte der jeweiligen Staaten um, an ihrer statt, eine Gemeinsame Europäische Armee zu generieren.

Ein solcher Trend würde von den einzelnen „Teil-“staaten einen gewaltigen Kraftakt erfordern, da die unterschiedlichen „Teil-“armeen zumindest ein

Minimum an Kompatibilität aufweisen müssten (z.B. hinsichtlich Ausbildung, Logistik etc.).

Dieses Szenario beinhaltet ebenfalls eine enorme (nicht nur) militärische Integrationsleistung, für welche – zumindest im Moment – noch die geeigneten Werkzeuge fehlen (z.B. multinationale militärische Ausbildungszentren).

Für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik würde sich dieser Entwurf in einer endgültigen Abschaffung der (Rest-)Neutralität äußern und eine (mit den anderen Teilstaaten) gleichberechtigte Partizipation an der militärischen Verteidigung der Europäischen Union bedeuten.

Die Euro-Macht würde dabei an das Vorbild der USA angenähert werden und diesem Staatenverband als weltpolitischer Akteur gegenüberstehen.

Das Modell wird von Frank als eher unwahrscheinlich eingestuft, da einige wichtige Voraussetzungen zur Durchführung einer solchen Entwicklung (z.B. ein nachhaltiger politischer Integrationsfortschritt, die totale Vernachlässigung der NATO durch die USA etc.) in den kommenden Jahren wohl kaum erfüllt werden können.

### 9.1.2. „Gleichberechtigter Partner innerhalb der NATO“

Dieses Szenario ist der ursprünglichen Idee der ESVP am nächsten, welche die ESVP „nur“ als europäisches Standbein der NATO sah/sieht und sich somit die Verantwortung in der Gestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfragen teilt. Der Schwerpunkt der ESVP liegt im Rahmen dieses Modells in *„zivil-militärischen Operationen bei limitierter Fähigkeit für anspruchsvolle militärische Interventionen mit bis zu divisionsstarken Kräften“* (Frank 2007:79).

Folgende Voraussetzungen müssten gewährleistet sein, um einen solchen Entwurf zu realisieren:

- Entwicklung eines konfrontativen, multipolaren, globalstrategischen Umfeldes,
- Gemeinsame Bedrohungsperzeption und Interessensdefinition zwischen Europa und den USA,
- Ausgeprägte US-Führungsrolle in der NATO und Akzeptanz eines gleichberechtigten europäischen „Pfeilers“ innerhalb der Allianz,
- Ausgeprägte interne politische Kohäsion und Konsensfähigkeit innerhalb der EU mit der Möglichkeit der Bildung eines verteidigungspolitischen Kerneuropa innerhalb des EU-Rahmens,
- Ausgeprägte politische Führungskraft der „Big-3“<sup>32</sup>,
- Balance zwischen dem „atlantischen“ und dem „europäischen“ Lager innerhalb der EU,

---

<sup>32</sup> Unter den „Big-3“ werden im Allgemeinen die Länder: Amerika, England und Russland verstanden.

- Zumindest moderate Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den meisten EU-Mitgliedstaaten, insbesondere jedoch in den relevanten größeren und mittleren Staaten
- Entwicklung einer integrierten, europäisierten Verteidigungsindustrie und
- Erfolgreicher Streitkräftetransformationsprozess in den europäischen Armeen, der zumindest in ausgewählten EU-Staaten eine Vernetzung der Streitkräfte ermöglicht. Im Bereich der strategischen *Assets* (Aufklärung, Führung und Information, Transport und Logistik) ist eine Mischform aus vergemeinschafteten europäischen Streitkräftestrukturen bzw. Abstützung auf US-Fähigkeiten denkbar.

Dieses Szenario entspräche dem eigentlichen Grundgedanken der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Problematisch hierbei wäre jedoch die (Re-)Integration der ESVP in den politischen NATO-Rahmen.

Für Österreich würde dies insofern gewisse Schwierigkeiten beinhalten, als die ESVP aufgrund ihres zivil-militärischen Charakters mit der „Neutralitätspolitik“ eher vereinbar ist, als der rein militärische der NATO.

Eine solche politische Entwicklung hätte, realistisch betrachtet, eine hohe Partizipation der österreichischen Streitkräfte zu bedeuten und somit auch eine aktivere Gestaltung der gemeinsamen Politik.

Dieses Modell ist, laut Frank, wie sein Vorgänger, ebenfalls eher unrealistisch, da wiederum einige wichtige Schlüsselfaktoren nicht erfüllt werden können (moderates Wirtschaftswachstum, erkennbares Ansteigen des Verteidigungsausgaben usw.). Weiters müsste die USA die Europäische Union als gleichberechtigten Partner anerkennen und die NATO hätte ihre politische Rolle neu zu definieren – demzufolge ist dieser politische und strategische Trend eher unwahrscheinlich.

### 9.1.3. „Juniorpartner“

Eine solche europäische Entwicklung hieße, dass die NATO weiter den primären institutionellen Rahmen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin darstellt. Die ESVP würde hierbei zwar über die zivil-militärischen Kapazitäten der Krisenmanagementaufgaben verfügen, allerdings würde es ihr am *„politischen Willen und an militärischen Kapazitäten zur Durchführung autonomer anspruchsvoller Interventionen“* (Frank 2007:81)“ mangeln.

Damit eine solche Entwicklung vollzogen werden kann, müssten folgende Voraussetzungen erfüllt werden (Frank 2007:82):

- neutrales Verhältnis zur globalstrategischen Umfeldentwicklung, Eintrittswahrscheinlichkeit jedoch für den Fall einer globalen Vorherrschaft der US besonders groß,
- geringes Wirtschaftswachstum,
- grundsätzliche Übereinstimmung in der Bedrohungsperzeption und Interessensdefinition zwischen Europa und den USA,
- politische Unterstützung der USA für die NATO,
- moderate interne politische Kohäsion und Konsensfähigkeit innerhalb der EU,
- vernünftiges Ausmaß an politischer Führungskraft der „Big-3“,
- relativ stark ausgeprägtes „atlantisches“ Lager innerhalb der EU mit Anhalten der britisch-amerikanischen Sonderbeziehungen,
- keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den meisten EU-Mitgliedstaaten,

- Fortsetzung des Weges einer schrittweisen Harmonisierung der Verteidigungsindustrie und
- mäßig erfolgreicher Streitkräftetransformationsprozess mit starken nationalen Unterschieden. Nur die ambitionierten EU-Staaten transformieren ihre Streitkräfte, die Masse bleibt an Stabilisierungsoperationen ausgerichtet.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass dieses Szenario ähnliche Folgen für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin haben würde, wie der Typus des „gleichberechtigten Partners“. Die mögliche Problematik in Anbetracht dieses Modells wäre, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die meisten kleineren Staaten der Europäischen Union, aufgrund des fehlenden Druckes seitens dieser, sich relativ „ambitionslos verhalten bzw. ihre Kräfte auf die NATO konzentrieren (Frank 2007:82)“ würden, stark ansteige. Dieses Modell hätte zur Folge, dass die Versuchung des „Trittbrettfahrens“ (vgl. ebd.) (auch seitens Österreichs) in erheblichem Maße erhöht wäre, zumal Österreich kein Mitglied der NATO ist, welche in dieser politisch-strategischen Entwicklung die größte Last für die transatlantische Sicherung zu tragen hätte.

Sowohl der Typus des „Juniorpartners“, als auch seine Subvariante (der „zivil-militärischer Soft-Power-Akteur“) stellt ein – zumindest aus der damaligen Sicht Franks – sehr plausibles und realistisches Konzept dar. Seine Analysen ergaben, dass die meisten Schlüsselvoraussetzungen in den nächsten zehn Jahren als wahrscheinlich erscheinen: Stagnation in den Verteidigungsausgaben, moderates Wirtschaftswachstum etc.

### 9.1.4. „Papiertiger“

Das Szenario des „Papiertigers“ impliziert eine weitestgehend rein „*theoretische und politisch-symbolische Unterstützung* (Frank 2007:83)“. Es würde bedeuten, dass das theoretische Konstrukt der ESVP mangels vorhandener Willensstärke, seitens der europäischen Partner, praktisch keine Umsetzung erfährt und sich somit zukünftig rein auf friedenssichernde Aufgaben beschränkt.

Ein solches Modell hätte folgende Punkte zur Voraussetzung (Frank 2007:83f.):

- konfrontative Multipolarität oder Vorherrschaft der USA,
- grundsätzliche Übereinstimmung in der Bedrohungsperzeption und Interessensdefinition zwischen Europa und den USA,
- geringes Wirtschaftswachstum, Überalterung, hohe Sozialausgaben, große Migrationsprobleme in der EU,
- politische Unterstützung der USA für die NATO,
- Stagnation im politischen Integrationsprozess,
- schwache politischer Führungskraft der „Big-3“,
- starke Differenzen zwischen dem europäischen und dem atlantischen Lager,
- Reduzierung der Verteidigungsausgaben in den meisten EU-Mitgliedstaaten,
- Verlangsamung in der Integration der Verteidigungsindustrie und mäßig erfolgreicher Streitkräftetransformationsprozess mit starken nationalen Unterschieden. (Nur die ambitionierten EU-Staaten transformieren ihre Streitkräfte, die Masse bleibt an Stabilisierungsoperationen ausgerichtet).

Eine solche politisch-strategische Entwicklung hätte eine Schwächung der NATO zur Folge, da die europäischen NATO-Mitglieder angesichts ihrer nationalen Probleme (geringes Wirtschaftswachstum, Überalterung etc.), weder im Rahmen der ESVP, noch im Rahmen der NATO angemessene Sicherheitsbeiträge leisten könnten. Dieses Szenario würde sich letztendlich auch in der Vernachlässigung einer globalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie niederschlagen, welche de facto nur mehr rein reaktiv auf Bedrohung antworten würde.

Für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik hätte dies zu bedeuten, dass auch sie sich vermehrt auf innerpolitische Sicherheitsprobleme konzentrieren müsste (z.B. erhöhte Kriminalität aufgrund einer überforderten Sozial- und Migrationspolitik). Realistisch betrachtet würde eine solche Entwicklung die Ausgaben zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit eklatant in die Höhe treiben. *„Österreich müsste den Willen und die Ressourcen für die wieder verstärkt notwendigen nationalen Anstrengungen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit und Souveränität aufbringen“* (Frank 2007:84).

Sowohl dieses Trendmodell, als auch das „Renationalisierungsszenario“ erscheint für Frank denkbar, wobei seiner Meinung nach letzteres mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit eintreten würde. Beide Entwicklungen kommen einem „*Worst Case*“ (Frank 2007:91) sowohl für die europäische, als auch die österreichische Sicherheit am nächsten, da beide durch wirtschaftliche Regression, geringe politische Führungsqualitäten und einer Stagnation im politischen Integrationsprozess gekennzeichnet sind (vgl. Frank 2007:91f.).

### 9.1.5. „Renationalisierung“

Dieses Szenario hieße, dass aufgrund zu rasch durchgeführter Erweiterungsprozesse und einer dadurch folgenden „*strategischen Überdehnung*“

(Frank 2007:85)“, die Europäische Union, insbesondere jedoch die ESVP, massiv an militärischer und sicherheitspolitischer Bedeutung verlieren würde. Eine solche Entwicklung zöge nach sich, dass sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu „*Ad-hoc Koalitionen*“ (ebd.) entschließen, welche sich in Zukunft außerhalb des Rahmens der ESVP bewegen. Dies würde über kurz oder lang bedeuten, dass die Europäische Union keine politische Kontrolle mehr über (zivile oder militärische) Operationen und bi- oder multilaterale Kooperationen hat.

Folgende Punkte müssten als Voraussetzung erfüllt sein (Frank 2007:86):

- konfrontative Multipolarität oder Vorherrschaft der USA,
- grundsätzliche Übereinstimmung in der Bedrohungsperzeption und Interessensdefinition zwischen Frankreich und Großbritannien,
- geringes Wirtschaftswachstum, Überalterung, hohe Sozialausgaben, große Migrationsprobleme,
- politische Unterstützung der USA für die NATO,
- Stagnation im politischen Integrationsprozess,
- starke politische Führungskraft insbesondere seitens Großbritannien und Frankreichs, aber schwache Rolle der gesamteuropäischen Institutionen,
- enge britisch-französische Verteidigungskooperation,
- Frankreich verzichtet auf die Idee, die EU/ESVP als Gegengewicht zur USA aufzubauen,
- Reduzierung der Verteidigungsausgaben in den meisten EU-Mitgliedstaaten (nur Großbritannien, Frankreich, Italien und die Niederlande können die Verteidigungshaushalte auf heutigem Niveau stabilisieren),
- Verlangsamung in der Integration der Verteidigungsindustrie und
- mäßig erfolgreicher Streitkräftetransformationsprozess mit starken nationalen Unterschieden. (Nur die ambitionierten EU-Staaten

transformieren ihre Streitkräfte, die Masse bleibt an Stabilisierungsoperationen ausgerichtet.)

Dieses Modell (es ist dem des „Papiertigers“ in seinen Bedingungen recht ähnlich) impliziert zwar das Scheitern der ESVP, eröffnet jedoch den einzelnen Mitgliedstaaten (im Gegensatz zum vorherigen Szenario) die Möglichkeit bi- oder multinationale Bündnisse einzugehen, um ihre Sicherheit außenpolitisch zu gewährleisten. In einem solchen Fall wäre die NATO weiter der zentrale sicherheitspolitische Akteur.

Für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik würden dieselben Folgen wie in dem vorherigen Modell gelten, inklusive der fehlenden Möglichkeit (aufgrund des Neutralitätsstatus) an internationalen Kooperationen Teil nehmen zu können.

*„Grundlage für eine Anpassung der österreichischen Strategie an ein Renationalisierungsszenario wäre eine Erhöhung des nationalen Ambitionsniveaus und das Eingehen einer strategischen Partnerschaft mit einem der entwicklungstreibenden Kernstaaten“ (Frank 2007:87).*

### **9.1.6. „Zivil-militärischer Soft-Power Akteur“**

Dieses Szenario (es stellt eine Subvariante des „Juniorpartner“-Modells dar) hätte zu bedeuten, dass die zivile bzw. die zivil-militärische Komponente der ESVP zunehmend an Bedeutung gewinnen, hingegen jedoch der militärische Charakter der Sicherheitspolitik an Bedeutung verlieren würde. Aufgrund des Umstandes, dass die Europäische Union als internationaler Krisenakteur ein relativ breites Aufgabenspektrum abdeckt, wäre die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie aufgrund dessen, ihren militärischen Verpflichtungen (auch aufgrund mangelnder Ressourcen) kaum nachkommen kann. Das Positive an einer solchen politischen

Konzeption wäre, dass demnach auch weniger Reibungspunkte mit den USA oder der NATO bestehen würden.

Somit wäre die Aufgabenteilung zwischen der NATO und der ESVP relativ klar, denn während also die NATO bzw. die USA primär militärische Interventionsaufgaben übernehmen müsste, würde sich die Europäische Union weiterhin auf Stabilisierungseinsätze spezialisieren.

Eine solche Entwicklungstendenz entspräche zwar dem eher passiven „Naturelle“ vieler Mitgliedstaaten der Europäischen Union, allerdings hieße dies auch, dass die Europäische Union den Anforderungen eines globalen Akteurs nicht entsprechen kann. Ihre eigenständige Handlungsfähigkeit wäre, vor allem eben im militärischen Bereich, hochgradig eingeschränkt und sie würde demzufolge hinsichtlich dieser Komponente stark in Abhängigkeit von der NATO bzw. der USA geraten.

Diese Voraussetzungen müssten für ein solches Szenario erfüllt werden (Frank 2007:88f.):

- kooperative multipolare Weltordnung, in der die USA und die EU den Kern des „westlichen Pols“ darstellen, und keine dramatische Verschlechterung der globalstrategischen Umfeldbedingungen,
- grundsätzliche Übereinstimmung in der Bedrohungsperzeption und Interessensdefinition zwischen Europa und den USA,
- politische Unterstützung der USA für die NATO,
- Verbleib der NATO als primärer Rahmen für militärische Fragen der Sicherheitspolitik,
- moderate interne politische Kohäsion und Konsensfähigkeit innerhalb der EU,
- geringe politische Führungskraft des „europäischen“ Lagers,

- relativ stark ausgeprägtes „atlantisches“ Lager innerhalb der EU mit Anhalten der britisch-amerikanischen Sonderbeziehungen,
- moderates bis geringes Wirtschaftswachstum,
- keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den meisten EU-Mitgliedstaaten, eventuell verbunden mit Umschichtungen hin zu zivilen und polizeilichen Instrumenten,
- Stagnation in der Entwicklung einer europäischen Verteidigungsindustrie und
- mäßig erfolgreicher Streitkräftetransformationsprozess mit starken nationalen Unterschieden. (Nur die ambitionierten EU-Staaten transformieren ihre Streitkräfte, die Mehrheit bleibt an Stabilisierungsoperationen ausgerichtet).

Die Auswirkungen eines solchen Szenarios auf die österreichische Sicherheitspolitik wären vermutlich sehr eingeschränkt, so lange im Rahmen der ESVP „*gewisse militärische Restgrößen*“ (Frank 2007:89) erhalten bleiben würden. Die Abhängigkeit Österreichs von der NATO bzw. den USA würde, wie in der Vergangenheit auch, wahrscheinlich weiter hingenommen werden. Außerdem ist bei einem solchen Modell zu bedenken, dass „*die reale politische Einflussnahme in Krisenräumen beschränkt bleibt und zivil-militärische Einsätze sehr lange andauern, die beschränkten Fähigkeiten rasch gebunden sind und über die Zeit hinweg erhebliche finanzielle Kosten entstehen – so diese Form von Einsätzen eine tatsächliche Wirkung vor Ort entfalten soll*“ (Frank 2007:90).

---

**10. RESÜMEE**

---

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich auf Makroebene noch nicht klar prognostizieren lässt, wie sich die Europäische Union und ihre Sicherheitspolitik in Zukunft entwickeln wird bzw. welchen kommenden Herausforderungen sich sowohl Soldaten/Soldatinnen, als auch die Gesellschaft als Ganzes auf der Mikroebene stellen werden (müssen).

Im Zuge dieser Arbeit haben sich jedoch unterschiedliche Aspekte herauskristallisiert: Zum einen stellen die (zukünftigen und jetzigen) Auslandseinsätze für jeden einzelnen Soldaten/jede einzelne Soldatin bestimmte (persönliche) Herausforderungen dar, zum anderen ist es für die (sicherheitspolitische) Entwicklung der Europäischen Union unablässig, sich sowohl mit den gesetzlichen, als auch den gesellschaftlichem Rahmenbedingungen ebensolcher Missionen auseinanderzusetzen.

Während der Interviews mit den Soldaten wurde von einem der Befragten die Problematik zukünftiger Bundesheereinsätze im Rahmen der Europäischen Union, wie folgt dargestellt:

*„Also, ich glaube, die Probleme werden sich nicht ändern. Durch alle Einsätze sind es immer wieder die gleichen Probleme, die auftauchen und ich glaube, dass das unabhängig ist, ob ich in einer Battlegroup im Rahmen der EU oder im Rahmen der UN oder im Rahmen der NATO hinausgehe. Die Arbeit bleibt die Gleiche. Der Einsatz, ja, das Einsatzgebiet ändert sich, ... aber der Einsatz an sich, die Abläufe sind mit Masse immer gleich. Das heißt die gleichen Problematiken, die jetzt vorhanden sind, werden auch dann wieder auftreten. Das Einzige, was, ich mein' – interessant – unter Anführungszeichen, wenn es wirklich im Rahmen dieser Battlegroups zu offenen Konflikten kommt. wo Österreich sicher bis dato immer .. oder nie damit konfrontiert war, im wirklichen peace-enforcement. Dann wird es interessant wie manche reagieren, denn – wie gesagt – sehr viele der Auslandsgeher ... ähm ... Wir gehen in den Einsatz, rechnen aber nicht wirklich mit einem offenen Konflikt. Das ist*

*der österreichische Soldat nicht gewohnt. Ich bin auch sehr interessiert wie die öffentliche Meinung darauf reagiert, wenn die ersten Leichensäcke heimkommen .. und dann wird das, ich sag' einmal, das Projekt Auslandseinsatz relativ schnell wieder schrumpfen. Tschad war ein Beispiel, Gott sei Dank, ist unten nix passiert, aber die Diskussionen, die damals angefangen haben – die dann verstummt sind – weil unten nichts passiert ist .. Es wäre interessant gewesen zu wissen, was passiert wäre, wenn dort wirklich Soldaten getötet worden – in offenen Kampfhandlungen ... Ich glaube, dass das österreichische Volk darauf weder vorbereitet ist, noch sich damit abfinden könnte – noch der österreichische Soldat eigentlich damit rechnet, dass er im Einsatz, in einer Kampfhandlung getötet wird .. Wir sind jetzt über knappe vierzig Jahre jetzt im Auslandsgeschäft und wir haben nur ... wir können's an einer Hand abzählen wie viele Menschen oder Soldaten eigentlich in Kampfhandlungen getötet worden sind .. Ja, und das ist im Gegensatz zu anderen Ländern minimal. Und die Betroffenheit ist natürlich sehr groß, wenn ein Kamerad im Auslandseinsatz fällt. Weil es einfach nicht zur Tagesordnung gehört. Und da sehe ich eigentlich die Problematiken“ (IP3, Zeile 156 bis 180).*

Hier lässt sich also deutlich erkennen, dass der betreffende Soldat der zukünftigen Entwicklung der Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheeres eher kritisch gegenübersteht, wenn es um mögliche menschliche Verluste im Rahmen dieser Missionen geht. Seiner Meinung nach, ist sowohl die (zivile) Gesellschaft, als auch der/die einzelne Soldat/Soldatin nicht (ausreichend) auf eine solche Möglichkeit vorbereitet.

Natürlich kann sich Österreich (und auch seine Soldaten/Soldatinnen) glücklich schätzen, dass derartige Vorkommnisse eher zu den – jedoch damit nicht minder tragischen – Randerscheinungen der militärischen (Auslands-)Einsätze gehören. Dieser Umstand könnte sich jedoch im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungsbestrebungen der Europäischen Union in Zukunft ändern.

Auch das Österreichische Bundesheer und die österreichische Zivilbevölkerung wird sich, über kurz oder lang, im Rahmen dieser Entwicklungen auf neue Herausforderungen und veränderte Rahmenbedingungen einstellen müssen.

In diesem Fall wäre es wichtig, nicht nur die einzelnen Soldaten/Soldatinnen auf die potentiellen Gefahren der künftigen Aufgaben aufmerksam zu machen, sondern auch aktiv den Dialog mit der zivilen Gesellschaft zu suchen.

Hierbei geht es jedoch nicht darum, die Bevölkerung endgültig zu verunsichern bzw. Gegnern der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Vorschub zu leisten, sondern um konstruktive und zielgerichtete Aufklärung der Bürger/Bürgerinnen. Dieses bereits frühzeitige (oder zumindest rechtzeitige) „In-Kontakt-Treten“ wäre – zum einen – natürlich auch der allgemeinen zivil-militärischen Kooperation weiter zuträglich und – zum anderen – ein wichtiger Schritt, um späteren Vorwürfen über eine mangelnde oder fehlerhafte Aufklärung bereits jetzt im Keim zu ersticken.

Bezüglich der zivil-militärischen Kooperation (im eigenen Land) lässt sich weiter sagen, dass auch hier große Herausforderungen an die Führungsebene des Österreichischen Bundesheeres und der Politik gestellt werden. Wie bereits die Bundesheerreformkommission in ihrem Bericht aus dem Jahre 2004 schreibt:

*“(...) sind im Kern zwei kommunikative Herausforderungen [Hervorhebung im Original] zu bewältigen: Erstens wird eine Verständnisänderung des Begriffes Sicherheit in Richtung umfassender Sicherheit in der heimischen Bevölkerung herbeizuführen sein. Zweitens wird daran zu arbeiten sein, das Verständnis der Österreicher aus dem isolationistischen Denken der Zeit des Kalten Krieges zu führen und einsichtig zu machen, dass Österreich als Teil eines sicherheitspolitischen Hauses militärische Aufgaben wird übernehmen müssen, die kaum noch mit jenen vergangener Jahrzehnte vergleichbar sind“ (Bericht der Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2004:105f.).*

Ein Spezial-Eurobarometer, welches im Jahr 2001 die Einstellung der europäischen Bevölkerung gegenüber den Aufgaben der eigenen Streitkräfte erfassen sollte, zeigte, dass in fast allen europäischen Mitgliedstaaten die Verteidigung des (eigenen) Landes/Territoriums an oberster Stelle stand. Die (nationale) Katastrophenhilfe rangierte noch über dem internationalen Beistand auf dem zweiten Platz. Den vierten Platz besetzte die Beteiligung an friedenserhaltenden und (wieder-)herstellenden Maßnahmen in Ländern auf der ganzen Welt. Dieses Ergebnis signalisiert, dass sich die europäische Bevölkerung (noch) nicht über die (neuen) Aufgaben der Streitkräfte bewusst ist bzw. diese (noch) nicht vollständig verinnerlicht hat.

Somit wäre es förderlich, wie bereits oben erwähnt, durch aktive Aufklärung der Zivilbevölkerung (und auch den Angehörigen des Militärs), ebendiesen einerseits zu verdeutlichen, inwiefern sich das Aufgabenspektrum des Österreichischen Bundesheeres in Zukunft verändern und/oder erweitern wird (soweit man das zurzeit abschätzen kann), welche (neuen) Gefahren auf den einzelnen Soldaten/die einzelne Soldatin zukommen werden/könnten, sowie andererseits, sowohl die Gesellschaft, als auch die Militärpersonen auf einen umfassenden Sicherheitsbegriffs zu sensibilisieren. Denn in einer globalisierten Welt, ist die (innen- und außenpolitische) Stabilität eines Landes unabdingbar mit jener der anderen Länder verknüpft.

Diese Erkenntnis wurde bereits in der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin aus dem Jahr 2001 in folgenden Worten festgehalten:

*„Die Sicherheitslage eines europäischen Staates kann heute nicht mehr isoliert betrachtet werden. Instabilitäten und Gefahren in Europa bzw. an der europäischen Peripherie berühren die Sicherheitslage aller europäischer Staaten. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken sind nicht im Alleingang sondern nur durch internationale solidarische Zusammenarbeit zu bewältigen. Die Sicherheit Österreichs und die der EU sind untrennbar miteinander verbunden. Österreich verwirklicht seine Sicherheitspolitik heute im*

*wesentlichen [sic] im Rahmen der EU“ (Österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin 2001).*

An diesem Zitat wird also deutlich, wie eng die Österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit jener der Europäischen Union und möglicher Drittstaaten verflochten ist. Dieses Verständnis eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, welcher sich von der Souveränität eines einzelnen Staates losgelöst hat, muss jedoch noch Einzug in die Köpfe der (militärischen und zivilen) Gesellschaft Österreichs finden.

Weiters tut das Österreichische Bundesheer (und natürlich auch alle anderen Armeen) gut daran, die Fülle an bereits bestehenden multinationalen Übungen auch weiterhin auszubauen, um die Soldaten/Soldatinnen bestmöglich auf die Aufgaben der zukünftigen (Auslands-)Missionen vorzubereiten. Hierbei ist klar, dass die Herausforderungen der einzelnen (multilateralen) Einsätze nur bedingt simuliert werden können, obgleich eine solche Vorbereitung von den, in dieser Arbeit, befragten Soldaten als sehr positiv bewertet wurde. Die Kooperation zwischen den einzelnen nationalen Armeen, welche unter solchen kontrollierten (Übungs-)Bedingungen stattfindet, kann den verschiedenen Streitkräften später im Ausland helfen, sich auf die unterschiedlichen Gepflogenheiten der diversen Einsatzkräfte schneller einzustellen und den Zusammenhalt zwischen diesen, generell stärken.

Die Durchführung dieser Übungen bedeutet für den einzelnen Soldaten/die einzelne Soldatin nicht lediglich eine Abwechslung vom „normalen Dienstalltag“, sondern hilft ihm/ihr auch, durch den Kontakt zu Soldaten/Soldatinnen anderer Länder, sich mit ebendiesen auszutauschen.

Solche „Berührungspunkte“ zwischen den Nationen zu schaffen, dient somit nicht nur dem gegenseitigen Verständnis, sondern ermöglicht es auch, sich über unterschiedliche Führungs- und Ausbildungsstile zu verständigen.

Ebendieser Informationsaustausch, welcher, insbesondere im Falle von multilateralen Übungen, beim niedrigsten Dienstgrad beginnt und sich, durch

angebotene Seminare und/oder die Integration von Soldaten fremder Nationen im Stabslehrgang, bis hin zu den höchsten hinauf erstreckt, kann eine Hilfestellung für die Optimierung der eigenen Ausbildungsstandards und –methoden, sowie dem Umgang mit Krisensituationen darstellen.

Kurz gesagt: Indem man den Kontakt mit anderen Armeen (z.B. mit jenen, die bereits Erfahrungen im *peace-enforcement* gesammelt haben) forciert, gibt man den einzelnen Soldaten/Soldatinnen die Möglichkeit von den Erfahrungen des/der anderen zu profitieren und das eigene (Führungs-)Verhalten gegebenenfalls zu verbessern.

Die Multinationalität des Militärs, wie auch seine Interoperabilität wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Einerseits erfolgt durch die Zusammenarbeit der einzelnen Streitkräfte (im Rahmen der ESVP) und dem, in Folge dessen, universellen Charakters der (militärischen) Intervention per se eine Art „moralische Legitimisierung“ des/der Einsatzes/Einsätze selbst, indem der Entschluss zur Kooperation (möglichst) vieler Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Berechtigung zum (militärischen) Eingriff in einen (potentiellen) Konflikt gesehen werden kann. Andererseits ergeben sich aus diesem Zusammenspiel unterschiedlicher Nationen mit divergenten (innen- und außenpolitischen) Interessen, wie in dieser Arbeit dargestellt, auch einige Probleme.

Um die (sprachliche/technische Möglichkeit und auch persönliche Bereitschaft der) militärische(n) Interoperabilität zu gewährleisten, wird es notwendig sein, die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität weiterhin zu stärken und auszubauen und diese nicht nur als reine Abstraktion in juristischen Texten zu verankern, sondern auch in den Köpfen der Menschen.

Der soziale Habitus und das nationale Selbstverständnis der einzelnen Bürger/Bürgerinnen der Europäischen Union hinkt dem Prozess der Globalisierung (zurzeit noch) hinterher. Die Entfremdung der Politik, durch Auslagerung wichtiger Entscheidungsfindungen nach Brüssel, sowie auch die Entfremdung des Militärs von der (eigenen) Zivilbevölkerung, welche sich ebenfalls in der immer wieder gestellten Frage seines Nutzens symptomatisch

äußert, erschwert die Identifikation des/der Einzelnen mit der Europäischen Union und die (notwendige) Unterstützung der eigenen Streitkräfte durch die Gesellschaft.

Erst wenn sich jeder/jede EU-Bürger/EU-Bürgerin auch als ebendieser/ebendiese betrachtet, sich selbst also als Europäer/Europäerin versteht, ohne dabei den Verlust der eigenen Nationalität zu befürchten und erst wenn, daraus resultierend, ebenso Sicherheits- und Verteidigungsfragen global gedacht werden, kann auch das Militär den multinationalen Herausforderungen der Zukunft entgentreten und seine Identität, wenn schon nicht auf der Verteidigung der Souveränität eines einzelnen Nationalstaates, sondern der eines (Multi-)Nationenstaates begründen und legitimisieren.

---

## **11. LITERATURVERZEICHNIS**

---

Andexlinger, Silvia; Ebner, Johannes, 2008: „Friedlich leuchtet die Sonne auf Tod und Leben“. Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges in literarischen und nicht-literarischen Quellen. In: Haring, Sabine A.; Kuzmins, Helmut (Hg.), Das Gesicht des Krieges: Militär aus emotionssoziologischer Sicht. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 59 – 114.

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, 2004: Bericht der Bundesheerreformkommission. Wien: BMLVS.

[http://www.bmlv.gv.at/facts/bh\\_2010/archiv/pdf/endbericht\\_bhrk.pdf](http://www.bmlv.gv.at/facts/bh_2010/archiv/pdf/endbericht_bhrk.pdf),  
06.11.2009.

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, 2009: Weissbuch 2008. Wien: BMLVS.

Diekmann, Andreas, 2004: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Europäische Kommission, 2006: Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union. Europäische Sicherheitsstrategie und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Brüssel.

<http://europa.eu/generalreport/de/rg2005.pdf>, 06.07.2009.

Europäische Sicherheitsstrategie, 2007: Zusammenfassung.

[http://europa.eu/legislation\\_summaries/foreign\\_and\\_security\\_policy/cfsp\\_and\\_esdp\\_implementation/r00004\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00004_de.htm), 06.07.2009.

Frank, Johann, 2007: Perspektiven der europäischen militärischen Integration. Wien: Internationales Institut für Liberale Politik.

Flemmich, Ferdinand: Soldaten – Kameraden/Kriegserinnerungen 1915-1918, Wien, 1998 (Dokumentationsarchiv Lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen am Institut für Wirtschaft – und Sozialgeschichte an der Universität Wien).

Gareis, Sven Bernhard; vom Hagen, Ulrich, 2004: Militärkulturen und Multinationalität. Das multinationale Korps Nordost. Bd. 1, Opladen : Leske + Budrich.

Gstrein, Alexander, 2007: Lot und LMT. Truppendienst, 6/2007.

<http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=671>, 12.06.2010.

Hahn, Oswald, 1997: Militärbetriebslehre. Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte. Berlin.

Hartmann, Volker, 2007: Schwimmende Hilfe. Die medizinische Versorgung des Marineeinsatzverbandes UNIFIL. Truppendienst 6/2007.  
<http://www.bundesheer.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=662>,  
12.06.2010.

Hauser, Gunther, 2008: Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure. Wien: BMLV / LVAK.

Haltiner, Karl W.; Klein, Paul (Hg.), 2004: Multinationalität als Herausforderung für die Streitkräfte. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Hirschmugl, Alois A., 2006: Truppendienst. Einsatzrecht für Friedensunterstützende, Humanitäre und Katastrophenhilfeinsätze. Wien: Arbeitsgemeinschaft Truppendienst, Bundesministerium für Landesverteidigung.

Internetseite der Deutsch-Französischen Brigade.

[http://www.df-brigade.de/site\\_de/auftrag.htm](http://www.df-brigade.de/site_de/auftrag.htm), 05.08.2010.

Klein, Paul, 2001: Zusammenwachsen mit Hindernissen. Deutsche und Niederländer im Deutsch-Niederländischen Korps. In: Puzicha, Klaus J.; Hansen, Hans Dieter; Weber, Wolfgang W.(Hg.) Psychologie für Einsatz und Notfall. Bonn: Bernard&Graefe Verlag, 171.

Lampalzer, Hans, 2007: Interkulturelle Kompetenzen. Erfahrungen aus Sicht eines Lernenden und Lehrenden. In: Krysl, Ludwig, Interkulturelle Kompetenz – Voraussetzung für erfolgreiche Aufgabenerfüllung postmoderner Streitkräfte. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 18/2007,99-115.

Lang, Stephan J., 2001: Forschungsprojekt: „Integrationsprobleme multinationaler Streitkräfte“.

<http://www.multinationalitaet.de/de/index.htm>, 08.06.2009.

Liasion Monitoring Teams im Kosovo 2007.

<http://www.bmlv.gv.at/ausle/kfor/artikel.php?id=2108>, 04.06.2009.

Militärpsychologen trafen kroatische Kollegen 2008.

<http://www.bmlv.gv.at/sk/skfuekdo/artikel.php?id=2639>, 15.09.2009.

Moser, Gerald, 2009: Sozialpsychologische Auswirkungen von Gefahren und Bedrohungen auf Soldaten in internationalen Einsätzen anhand der Terror-Management-Theorie. In: Ebner, Georg (Hg.), Zweites Österreichische Symposium für Psychologie im Militär. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 4/2009, 211-224.

Pfarr, Dietmar, 2007: Europäische Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der öffentlichen Wahrnehmung. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 13/2007.

Prantl, Manfred, 2008: EUFOR, TCHAD, RCA. Öffentlichkeitsarbeit & Kommunikation. Truppendienst, 2008, 6/2008.

Ratjhe, Stefanie, 2006: Interkulturelle Kompetenz. Zustand und Zukunft eines umstrittenen Konzepts. Zeitschrift für interkulturellen Fremdsprachenunterricht, 2006, 11:3, 1-15.

Reiter, Erich, 2007: Die Einstellung der Österreicher zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU. Bewertungen der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen. Internationales Institut für liberale Politik Wien: Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe <http://www.iilp.at/index.php?download=73.pdf>, 27.08.2010.

Schröter, Patrick, 1997: Neutralität und GASP. Erste Erfahrungen Finnlands, Österreich und Schwedens. Stämpfli Verlag AG Bern, Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich.

Siedschlag, Horst, 1999: Multinationalität. Beobachtungen zu aktuellen Entwicklungen im NATO- und PfP-Rahmen. Truppenpraxis/Wehrausbildung 1999, 12, 815-820.

Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen, 2006.

<http://www.studentenpilot.de/studieninhalte/onlinelexikon/sb/SbE/>, 15.09.2009.

Striedinger, Rudolf, 2010: Zur österreichischen Verteidigungspolitik. Jahresempfang des Österreichischen Bundesheeres. ÖMZ, 2010, Nr.2 , 235 – 240.

Truppendienst, 2005: Taschenbuch „KFOR-Update 2005“ – Das Buch zum Einsatz 2005. Wien: Arbeitsgemeinschaft Truppendienst, Bundesministerium für Landesverteidigung.

### **11.1. Gesetze und Verordnungen**

1930

Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) BGBl. Nr. 1/1930 i. d. F. BGBl Nr. 368/1975

[http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/gesetze/verfassungsrecht.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/gesetze/verfassungsrecht.pdf), 06.06.2009.

1992

Vertrag von Maastricht über die Europäische Union. Amtsblatt Nr. C 191 vom 29. Juli 1992. <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html>, 05.06.2009.

1997

Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Amtsblatt Nr. C 340 vom 10. November 1997. <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html#0001010001>, 03.06.2009.

Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997 i. d. F. BGBl. I Nr. 35/1998. [http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/gesetze/auslandseinsatzrecht.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/gesetze/auslandseinsatzrecht.pdf), 04.06.2009.

2001

Verordnung der Bundesregierung über die Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer (ADV) BGBl. Nr. 43/1979 i. d. F. der Verordnungen BGBl. II Nr. 7/1998 und 134/2001 sowie der Kundmachung BGBl. II Nr. 310/2002. [http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/gesetze/wg2001.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/gesetze/wg2001.pdf), 03.06.2009.

Österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=794>, 06.06.2009.

Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte (2001/C 80/01). [http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/C\\_2001080DE.000101.html](http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/C_2001080DE.000101.html), 05.06.2009.

2003

Auslandseinsatzrecht BGBl. I Nr. 130/2003, Art. 16 Z 9, ab 1.12.2003.

[http://www.bmlv.gv.at/pdf\\_pool/gesetze/auslandseinsatzrecht.pdf](http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/gesetze/auslandseinsatzrecht.pdf), 10.06.2009.

2008

COUNCIL JOINT ACTION 2008/124/CFSP of 4 February 2008 on the European Union Rule of Law Mission in Kosovo, EULEX KOSOVO.

[http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/docs/JointActionEULEX\\_EN.pdf](http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/docs/JointActionEULEX_EN.pdf),  
06.11.2009.

---

## ZUSAMMENFASSUNG / ABSTRACT

---

### Zusammenfassung

Die hier vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Phänomen der multinationalen Zusammenarbeit des Militärs in Österreich, am Beispiel der im Kosovo stationierten Kosovo Force.

Anfangs werden die unterschiedlichen Formen einer solchen Kooperation angeführt und anhand realer Beispiele verdeutlicht.

In der weiteren Folge wird auf die gesetzlichen Voraussetzungen dieses Sachverhaltes Bezug genommen, indem insbesondere auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik („GASP“) der Europäischen Union, der *Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* („ESVP“)<sup>33</sup>, der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin und ihre Auswirkungen auf das Österreichische Bundesheer in Form der Bundesheerreform 2010 eingegangen wird.

Der empirische Teil der Arbeit stützt sich auf qualitative Befragungen österreichischer Soldaten (ausschließlich männlichen Geschlechts), zwei Experteninterviews und die Auswertung ebendieser.

Während die teilnehmenden Soldaten ihrer Erfahrungen mit Soldaten/Soldatinnen anderer Länder, im Rahmen ihres letzten Auslandseinsatzes im Kosovo, schilderten, wurden die Experten innerhalb ihres jeweiligen Fachgebietes befragt.

Abschließend werden noch mögliche Perspektiven der militärischen Integration, anhand unterschiedlicher Entwicklungsszenarien dargestellt, während im

---

<sup>33</sup> Die seit dem in Kraft treten des Lissabonner Vertrags (ab dem 01.Dezember.2009) nur mehr als „GSVP“ also: *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* bezeichnet wird.

Resümee noch einmal auf mögliche zukünftige Problematiken, infolge der multinationalen Konstellation der militärischen Einsatzkräfte, und etwaige Lösungsansätze eingegangen wird.

## **Abstract**

This diploma thesis is about the multinational cooperation of the Austrian Army within the so-called Kosovo Force.

It combines theories of the integration of soldiers within multinational corps, the aspects of international (European Union) and nationale (Austrian) law and the experiences Austrian soldiers made in the Kosovo with foreign soldiers.

The experts, which were chosen to give an interview, refer about their point of view and their professional opinion about issues like: working together with soldiers of other cultures, potential problems within multilateral brigades, the further development of the *Common Security and Defence Policy* (“CSDP”)<sup>34</sup>, the future of the Austrian Armed Forces within the *Common Foreign and Security Policy* (“CFSP”) of the European Union etc.

Finally it also contains possible scenarios of the future of the European Union with its security and defense policy and also potential solutions of the main problems in multinational military cooperation.

---

<sup>34</sup> Formerly known as *European Security and Defense Policy* (“ESDP”)

---

**CURRICULUM VITAE**

---

**Princz Christine**

geboren am 01.04.1986 in Wien

österreichische Staatsbürgerschaft

**Ausbildung**

1992 bis 1996: Besuch der Öffentlichen Volksschule Zieglergasse

1996 bis 1998: Besuch der Unterstufe des Gymnasiums Kenyongasse

1998 bis 2000: Besuch der Unterstufe des Wirtschaftskundlichen Realgymnasiums Kenyongasse

2000 bis 2004: Besuch der Oberstufe des Wirtschaftskundlichen Realgymnasiums Kenyongasse

2004: Abschluss des Wirtschaftskundlichen Realgymnasiums Kenyongasse mit Matura

Oktober 2004: Studium der Soziologie, sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Studien­zweig. Universität Wien.

Oktober 2005: Studium der Bildungswissenschaft. Universität Wien.

Oktober 2009: Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Wirtschafts­universität Wien.

**Berufserfahrung (auszugsweise)**

2002 und 2003: Feriapraxis bei der VAMED-KMB

2007: Ferielaushilfe bei den Wiener Kinderfreunden

2008: Ferialarbeiterin bei KSM-Servicetechnik

2010: Projektmitarbeit beim ÖAAB

**Weiterbildung und Publikation**

2006 und 2008: Teilnahme am Ersten und Zweiten Symposium für Psychologie im Militär

2009: Teilnahme an der 12. Internationalen Military Mental Health Konferenz

2007 bis 2009 Mitarbeit an der Publikation: „In Armut aufwachsen. Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich“